

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Bfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Bfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Bfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Bfg., jedes weitere Wort 10 Bfg. Siebengelände und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. Januar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Nationalliberalen.

Die nationalliberale Partei wurde 1866 durch Bennigsen, Jordanbeck, Lasker, Miquel, Simson gegründet. Sie löste sich von der Fortschrittspartei los und war im Norddeutschen Reichstag und später, seit 1871, im deutschen Reichstag die Hauptstütze Bismarcks, wie sie seitdem auch dessen Nachfolgern alle Zeit getreue Gefolgschaft geleistet hat. Sie ist die Regierungspartei sans phrase (d. h. ohne jede Einschränkung.) Selbst die Konservativen sind zeitweilig, wir erinnern an die Opposition der „Kreuz-Zeitungs“-Partei gegen Bismarck Mitte der siebziger Jahre und gegen die Aera Caprivi, der Regierung gegenüber weit unabhängiger aufgetreten als die Nationalliberalen.

Die Blütezeit der Nationalliberalen fällt in die Jahre 1874—1877, in denen sie rund 150 Mitglieder im Reichstag gegen 50 im jetzt aufgelösten Reichstag zählten. Im Deutschen Reich gibt es kein Gesetz und keine gesetzgeberische Maßregel, die nicht die Zustimmung der Nationalliberalen gefunden hätte. Immer hat diese Partei es mit der rechten Seite, mit den Konservativen gehalten, und als die agrarische Bewegung ins Leben trat, hat sie sich auch zu dieser bekannt. Eine erhebliche Anzahl ihrer Mitglieder verdanken nicht nur dem Bündnis mit den Agrariern ihre Wahl, sondern sie besitz auch in der Welle gefärbte Agrarier wie Herrn v. Hehl, Graf Oriola, Prof. Paasche und andere.

Die Halbheit, Mangelhaftigkeit und Lächerlichkeit der Reichsgesetzgebung ist in erster Linie ihr Werk. Alle Zeit gab sie ihre Grundzüge auf, wenn es galt „praktisch“ zu sein, das „Erreichbare“ zu nehmen, was die Regierungen geneigt waren, ohne Druck zu bewilligen. Einstmals freihändlerisch und für die Gewerbefreiheit schwärmend, hat sie sich allen Strömungen anbequemt. Sie hat den Freihandel wie die Verkehrsfreiheit struppellos preisgegeben und auf die von ihr früher selbst geschaffene vergleichsweise liberale Gewerbeordnung nachher einen reaktionären Faden auf den anderen gesetzt. Heute ist sie glücklicherweise bei dem kleinen Befähigungsnachweis und ähnlichem zünftlerischen und mittelstandsretterischen Schwindel angekommen. Nachdem sie im Laufe der Jahrzehnte fast ihren ganzen Anhang in den Arbeiterkreisen eingebüßt hat, stützt sie sich jetzt auf den rückständigen Teil der Handwerker und der Bauern und sucht diese durch gesetzgeberische Maßnahmen, an deren Wirkung sie selbst nicht glaubt, an sich zu fesseln und als Mittel ihrer Bestrebungen zu benutzen.

Das prägnanteste Zeichen für den vollkommenen Verfall der nationalliberalen Partei trotz aller „nationalliberalen Jugendvereine“ — ist die Tatsache, daß der eigentliche Führer der Partei im aufgelösten Reichstag, Herr Wassermann, ruhelos in ganz Deutschland nach einem Wahlkreis gesucht hat, bis sich seiner der erzreaktionäre, arbeiterfeindliche Graf Arnim-Muskau annahm und ihm seinen eigenen Wahlkreis anbot. Und als Erwählter dieses Wahlkreises, als Vertrauensmann konservativer Bauern und Handwerker wird Herr Wassermann voraussichtlich in den Reichstag ziehen. Wir möchten die Wahlreden hören, die er vor diesen hält! Sie transit gloria mundi! (So vergeht der Ruhm der Welt.) War es nicht würdevoller, Herr Wassermann blieb zu Hause, als daß er sich unter das Joch eines ostelbischen Junkers beugte und aus dessen Hand demütig das Mandat in Empfang nimmt? Würdelofter hat noch nie ein liberaler Parteiführer in Deutschland gemacht.

Aber wie der Führer, so die Partei, die überall mit Junkern und Junkerengenossen gegen die aufstrebende Arbeiterklasse und ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, gemeinsame Sache macht.

Den Nationalliberalen in stetiger Gemeinschaft mit den Konservativen hat das Volk es zu verdanken, daß, sobald die Wahlen des Jahres 1887 diesen beiden Parteien eine Mehrheit verschafft hatten, sie die dreijährige Gesetzgebungsperiode des Reichstages auf fünf Jahre verlängerten — lediglich zu dem Zweck, die Abgeordneten vom Willen der Wähler möglichst unabhängig zu machen.

Die Nationalliberalen haben bisher allen Militär-, Flotten- und Kolonialvorlagen zugestimmt; ihre Presse, die Presse der Waffen-, Munitions-, Montierungs-, Panzerplatten-, Schiffsbau- und Eisenbahnmateriale-Lieferanten hat sogar meist die Regierungen zu neuen Rüstungen und Ansprüchen gedrängt. Die Nationalliberalen sind für alle Fehler unserer inneren und äußeren Politik verantwortlich. Sie haben sie entweder geduldet oder unterstützt. Die Nationalliberalen waren allezeit fanatische Anhänger der Ausnahmegeetze und Ausnahmemaßregeln gegen ihnen unbequeme Parteien und Bevölkerungsschichten. Auch auf diesem Gebiete waren sie vielfach die Anstreiber der Regierungen. Sie unterstützten die Ausnahmegeetze und Ausnahmemaßregeln gegen die Elbsch-Lothringer, gegen das Zentrum, die Sozialdemokratie, die Dänen und die Polen. Bei der Polenpolitik, deren vollständigen Zusammenbruch erst vor einigen Tagen die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ zugestehen mußte, waren sie noch in den letzten Wochen die Außer im Streite. Der vollständige Bankrott, den die sämtlichen Ausnahmegeetze und Ausnahmemaßregeln gegen alle die erwähnten Parteien nacheinander erlitten, hat die Bereitwilligkeit der Nationalliberalen, immer wieder für neue Ausnahmegeetze, für neue Unterdrückungsmaßregeln zu stimmen, nicht vermindert.

Die Nationalliberalen sind daher auch nächst den Konservativen die grimmigsten Gegner der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter und ärmeren Volksschichten mit der sogenannten „höheren Klasse“ der Gesellschaft. Sie sind Feinde des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Ihre gegenteiligen Versicherungen, die sie jetzt im Wahlkampfe durch ihre Kandidaten abgeben lassen, haben nur den Zweck, Einfältige einzufangen und die Wähler nicht vor den Kopf zu stoßen.

Die Probe auf ihre „arbeiter- und volksfeindliche“ Gesinnung haben sie bei den Wahlräubereien in Sachsen, Hamburg und Lübeck gezeigt. Ferner bei den Wahlrechtsverschlechterungen in den Gemeinden, wo sie das Szepter in den Händen haben. Die gleiche Gesinnung zeigt ihr Widerstand gegen die Beseitigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Der neuerdings von ihnen gestellte Wahlantrag auf Einführung eines Pluralwahlrechts in Preußen bestätigt nur ihre Feindschaft gegen das gleiche und geheime Wahlrecht. Es soll das Raster für ein künftiges Reichswahlrecht abgeben. Die Widerwilligkeit, die sie der Landtagswahlrechtsreform in Ba., Baden, Hessen usw. gegenüber gezeigt haben,

zeugt ebenfalls für ihre volksfeindliche Gesinnung. Sie gaben ihren Widerstand erst auf, als sie den Einfluß bei den Wählermassen gänzlich zu verlieren fürchteten.

Die Nationalliberalen sind im Reichstag allezeit die eifrigsten Freunde und Unterstützer der indirekten Steuern und der Bölle auf Lebensmittel gewesen. Die ganze bestehende indirekte Besteuerung und Zollgesetzgebung ist auch ihr Werk. Sie haben den Brotwucher und die Fleisch- und Lebensmittelverteuerung auf dem Gewissen. Sie haben sich für alle Sperrmaßnahmen gegen die Einfuhr von Fleisch, Vieh usw. erklärt. Noch bei der letzten Fleischverteuerungs-Interpellation im aufgelösten Reichstag hat sich ihr Redner für Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ausgesprochen.

Die Nationalliberalen haben im letzten Frühjahr mit Zentrum und Konservativen die 180 Millionen neuer Steuern, die für Militär-, Flotten- und Kolonialausgaben notwendig wurden, gutgeheißen und bekräftigt. Sie stimmten für die Erhöhung der Biersteuer, für die Zigarettensteuer, den Frachtturkumstempel, die Eisenbahnfahrtkartensteuer, die Erhöhung des Lokalportos usw. Dagegen stimmten sie nur widerwillig für die Reichs-Erbchaftsteuer und suchten ihren Ertrag möglichst zu beschränken. Der nationalliberale Vorsitzende der Steuergesetzgebungskommission, Herr Büsing, rühmte im Reichstag, daß sie mit dieser Steuergesetzgebung eine nationale Tat vollbracht hätten.

Und abermals werden im Reich neue Mittel notwendig, die man nicht durch Einführung einer Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, sondern durch neue indirekte Steuern zu erlangen sucht.

Die Nationalliberalen sind Anhänger und Verteidiger der Liebesgabenpolitik. Sie haben viele Jahre lang die Zuderprämien anrecht erhalten, wodurch Hunderte und Aberhunderte von Millionen Mark in die Tasche der Zuderfabrikanten auf Kosten der Zuder- und Zuckerwarenverbraucher flossen, und sie verteidigen heute noch die Liebesgabe auf Branntwein, wodurch den Branntweinbrennern jährlich 45 Millionen Mark auf Kosten der Spiritusverbraucher geschenkt werden.

Auch in den Einzelstaaten haben sich die Nationalliberalen als in der Welle gefärbte Reaktionäre gezeigt. Hier sei nur erinnert an die Zustimmung der Nationalliberalen zum preussischen Schulverfassungsgesetz. Gegen den erzreaktionären Kultusminister v. Studt Stellung zu nehmen, haben sie nicht gewagt.

Hierzu ist auch zu bemerken, was es bedeutet, wenn in diesem Wahlkampf die Nationalliberalen plötzlich eine Art Johannistrieb empfinden und tun, als wollen sie dem kulturfeindlichen Zentrum entgegenzutreten. Dieses Verhalten läuft nur auf eine Däpierung der Wähler hinaus. Viele Jahre haben Zentrum und Nationalliberale im Reichstage und vor allem auch im preussischen Landtage zusammen gearbeitet und gemogelt. Beide Parteien waren nahe daran, einen Bruderbund abzuschließen, demzufolge sie sich im Jahre 1908 bei den allgemeinen Reichstagswahlen gegenseitig ihre Wahlkreise sichern und die sozialdemokratischen Wahlkreise Rheinland-Westfalens unter einander aufteilen wollten. Diesem sauberen Bündnis hat die Reichstagsauflösung und der Neujahrsbrief Bülow's, in dem er zum Kampf gegen Sozialdemokratie, Zentrum, Welfen und Polen aufforderte, ein jähes Ende bereitet.

Wenn aus Grund dieser Ereignisse der Nationalliberalismus tut, als wolle er jetzt wirklich liberal werden, ja wenn einzelne seiner Kandidaten so weit gehen, anzukündigen, sie wollten für die Trennung der Kirche und Staat eintreten, so ist dies eitel Heuchelei und Wählerfängerei. Bis heute hat kein Nationalliberaler und kein sogenannter entschiedener Liberaler, ja selbst nicht einmal ein bürgerlicher Demokrat gewagt, weder im Reichstage noch in einem Landtage die Trennung der Kirche vom Staat ernsthaft anzugehen. Die Trennung der Kirche vom Staat wäre das wirkliche Kulturkampfmittel gewesen, allerdings nicht bloß gegen die katholische, sondern auch gegen die protestantische Kirche. Selbst in der Siedehitze des Kulturkampfes in den 70er Jahren hat der Liberalismus sich nicht getraut, diese Frage aufzuwerfen. Sie war für ihn ein Pflänzchen „Nähr-mich-nicht-an“! Und zwar aus dem Grunde, weil für die bürgerlichen Parteien wie für die Regierungen die Kirche das Leitseil ist, an dem man die ungebärdigen Massen im Zaum zu halten sucht. Auch wenn der Bourgeois nicht glaubt — und die wenigsten sind gläubig — so soll doch das Volk glauben, denn „für das Volk ist die Religion notwendig“. Das haben wir in den letzten Jahrzehnten von sehr hoher Stelle öfter gehört. Das ist der Gedanke, der die herrschenden Klassen vom ersten bis zum letzten ihrer Angehörigen erfüllt, darum wollen sie es nicht mit der Kirche verderben, in der sie eine wirksame Stütze für ihre Ausbeutung und Unterdrückung sehen. Und als Suchtmittel für die Massen ist die katholische Kirche zweifellos viel wirksamer als die protestantische. Daher die Freundlichkeit gegen die katholische Kirche, die in den höchsten Kreisen vorhanden ist.

Es ist daher auch voller Ernst, wenn Bülow erklärt, daß er den Kampf nicht gegen das Zentrum als religiöse Partei, sondern als politische Partei aufnehme. Der gute Mann übersieht nur, daß das eine das andere bedingt. Ist erst der Wahlkampf vorüber, so werden weder die Liberalen und die Nationalliberalen die Frage der Trennung der Kirche vom Staat aufwerfen, noch wird Bülow oder wer dann sonst an seiner Stelle steht, darauf eingehen.

Deutschland, die fromme Kinderstube,
 Ist keine französische Mördergrube.

Was in Frankreich, dem katholischen Frankreich möglich ist, ist noch lange nicht im vermuderten Deutschland, im Deutschland der Hohenzollern und der Junker möglich.

Darum müssen unsere Parteigenossen überall diese öden Kulturkampfsphrasen entschieden zurückweisen, wo sie im nationalliberalen oder liberalen Lager auftauchen. Es ist weder Ernst noch Kraft dahinter.

Der Neujahrsbrief Bülow's hat den Nationalliberalismus galbanisiert; er tut, als habe er noch Jungensfähigkeit, obgleich seine Impotenz längst amtlich und auferamtlich festiert ist. Sorge die Wählerschaft am 25. Januar dafür, daß er auf den Invalidenetat gestellt wird. Eine widerspruchsvollere und unzuverlässigere Partei als die Nationalliberalen gibt es nicht.

Wahlkampf.

Neue Rufe nach Wahlrechtung des Proletariats!

Die bürgerliche Presse enträtelt sich fittlich über ein „sozialdemokratisches Wahlmanöver“, dem man zu Leipzig auf die Spur gekommen sein will. Es sollen dort an die 1000 sozialdemokratische Wähler aus dem Wahlkreis Leipzig-Land in den Wahlkreis Leipzig-Stadt versogen sein. (Leipzig-Land ist sicherer Besitz der Sozialdemokratie, in Leipzig-Stadt siegte 1903 Genosse Motteler in der Stichwahl.) Ein ähnliches Wahlmanöver „sollte“ bereits 1903 geschehen sein. Die „Leipziger Volkszeitung“ habe auf die Meldung nichts Rechtes zu sagen vermocht.

Unser Leipziger Parteigänger hatte die alberne Meldung mit der kühnen Feststellung abgetan, daß es nichts Ungesetzliches sei, wenn jemand seinen Wohnsitz nach Leipzig verlege. Uebrigens habe das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ (das die Entdeckung zuerst brachte) am allerwenigsten Grund sich darüber aufzuregen, da es erst vor kurzem den „nationalen“ Wählern empfohlen habe, während der Wahlzeit ihren Wohnsitz in den Leipziger Stadtkreis zu verlegen. Wir möchten noch hinzufügen, daß wenn die Meldung des „Leipziger Tageblatts“ richtig wäre — unsere Gegner säßen übrigens bei jeder Wahl ein paarmal dabon, daß „auf Kommando“ des Parteivorstandes natürlich, einige tausend „sozialdemokratischer Schlafburgen“ aus sicheren sozialdemokratischen Wahlkreisen in minder sichere versogen seien — dann die „Nationalen“ noch nicht die geringste Ursache hätten, sich zu beklagen. Denn im Wahlkreise Leipzig-Land sind infolge des Umstandes, daß die nach der Verfassung erforderliche Neueinteilung der Wahlkreise seit Bestehen des Reiches noch niemals vorgenommen ist, jetzt so viel Proletariatswähler zusammengedrängt, daß der Zustand eine Verringerung des Wahlrechts der Sozialdemokraten bedeutet. Leipzig-Land hatte 1903 421 749 Einwohner, 96 927 Wahlberechtigte, 79 706 Wähler und davon 54 819 sozialdemokratische Wähler, neben 20 821 nationalliberalen, 3488 antisemitischen, 844 freisinnigen und 815 Zentrumswählern. Nach der Verfassung sollte der Wahlkreis ungefähr 100 000 Einwohner und also circa 22 000 Wähler haben! Wenn nun durch den Fortzug sozialdemokratischer Wähler aus Leipzig-Land nach Leipzig-Stadt die Wahlansichten der Sozialdemokratie in letzterem Wahlkreise verbessert würden, so wäre das lediglich eine kleine Korrektur der schreienden Ungerechtigkeit, die die jetzige Wahlkreisgeometrie gegen die Sozialdemokratie verübt!

Sobiel zur Kennzeichnung der fittlichen Entstellung der „Nationalen“ über das verwerfliche „sozialdemokratische Wahlmanöver“.

Welche Schlüsse aber zieht die reaktionäre Presse aus der Meldung des „Leipziger Tageblatts“? Der „Reichsbote“ schreibt dazu:

Es legt dies die Erwägung nahe, ob man das Wahlrecht nicht an einen längeren, vorgängigen Ortsaufenthalt zu knüpfen hätte als bisher; denn auf diese Weise kann das sechste Würgerturn vielsach benachteiligt und das Wahlergebnis im sozialistischen Sinne beeinflusst bzw. gefälscht werden, namentlich wenn, wie es den Anschein hat, die Parteileitung derartige Wohnsitzwechsel auch mit Geld unterstützt. Ja es soll vorgekommen sein, daß manche Arbeiter sogar gesetzwidrig auf Grund dieser Schiebungen zweimal gewählt haben, an ihrem alten und ihrem neuen Wohnsitz. Es wird vielleicht gut sein, die Wählerlisten benachbarter Kreise auch auf diese Möglichkeit zu überwachen. Die Sozialdemokratie mit ihrer sonstigen Agitation und ihrem bekannten Parteimoralboden bringt manderlei fertig. Das beste freilich wäre, wenn durch eine Reform des Wahlgesetzes neben Einführung der Wahlpflicht auch die Verlegung des Wohnsitzes der aktiven Wahlberechtigung vom 25. auf das 30. Lebensjahr beschlossen würde. Dadurch würden die jungen fluktuierenden Kreise von der Wahl ausgeschlossen und die Wahl den sechsten Klassen mit reiferem Urteil zugewiesen.

Das ist die nackte, klare Aufforderung zur Verschlechterung des Wahlrechts, zur Entrechtung des Proletariats. Denn der Arbeiter ist's vornehmlich, der nicht sechste werden kann, der Arbeiter ist's, der durchschnittlich kürzere Lebensdauer hat als der Bourgeois, der Arbeiter also, den jede Hinaufführung des Wahlalters vor allen Dingen trifft. Die Bindung der Wahlberechtigung

an längeren Ortsaufenthalt, die Hinaufführung des Wahlalters, beides ist eine Maßnahme gegen die Arbeiterschaft.

Beides bedeutet eine Verkümmern des Wahlrechts der Arbeiterklasse!

Wahlrechtsträger planen die Reaktionäre. Der „Reichsbote“ hat ausgesprochen, was der ständige Gedanke der „nationalen“ Politiker ist!

Arbeiter, seid auf der Hut! Wie selten bei einer Wahl arbeiten die Gegner im Stillen. Das Anwohnen der Zahl derjenigen, die die Wählerlisten einsehen, ist ein Zeichen dieser eifrigen Arbeit unserer Feinde! Es heißt alle Kräfte anspannen, jede Minute ausnützen, damit eine

Wahlrechtsträger-Mehrheit im neuen Reichstage nicht zustande kommt.

Es gilt am 25. Januar das wichtigste, das kostbarste Staatsbürgerrecht zu verteidigen, es gilt mit dem Stimmzettel zu sühnen

das Reichstagswahlrecht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!

Auf die frechen Verdächtigungen des Pastorenblattes, daß Sozialdemokraten zweimal zu wählen geneigt seien, lohnt es sich nicht einzugehen. Nach der großen Niederlage von 1903 hat die Ordnungspresse dergleichen Behauptungen in verschwenderischer Hülle aufgestellt — nachgewiesen wurde so gut wie nichts!

An die Tabakarbeiter Deutschlands!

Im weiteren Verfolg des uns vom vorjährigen Tabakarbeiterkongreg gewordenen Auftrages halten wir es für absolut notwendig, angehts der am 25. Januar dieses Jahres stattfindenden Reichstagswahl uns an sämtliche Tabakarbeiter Deutschlands zu wenden.

Der am 13. Dezember aufgelöste Reichstag hat der Tabakarindustrie durch das im Monat Mai vorigen Jahres angenommene Zigarettensteuer-Gesetz eine große Belastung auferlegt, die, wie nachgewiesen, kolossale Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte und der weiteren Einführung der Maschinen in der Zigarettenindustrie Tür und Tor öffnete, obgleich die Regierung glaubte, durch plötzliche, nie vorher gekannte herglohe Ausweitung von Ausländern dieser Arbeitslosigkeit steuern zu können.

Gegen diese Belastung der Tabakarindustrie haben im verflossenen Reichstage nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen nicht eiflichen Polen gestimmt. Vom neuen Reichstage hat die Tabakarindustrie bei dem sich fortwährend gewaltiger steigenden Weltbedürfnis des Reiches das allerschlimmste zu erwarten. Nicht nur, daß das Zigarettensteuergesetz sehr leicht eine Hand-

habe bieten kann zur Ausdehnung erhöhter Besteuerung auch auf die Zigarettenindustrie; je nach der Zusammensetzung des neuen Reichstages haben wir auch zu erwarten, daß die Reichsregierung mit ihren alten, bis jetzt noch abgelehnten Steuerplänen: Fabriksteuer, Erhöhung des Tabakzollses und dergleichen auf der Wildflucht erscheint und dann vielleicht noch größerer Glanz als bisher haben wird.

Da die Tabakarbeiter Deutschlands die größte Verschlechterung hegen müssen, je nach der Zusammensetzung des neuen Reichstages in erster Linie eine weitere Verschlechterung ihrer elenden, traurigen Lage durch ihn bewirkt zu sehen, so halten wir es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß auch die Tabakarbeiter mit zu denjenigen Wählern gehören, die ihr Schicksal bei den kommenden Wahlen in der Hand haben. Jeder Tabakarbeiter ist verpflichtet, im utzigensten Interesse sich an der Wahl zu beteiligen und nur dem Abgeordneten seine Stimme zu geben, der ihm zuverlässig erscheint, jeder neuen Belastung des Tabaks strikte entgegen zu treten. Als vollständig zuverlässig erscheint uns nach ihren Erklärungen nur die Fraktion der Sozialdemokratie; nur sie gibt uns die Bürgschaft, daß sie gegen jede weitere Belastung ihr Veto einlegt. Zwar haben bei der Abstimmung über das Zigarettensteuergesetz im aufgelösten Reichstage auch die Freisinnigen, wie schon oben erwähnt, ebenfalls dagegen gestimmt; aber wer bürgt uns dafür, daß sie neuen Tabaksteuerprojekten der Regierung ebenso ihre Zustimmung versagen würden? Jetzt, wo die Regierungspartei gewonnen und der Regierung entgegen zu kommen bereit waren, müßten sie ihr konsequenterweise auch alle und jede Forderung bewilligen, die zur Fortführung dieser ihrer Seeres-, Flotten- und Kolonialpolitik dem Reichstage vorgelegt werden.

Tabakarbeiter Deutschlands! Aus dem oben Gesagten geht doch zur Genüge hervor, daß wir einmütig in diesem Wahlkampf unsere Stellung einzunehmen haben. Jetzt ist der Augenblick gekommen, der ersaft sein will und sämtliche Tabakarbeiter auf dem Posten finden muß. Alle Kongresse, alle sonstigen Maßnahmen durch Agitation, Versammlungen können den Wert nicht beanspruchen, den der jetzige Augenblick für uns hat. Sind die Büffel gefallen und kommt die Regierung mit neuen Tabaksteuerplänen, so kann das Klagen und Jammern darüber sehr leicht zu spät kommen.

Darum Tabakarbeiter haben wir in diesem Wahlkampf unsere Lage und die Lage unserer Familie ins Auge zu fassen, und demgemäß können wir unsere Stimme nur abgeben für die Vertreter des Proletariats, für die Sozialdemokratie! In den Reihen dieser Partei befindet sich niemand, der für agrarische, zollwucherische und fleischverteuernde Politik zu haben ist. Für diese Politik haben in erster Linie Konserverfabrikanten, Nationalliberale, Zentrum und Antisemiten gestimmt; auch haben diese Parteien das Zigarettensteuergesetz beschert. Für diese Parteien darf kein Tabakarbeiter eintreten, denn das wäre so gut wie Selbstmord. Jeder Tabakarbeiter spürt doch in erster Linie am eigenen Leibe die verheerenden Wirkungen der Zoll- und Steuerpolitik, der Fleischsteuerung, der dadurch hervorgerufenen Unterernährung bei völlig unzureichenden Löhnen, die jeder Verschreibung spotten.

Tabakarbeiter! Auf zur Wahl! Niemand darf fehlen! Jeder hat seine Stimme abzugeben für die Vertreter der Armut, des Proletariats, der Sozialdemokratie!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

J. A. B. Boerner, Karl Butz.

NB. In Nr. 20 des „Tabakarbeiter“ vom 20. Mai 1906 ist die Abstimmungsliste des Reichstages abgedruckt. Aus derselben ist zu ersehen, wer für und wer gegen das Zigarettensteuergesetz gestimmt hat.

Alle Arbeiterblätter werden um gefälligen Abdruck ersucht.

Landbriefträger als konservative Flugblattverbreiter.

Zu dieser unserer Meldung aus dem Kreise Sabian-Weßlau erhalten wir folgende

Zatfällige Verächtigung.

Es ist unrichtig, daß im Kreise Sabian am Sonntag, den 30. Dezember, Landbriefträger mit der Verteilung von konservativen Flugblättern außerdienstlich und umsonst beschäftigt worden sind. Richtig ist, daß am 29. und 30. Dezember vorigen Jahres eine Anzahl Landbrieftrahen durch die Post verschickt sind. Am 30. sind sie auf dem Lande nirgends ausgetragen, denn es war Sonntagruhe; am 31. sind die Briefträger dadurch allerdings amtlich stark beschäftigt gewesen.

Der Vorsitzende des konservativen Kreisvereins, Thoma-Popellen.

Dieselbe Verächtigung ist der „Königsberger Volkszeitung“ zugegangen. Unser Bruderblatt bemerkt dazu: „Daß unsere Genossen nur am Sonntag den 30. Dezember Flugblätter verteilt und auch nur an diesem Tage Landbriefträger angetroffen haben, die von Haus zu Haus gingen und Flugblätter der Konservativen abgaben. Unsere Genossen leisteten dem einen Landbriefträger sogar noch Hilfe, indem sie den Saß mit den konservativen Flugblättern trugen, weil der arme Postbote es gar zu schwer hatte.“

Wünschenswert wäre noch, zu wissen, ob die konservativen Flugblätter und Drucksachen mit Adressen, Marke und Stempel versehen waren. Denn sind sie ohne das verteilt worden, so erweist sich die Behauptung, daß die Landbriefträger sie amtlich als Postfachen befreit hätten, als falsch, da die Post nicht adressierte Sendungen nicht annimmt.

Wahlkampf in Saarabien.

Der Hilger-Krämerprozeß hat dem saarabischen System doch den Todesstoß versetzt. Das empfinden auch die saarabischen Schatzmacher, denn sie ziehen sehr resigniert in die Wahlschlacht, befürchten doch viele, daß bei diesem Kampf ihre sichere Hochburg fällt. In St. Johann und Saarbrücken herrscht selbst im liberalen Lager eine arge Mißstimmung gegen den Kandidaten Holz, der als Vertreter der Großindustrie und des reinen Schatzmachertums gilt, gegen das infolge der Bürgermeistereiwahl anlässlich des durch den Oberstschatzmacher Dr. Tille eingeleiteten Städtevereinigungsrummels eine lebhaft Opposition entstanden ist. Die kleinen Geschäftseure, die Handwerker empfinden ebenfalls schon den Druck der Großindustrie und lernen ihre Gefahr allmählich erkennen, sie hätten deshalb lieber gesehen, daß ein Kandidat des Bürgertums aufgestellt worden wäre, jedoch als Popelius, Köhling, Weidhofs und T. Tille gesprochen hatten, wagten sie dem nicht entgegen zu treten. Aber Sympathie haben sie für die Kandidatur Holz' nicht. Die Großindustrie macht die alten Anstrengungen und es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß der bei früheren Wahlen geübte brutale Terrorismus auch dieses Mal wieder, vielleicht noch verhärtet, geübt wird. Die Kurhader Hütte hat ihre Beamten in dem sogenannten Hüttenverein organisiert und dieser bildet für die Hüttenbesitzer das nationalliberale Wahlkomitee. Die Arbeiterschaft ist in Kolonnen eingeteilt und jeder Keiser führt seine Kolonne geschlossen in die Wahlsammlungen, selbstredend nur in nationalliberale. Unserer Partei sieht im ganzen Wahlkreis außer dem St. Johanner Tiboli kein Saal zur Verfügung und dorthin wagt sich kein Hüttenarbeiter und noch weniger ein Bergmann, weil die Spindel immer noch schmerzhaft ausgesandt werden. Der große häßliche Saal in Saarbrücken, der auf Kosten aller Bürger errichtet worden ist, steht nur den Nationalliberalen zur Verfügung und auf eine Eingabe an den

Stadtrat, auch unserer Partei den Saal zu überlassen, haben die „liberalen“ Herren nicht einmal geantwortet. Wie sie denn auch in ihrer Presse unsere ganze Tätigkeit einfach totschweigen. Selbst das Zentrum dürfte in Burbach, im Nachbereich der Hütte kaum ein Versammlungslokal bekommen, wenigstens hat es bis jetzt, außer im katholischen Volkshaus in St. Johann, noch keine Wahlversammlung abgehalten. Flugblattverteiler werden an der Hütte noch immer nicht geduldet und selbst von der offenen Landstraße sucht der Hüttenpolizei sie fortzujagen. Bei der Wahl von 1903 fuhr die Hütte gegen unsere Flugblattverteiler die Feuerpricke auf, hatte aber später nicht mal den Mut, zu bekennen, wer eine solche „Heldenstat“ veranlaßt hatte. Der Täter konnte nicht gefast werden, weil die Arbeiter, um ihre Arbeitsstelle nicht zu verlieren, zu seige waren, den Beamten zu — fernen.

Von der Grubeninspektion sind den Inspektionen festographierte Versammlungsauffstellungen vom nationalliberalen Wahlverein zugeführt worden und in den Versammlungen säßigen hohe Grubenbeamte fulminante Reden für die — nationale Ehre. Auch hier ist zu befürchten, daß die im Krämerprozeß aufgedeckte schamlose Stimmzettelkontrolle im Wahllokal durch Beamteninspektion sich wiederholen wird. Von unserer Seite, wie auch vonseiten des Zentrums wird man nach dieser Richtung hin schon die Augen aufhalten. Leute zum Verteilen von Stimmzetteln werden wir unerseits im ganzen Bezugsgebiet vor den Lokalen nicht aufstellen können, weil ein Arbeiter von ihnen keinen Zettel annehmen darf. Dem dafür leben wir in einem „freien Rechtsstaat“. Wir werden aber unsere besten Leute mit der Kontrollierung der Wahllokale beauftragen.

Von vornherein haben wir damit gerechnet, daß die Polizei uns Schwierigkeiten macht und zwar mehr als bisher gesehen ist. Daß die saarabische Polizei die Bestimmungen des Wahlgesetzes kennen soll, darf niemand von ihr erwarten, denn bisher wurde noch nicht gewährt und da ihre „ehrenvolle“ Tätigkeit in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung besteht, ist es für ein Polizeimann einfach unsahbar, daß man die „Staten“ während der Wahl schonen soll, gerade dann, wenn sie am gefährlichsten sind. Bei unserer ersten Flugblattverbreitung auf dem Lande, am 30. Dezember, wurden auf mehreren Dörfern die Verteiler protokolliert, andere nach der polizeilichen Erlaubnis gefragt. In Böllingen wurden einem Genossen die Flugblätter auf der Straße konfisziert und ein anderer, der sie auf offener Straße nicht begab, zur Wache sifiziert und sie ihm dort abgenommen. Auf erhobene Einsprüche beim Landrat v. Böttcher erhielten wir die Zusicherung, daß derartige Übergriffe nicht wieder vorkommen sollten. Eine direkte Belästigung außer der Hüttenpolizei in Burbach ist denn auch im Saarbrücker Kreise nicht mehr vorgekommen, dahingegen wurden am vergangenen Sonntag in Dillingen, Kreis Saarlouis, acht Genossen die Flugblätter beschlagnahmt und weitere acht, die ihre schon beteiligten hatten, ehe die Polizei „einschritt“, wurden protokolliert. Als die Genossen den Kommissar auf die Gesetzwidrigkeit seines Handelns aufmerksam machten und ihn fragen, ob ihm denn nicht bekannt sei, daß der Landrat v. Böttcher die Bürgermeister angewiesen hätte, den Flugblattverbreitern nichts in den Weg zu legen, erklärte der Ordnungshüter, daß er persönlich sehr gut wüßte, daß die Druckschriften verteilt werden dürften und daß die Polizei kein Recht zur Konfiskation habe, auch wisse er, daß der Landrat v. Böttcher die fragliche Anordnung hätte ergehen lassen, aber nur für seinen Kreis. Er, der Kommissar, könne aber nichts daran ändern, denn er habe direkten Befehl, die Flugblätter zu beschlagnahmen! Die Genossen sollten es so machen wie in Saarbrücken und zum Landrat gehen! In Saarbrücken selbst und in Pralautern bei Saarlouis fand keinerlei Verächtigung statt. Weiter auf das Land hinaus wagten sich die Genossen im Wahlkreis des Sittanapfels Koeren noch nicht, weil sie befürchten mußten, von der fanatischen katholischen Menge toteschlagen zu werden. In der Residenz des seßigen Industrieherrn Stumm, in Reunfirden sieht es genau so aus. Auch dort haben zahlreiche Protokollierungen stattgefunden und Bügel hat es ebenfalls schon abgesehen. Selbst in der Stadt Reunfirden, im Buchbierlein hat man unseren Genossen die geistige Waffe des Zentrums, den Besen bis auf die Straße nachgewiesen und als unsere Genossen nach der Flugblattverteilung bei einem ultramontanen Wirt einsetzten, erklärte dieser, daß er für Sozialdemokraten kein Bier habe! So kämpfen in den saarabischen Wahlkreisen die „Ordnungsparteien“ mit „geistigen“ Waffen gegen den „Ansturz“. Aber ihre Mittel werden vertragen, denn die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist vorzüglich, der Mut unserer Genossen unbegrenzt und, dessen sind wir sicher, der Wahltag wird für unsere Partei auch in Saarabien ein Ehrentag sein.

Magdeburg.

Besonderes Interesse dürfte dieses Mal die Wahl in Magdeburg beanspruchen. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 wurde Genosse Pfannkuch im ersten Wahlgang gewählt, während im 1903 erst die Stichwahl den Sieg brachte. Dieser ungünstige Ausfall war offenbar auf eine falsche Stimmverteilung zurückzuführen, demzufolge die Genossen nicht alle Kräfte anspannten. Bei der diesmaligen Wahl sind unsere Genossen von einer anderen Stimmung befeelt. Sie glauben zwar nicht weniger zuverlässlich an den Sieg, aber sie wollen ihn so glänzend gehalten, daß die Schlappe von 1903 wieder weit gemacht wird. Die Wahlarbeiten werden daher mit größtem Eifer betrieben. Neben dem Genossen Pfannkuch ringen noch zwei weitere Kandidaten um die Gunst des Volkes: Fleischermeister Kobelt, der Kandidat des Reichsmannes und Herr Erzberger, den das Zentrum als Kandidaten aufgestellt hat. Wie kaum in einem zweiten Wahlkreise haben in Magdeburg die „nationalen“ Parteien alles „Teuflische hinten angeseht“. Man höre nur, was alles hinter der Kandidatur Kobelt steht: Nationalliberale, Freisinnige Volkspartei, Konservativ, Mittelstandsvereinigung, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Verband vorkonserver Arbeiter, Sozialliberale und Reformpartei. Das ist eine bunte Gesellschaft! Im Wahlaustrich sitzen Vertreter aller dieser Parteien und Kooperationen; auch ein Führer der Hirsch-Dunderschen gehört dem Ausschuh an. Einträchtig wird er und mit ihm „Freisinnige“ und „Liberalen“ mit Ergreibern und Schatzmachern zusammen. Dieser wirklich gemischten Gesellschaft ist auch der Kandidat würdig, den sie sich ausgetoren hat. Ein Mann von Bestimmung hätte sich dagegen getraut, von einem solchen Wad auf den Schild gehoben zu werden. Herr Kobelt, der „schlichte Mann aus der Wurstküche“, will auch gar kein Mann von Bestimmung sein. Er erzählt seinen Wählern, daß er als Kompromißkandidat es doch niemand recht machen könne und deshalb auf die Entwicklung eines Programms verzichte. Aber nein! Ein Programm hat er doch: Gegen die Sozialdemokratie! Das ist sein Schlachtruf und damit will er seine Wähler empfangen. Sonst ist er ein herzlich unbedeutender Herr, der naiv genug war, sich zum Durchfallkandidaten herzugeben. Mühe ihm der Durchfall leicht sein! Wenn die Wähler sich an einen Sieg glauben würden, dann hätten sie sich diesen Herrn nicht als Kandidaten anseheren. Der Verleumdungsreißerband hat in allen bürgerlichen Lokalen Niesenplakate anhängen lassen, auf denen mit Niesenziffern gezeigt wird, daß die Partei der Nichtwähler schuld an dem Siege der Sozialdemokraten bei der letzten Wahl war. Die Gewerksvereiner (G.W.) hatten an Genossen Pfannkuch ein Schreiben gerichtet, ob er die Gewerksvereine gegenüber den anderen bestehenden Organisationen, insbesondere den freien Gewerkschaften als gleichberechtigte Arbeiterorganisationen anerkenne. Genosse Pfannkuch hat sich auf den Mannheimer Parteitagbeschluss berufen, der verlangt, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Die Antwort hat den Herren Gewerksvereiner natürlich nicht gefallen. Herr Kobelt war jedoch ohne Besinnen bereit, ihnen eine befriedigende Antwort zu geben, weswegen die Hirsche nun für ihn mit Pauken und Trompeten in den Kampf ziehen. Unsere Genossen verteilen verschiedene Tausend Exemplare der „Vollstimme“ an geeigneten Plätzen an das Straßenpublikum. Zu Beginn dieser Art der Agitation wurden wiederholt Verbreiter der „Vollstimme“ von der Polizei sifiziert, aber bald wieder freigelassen. Jetzt läßt die Polizei die Verbreiter ungeschoren.

Der Wahlkampf in Lübeck

Ist von der Sozialdemokratie sogleich nach der Auflösung des Reichstages mit größter Energie aufgenommen worden. Der bisherige Abgeordnete, Genosse Theodor Schwarz, wurde von einer von mehr als 2000 Personen besetzten Parteiverammlung einstimmig wieder aufgestellt. Von bürgerlicher Seite hatte man das Gerücht ausgebreitet, Schwarz werde keine Kandidatur mehr annehmen. Auf diese Weise hoffte man Verwirrung in die Wählermassen zu tragen, da Schwarz auch bei dem demokratisch gesinnten Teil der Lübecker Bürger Ansehen genießt und ihm zweifellos auch aus diesen Kreisen Stimmen zufallen. Die Stimmung im Wahlkreise ist indes ausgezeichnet für uns. Sämtliche Versammlungen, auch die im Landgebiet sind überfüllt.

Das Bürgerium ist matt und energielos. Die beiden größten bürgerlichen Parteien des Lübeckischen Staates, die Freisinnigen und Nationalliberalen, verzichten von vornherein auf einen eigenen Kandidaten und stellen den von den Nationalsozialen vorgeschlagenen Oberpostassistenten Klein mit auf diesen Herrn erklärten sich auch die Agrarier, die Konservativen und Katholiken. So erlebt man jetzt in Lübeck das ebenso seltsame, wie für den Niedergang des Liberalismus bezeichnende Schauspiel, daß ein angeblich liberaler Mann zum Vertrauensmann der Großwucherer und Wahlrechtsänderer, die hier vor kurzem erst das Wahlrecht zur Bürgerschaft verschlechtert haben, erhoben wird. Dieser Lage konnte man nun die eigenartige Beobachtung machen, daß die Landhändler mit Sammellisten für den Liberalen herumlaufen. Gelder sind überhaupt bei den „vereinigten bürgerlichen Parteien“, wie sich der Ordnungsbreit nennt, sehr knapp, denn wie überall geht auch in Lübeck der Patriotismus bei den Herren der Bourgeoisie nur bis zum Geldbeutel. Aber man ist auf einen famosen Ausweg verfallen, um sich Wahlgelber zu verschaffen. Die „vereinigten bürgerlichen Parteien“ betreiben nämlich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eine sogenannte Rechtsauskunftsstelle, die nebenbei auch dem von der Arbeiterschaft bereits vor Jahren errichteten Arbeitersekretariat das Wasser abgraben soll. Allerdings sind bisher auf diesem Gebiete keine Erfolge erzielt worden. Die Rechtsauskunftsstelle kostet aber Geld; und das muß doch auch für Wahlzwecke vorhanden sein. Da kam denn jemand auf den genialen Gedanken, daß der einfachste Ausweg sei, für die Rechtsauskunftsstelle eine staatliche Subvention zu verlangen. Dann könnte man das Geld, das man sonst für das Justizium verwenden müßte, für Wahlzwecke verwenden. Gedacht, getan. Senat und Bürgerausschuß bewilligten 5800 Mark aus den Steuergroschen für die „Rechtsauskunftsstelle“, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet worden ist. Diese ersparte Summe kann man jetzt zum Wahlkampf benutzen. Es ist sicherlich sehr gentlemanlich, daß sich das Bürgerium Steuergroschen, die auch von den Sozialdemokraten mit aufgebracht werden, zur Bekämpfung unserer Partei beschlagnahmt. Ist die Opferwilligkeit der „vereinigten bürgerlichen Parteien“ gering, so ist ihre Reizigkeit um so viel größer. In der Presse verspricht man das Gift des Reichsverleumdungsverbandes; in unsere Versammlungen trägt man sich jedoch nicht und eigene öffentliche Versammlungen sind von bürgerlicher Seite überhaupt in Lübeck noch nicht abgehalten worden. Der Kandidat des Bürgeriums vermag weder als Person, noch als Politiker zu interessieren, und allgemeines Staunen erregte es, als sein Name genannt wurde. Die Lübecker Parteigenossen ziehen mit blankem Ehrenschilde in den Kampf, während die vereinigten bürgerlichen Parteien mit dem Ludergeruch des Volkswuchers und des Wahlrechtsdrabes behaftet sind.

Wahlziffern.

Die nachfolgende Tabelle gibt für die einzelnen Wahlen die Zahl der Wahlberechtigten, die Zahl der Wähler sowie die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen an.

Jahr der Wahl	Zahl der Wahlberechtigten	Abgegebene gültige Stimmen	Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen
1871	7 656 273	3 884 803	113 048
1874	8 528 446	5 190 254	850 861
1877	8 943 028	5 401 021	493 258
1878	9 124 311	5 700 947	487 158
1881	9 090 381	5 007 760	311 961
1884	9 383 074	5 662 957	549 990
1887	9 769 802	7 540 988	783 128
1890	10 145 577	7 228 542	1 427 298
1898	10 628 292	7 678 973	1 780 989
1898	11 441 004	7 789 158	2 118 536
1903	12 528 963	9 495 768	3 010 756

Interessant ist die Tatsache, daß die Zahl der Wahlberechtigten bisher schneller gewachsen ist, als die Bevölkerung. Auf je 100 Einwohner entfielen nämlich Wahlberechtigte in der Reihenfolge der Wahlen:

19,4, 20,8, 20,9, 21,4, 20,1, 20,7, 20,9, 21,7, 21,3, 21,9, 22,2.

Auch die Wahlbeteiligung ist besser geworden und sie ist mit einigen Schwankungen fortgesetzt gestiegen. Von je 100 Wahlberechtigten machten nämlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch:

1871 1874 1877 1878 1881 1884 1887 1890 1898 1898 1903
50,8 61,1 60,4 63,3 56,1 60,5 77,4 71,4 72,2 67,9 75,8

Geht die Entwicklung so weiter, dann wird sich die Zahl der Wahlberechtigten diesmal auf circa 14 Millionen und die Zahl der Wähler auf mindestens 11 1/2 Millionen stellen. Die Sozialdemokratie ist von den Schwankungen in den Wahlziffern nicht berührt worden, ausgenommen die Unterbrechung in den Jahren 1878 und 1881, ist sie fortgesetzt und man kann fast sagen: nach einem bestimmten Gesetz gewachsen. Das zeigt recht sinnfällig folgende Zusammenstellung:

Jahr	Für die Sozialdemokraten wurden Stimmen abgegeben in Prozent der Wahlberechtigten	Wähler
1871	1,48	2,91
1874	4,12	6,76
1877	5,52	9,13
1878	4,79	7,59
1881	3,43	6,12
1884	5,86	9,71
1887	7,81	10,12
1890	14,07	19,75
1898	16,76	23,21
1898	18,47	27,24
1903	24,03	31,71

Ihrer Stimmenzahl nach müßte die Sozialdemokratie über 120 Mandate verfügen. Das gibt die Erklärung dafür, daß die gesamten bürgerlichen Parteien, deren Sozialdemokratie-Bekämpfungsbüro jetzt auch mit dem gleichen Wahlrecht schon tun, von einer Änderung der für sie so günstigen Wahlkreisgeometrie, nach den Grundfragen der Gerechtigkeit, nichts wissen wollen.

Sozialdemokratische Kandidaturen.

Provinz Schlesien.

Regierungsbezirk Breslau:
Guhrau-Steinau-Wohlau: Verbandssekretär Joh. Rommert, Breslau (bisher Graf Larmer, l.).
Müglitz-Trebnitz: Rauzer H. Köster, Breslau (bisher v. Gehdebrand und der Laß, l.).
Gr. Wartenberg-Dels: Parteisekretär Emil Reutlich, Breslau (bisher v. Harbort, Ap.).
Ramskau-Weig: Redakteur Paul Löbe, Breslau, zurzeit Gefängnis in Wohlau bis 12. Febr. (bisher J. v. Spiegel, l.).

Ost- und Westpreußen:
Döhlen-Kimptisch-Strehlen: Verleger Oskar Schütz, Breslau (bisher Kotter, l.).
Stadl-Breslau-Ost: Lagerhalter Franz Tugauer, Berlin (bisheriger Vertreter).
Stadl-Breslau-West: Eduard Bernstein, Berlin (bisher. Vertreter).
Breslau-Land-Neumarkt: Verleger Oskar Schütz, Breslau (bisher Limburg-Stirum, l.).
Schweidnitz-Striegau: Redakteur Fr. Feldmann, Langenbielau (bisher v. Nichts-Hofen-Damsdorf, l.).
Baldenburg: Verbandsvorsitzender Herm. Sasse, Breslau (bisheriger Vertreter).
Reichenbach-Neurode: Schneidermeister August Kühn, Langenbielau (bisheriger Vertreter).
Glag-Haselschwerdt: August Kühn, Langenbielau (bisher Fr. Hartmann, J.).
Frankenstein-Münsterberg: August Kühn, Langenbielau (bisher Graf Präsma, J.).
Regierungsbezirk Oppeln.
Kreuzburg-Rosenberg: August Vebel, Berlin (bisher v. Hohenlohe-Dehringen, l.).
Oppeln: August Vebel, Berlin (bisher Szynula, J.).
Kosel-Gr. Streblitz: Gewerkschaftsbeamter Herm. Waude, Kattowitz (bisher Blomack, J.).
Zublinig-Foß-Gleiwitz: Verbandssekretär Danisch, Gleiwitz (bisher v. Vallestrem, J.).
Weutten-Tarnowitz-Königschütze: Bergarbeitersekretär Scholtzsch-Weutten (bisher Kapicalski, Pole).
Kattowitz-Jabrze: Bergarbeiter Adamel, Kattowitz (bisher Korzant, Pole).
Niesch-Rybnik: Arbeitersekretär Andersch, Kattowitz (bisher Kallin, J.).
Kattowitz: Arbeitersekretär Andersch, Kattowitz (bisher Franz, J.).
Leobschütz: (bisher Klose, J.).
Neustadt O/S.: Verleger Oskar Schütz, Breslau (bisher Strzoda, J.).
Kallenberg-Großhau: August Vebel, Berlin (bisher Hubrich, J.).
Reihe: Verleger Oskar Schütz, Breslau (bisher Horn, J.).
Regierungsbezirk Liegnitz.
Grünberg-Freistadt: Parteisekretär Herm. Stolpe, Görlitz (bisher Pleß, fr. Sp.).
Sagan-Sprottau: Gauleiter Fr. Schlegel, Breslau (bisher Müller-Sagan, fr. Sp.).
Glogau: Verbandssekretär Herm. Zimmer, Breslau (bisher Hoffmeister, fr. Sp.).
Dumslau-Lüden: Bierverleger Reinhold Scheib, Dumslau (bisher Kern, w. l.).
Löwenberg: Redakteur Staubinger, Leipzig (bisher Kopsch, fr. Sp.).
Liegnitz-Gohrau-Goldberg: Gauleiter Dietrich, Breslau (bisher Kobl, fr. Sp.).
Jauer-Landeskron-Vollnhain: Redakteur Herm. Kräpzig, Berlin (bisher Permes, fr. Sp.).
Girsberg-Schönan: Redakteur Robert Albert, Breslau (bisher Ublak, fr. Sp.).
Görlitz-Lauban: Parteisekretär Herm. Müller, Berlin (bisher Flugdan, fr. Sp.).

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar 1907.

Ultramontane Arbeiterkandidaturen.

Das Zentrum hat, wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, folgende Arbeiterkandidaturen aufgestellt: Giesberts (Essen), Schiffer (Vorken-Meddinghausen), Veder (Olve-Meschede), Wiebeberg (Damm-Soest), Effert (Dortmund), Kloft (Bochum), Gronowski (Duisburg), Köhling (Solingen), Fischer (Mülhausen i. E.), Schirmer (Cham i. Bayern). Unter diesen Wahlkreisen, so meint das Blatt, seien mehrere „bombensichere Zentrumsdomänen“; genannt werden Arnberg-Olve-Meschede, Vorken-Meddinghausen und Cham. Der sauerländische Wahlkreis ist allerdings von altersher unbestrittener Zentrumsbesitz, aber für den Arbeitersekretär Veder ist er durchaus nicht sicher, da bekanntlich Johannes Fußangel ihm den Kreis streitig macht. Was Vorken-Meddinghausen betrifft, so äußerte sich vor kurzem ein Zentrumsblatt, die „Trierische Landeszeitung“ lebhaft Befürchtungen, daß er der Sozialdemokratie in die Hände fallen könnte. Deshalb hat man ja gerade den Gewerkschaftsführer Schiffer aufgestellt, weil man glaubt, daß er den Kreis retten wird. Im übrigen hat es große Mühe gekostet, die Aufstellung Schiffers im Wahlkreise durchzusetzen, und hätte man nicht Herrn Euler, den bisherigen Vertreter, im zentrumsfidele Trier untergebracht, wäre es zur offenen Auflehnung gekommen.

Auf der Liste der „Kölnischen Volkszeitung“ vermischen wir die Arbeiterkandidatur Schwartmann in Osnabrück. Sollte dort die Opposition, die sich unter Führung des einflussreichen Zentrumsmannes Korff gegen den Arbeiterkandidaten geltend macht, bereits Erfolg gehabt haben und Herr Schwartmann das Schicksal seines Kollegen Bernerus teilen, der vom Streikabkomitee als Kandidat für Saarbrücken aufgestellt, auf einen Wink der besseren Zentrumsleute einem Justizrat Platz machen mußte?

Im allgemeinen bleibt die Tatsache bestehen, daß das Zentrum seinen Arbeiterkandidaten die unsicheren oder völlig aussichtslosen Wahlkreise überläßt, namentlich solche, in denen es den Kampf mit der Sozialdemokratie zu bestehen gilt, wie Essen, Duisburg, Dortmund, Bochum. Hier herrscht außerdem das liberale Großkapital, demgegenüber die Zentrumsagitatoren schon mal ein radikales Wort wagen können. In den eigentlichen Zentrumsdomänen, wo der katholische Unternehmer herrscht: in Kreisfeld, M.-Gladbach, Machen u. h. hütet man sich wohlweislich, Arbeiterkandidaturen aufzustellen, trotzdem solche, wegen der industriellen Natur dieser Kreise, hier ebenso angebracht wären wie in Essen oder Dortmund. Wie die Zentrumsbauern die ultramontanen Arbeiterkandidaturen auffassen, beweist ein gegen die Kandidatur des Postbeamten Damesher in Köln-Land gerichteter Artikel der „Rheinischen Volksstimme“, worin es heißt: „Es läßt sich in der jetzigen Wahlkampagne unschwer erkennen, durch die vielfach erfolgte Aufstellung der Arbeitersekretäre, daß die Politik des Zentrums auf eine weitere Demokratisierung gerichtet ist. Denn darüber täusche man sich doch nicht, diese Arbeiterorganisationen resp. deren Leiter stehen mit einem Fuß im Zentrum und mit dem anderen in der Sozialdemokratie. Der ländliche Arbeiter, soweit er noch auf der Scholle sitzt, wird heute durch alle möglichen Einwirkungen mit seinem für ihn vorteilhaften und naturgemäßen Verhältnis zu seinem Arbeitgeber hinausgedrängt und gegen denselben aufgewiegelt. Das dürfte sich einmal in kritischen Zeiten bitter rächen, denn politisch zuverlässiger und kirchlich treuer werden diese Leute durch Abwanderung vom Lande oder Verlassen der landwirtschaftlichen Arbeit gewiß nicht. Die besten Stützen hat das Zentrum gerade auf dem Lande in dem Bauernstande, und deshalb sollte man die auch nicht so vordem Kopf stoßen.“

Das Blatt der rheinischen Zentrumsbauern mag sich beruhigen. Die Herren Spahn, Gröber und Trimborn wissen ganz genau, wie weit sie zu gehen haben. Das Zentrum wird

immer bleiben was es ist: eine bürgerliche Interessenvertretung. Die ultramontanen Arbeiterkandidaturen sind nichts als ein Wahlmanöver. Der Klasseninstinkt der katholischen Arbeiter soll den Fraktionsinteressen dienstbar gemacht werden. Im übrigen bleibt die Zahl der Arbeitervertreter im Zentrum stets so gering, daß ihr Einfluß gegenüber den agrarischen, kapitalistischen und zünftlerischen Interessen in der Partei gleich Null ist.

Übermals ein „Dementi“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt: „Durch ein heute nacht eingegangenes Telegramm aus Bindhuf wird ausdrücklich festgestellt, daß das von Oberst v. Deimling am 24. Dezember 1906 gemeldete Unterwerfungsabkommen von dem Oberstleutnant v. Ehorff mit Johannes Christian, dem Kapitän der Vondelzwards, erst am 23. Dezember 1906 in Ullmas abgeschlossen worden ist.“

Die vom „Vorwärts“ verbreitete Nachricht, die Unterwerfung der Hottentotten sei bereits am 2. Dezember 1906 in Bindhuf bekannt gewesen, erweist sich somit als völlig unwar.“

Auch dieses Dementi läßt an Klarheit sehr viel zu wünschen übrig. Wenn auch das Unterwerfungsabkommen erst am 23. Dezember 1906 geschlossen worden ist, so fragt es sich doch, ob die Verhandlungen nicht schon viel früher geführt worden sind. Außerdem berührt es eigenartig, daß Oberst Deimling am demselben Tage, wo er über das Zustandekommen der Kapitulation berichten konnte, gleichzeitig zu berichten in stande war, daß sich 155 Eingeborene mit ihren Waffen ergeben hätten. Wenn eine so prompte Ratifizierung des Unterwerfungsabkommens möglich war, so müssen sich doch bereits längere Zeit die Parteien im Waffenstillstand befunden haben.

Im übrigen bemüht sich die „National-Zeitung“ in ihrem Heftener, der „Nordd. Allgem. Ztg.“ das Konzept gründlich zu verberben. Sie berichtet nämlich, daß sich der „Wahlverein der alten Afrikaner“ telegraphisch an einen Rechtsanwalt in Keetmanshoop gemeldet habe mit der Bitte, er möge sofort zu dem in Keetfonteine internierten Führer der Vondelzwards, Johannes Christian, reiten und feststellen, aus welchen Gründen sich die Hottentotten ergeben hätten. Dieser Rechtsanwalt hat nun folgende Drahtnachricht gesandt:

Vondels anknüpften bereits Ende Oktober Verhandlungen. Ergeben wurden aber unter Angabe, Truppen bald zurückgezogen, von weißer Grenzbevölkerung Kapkolonie Fortführung Krieges aufgestachelt. Verdienst endlicher Niederwerfung gebührt ausschließlich Truppe.“

Hieraus geht hervor, daß die Unterwerfungsverhandlungen bereits seit Oktober schwebten! Die Regierung hat aber hierüber weder in der Budgetkommission noch im Reichstag irgend etwas verlauten lassen!

Daß Johannes Christian dem Rechtsanwalt erzählt hat, sein Widerstand sei von der englischen Grenzbevölkerung der Kapkolonie aufgestachelt worden, ist leicht begreiflich. Der gefangene Kapitän der Vondelzwards sucht natürlich seinen Widerstand so gut wie möglich zu rechtfertigen.

Bei alledem bleibt die Tatsache bestehen, daß auch heute noch die Regierung nach Niederwerfung des Aufstandes und Beendigung des Krieges die Truppenzahl in Südwestafrika nicht auf weniger als 8200 Mann reduzieren zu wollen erklärt hat. Die Regierung will auf alle Fälle in Südwest ihre Kolonialarmee behalten! Die Schaffung dieser Kolonialarmee aber war das A und O der Motive der Reichstagsauflösung! —

Deutsches Reich.

Eine geplante Wahlkoalition für 1908.

Die „Germania“ leistet sich in ihrer letzten Nummer das Vergnügen, den Fürsten Bülow als den „Förderer und Mehrer der Sozialdemokratie“ hinzustellen, denn dadurch, daß er den Reichstag vorzeitig auflöste, hätte er, meint sie, die sozialdemokratische Partei nicht nur vor verschiedenen Mandatsverlusten bewahrt, sondern ihr auch Vorschub geleistet, neue Mandate zu gewinnen. Dabei gesteht das ultramontane Blatt ein — und hierin besteht für uns der Wert seines Artikels — daß wenn die letzte Reichstagsperiode normal verlaufen und erst im Jahre 1908 gewählt worden wäre, höchst wahrscheinlich sich alle reaktionäre Parteien, Konservern, Reichsparteiler, Nationalliberale und Ultramontane, zu einer großen Koalition gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen hätten, um dieser einige Duzend Mandate zu entreißen. Daß den genannten Parteien nicht genügend Zeit zu diesem Zusammenschluß gelassen und das Zentrum durch die Reichstagsauflösung wider Willen in die Opposition gedrängt worden ist, darin besteht, wie das katholische Blatt erklärt, eine schwere politische Schuld Bülows, die diesem mit Recht den Ehrentitel „Mehrer der Sozialdemokratie“ einträgt. Wörtlich heißt es in dem betreffenden Artikel:

„Auch gegen die Sozialdemokratie soll es gehen. Allein wie soll gegen diese mit Erfolg vorgegangen werden können, wenn das Zentrum nicht mitrücken kann: wenn es selber isoliert gelassen wird, wo es der Sozialdemokratie sich erwehren soll und andererseits in die Unmöglichkeit versetzt, anderen Parteien gegen die Sozialdemokratische Hilfe zu bieten. Ausgesprochenemmaßen soll der Liberalismus in seinen verschiedenen Schattierungen aus der bevorstehenden Wahl gestärkt hervorgehen, gestärkt auf Kosten des Zentrums. Daß das Zentrum selber dazu hilft oder helfen kann, ist natürlich ausgeschlossen. Das aber muß für die Sozialdemokratie von vornherein sehr vorteilhaft sein. Die Ersatzwahlen zwischen 1903 und 1907 haben fast durchgängig für sie unerfreuliche Ergebnisse zutage gefördert. Bekanntlich hat sie drei Wahlkreise wieder verloren, welche sie 1903 (zwei im ersten Anlauf und einen in der Stichwahl) gewonnen hatte. Wie die Stimmung für ein gemeinsames und energisches Vorgehen aller bürgerlichen Parteien wider die Sozialdemokratie weitere Fortschritte machte, so durfte man für die nächste Reichstagswahl hoffen, daß gegen 30 Mandate ihr wieder entrisen würden.“

Die „Germania“ sagt uns damit nichts Neues. Wir haben bereits lange vor der Reichstagsauflösung betont, daß das Zentrum darauf hinarbeite, in Rheinland-Westfalen und einigen südwestdeutschen Gegenden eine Wahlkoalition zwischen sich, den Nationalliberalen und den Konservern zustande zu bringen, um vereint die Sozialdemokratie zu bekämpfen; aber wenn wir auch wußten, was beabsichtigt war, freuen wir uns doch, daß die „Germania“ offen bestätigt, ihre Partei wäre 1908 für ein solches Bündnis zu haben gewesen. —

Vegreißliche Trotha-Begeisterung.

General Trotha hat durch seine Donner Rede, durch die er nach der Ausrottung der Hereros auch die Ausrottung des südwestafrikanischen Kleinviehes empfahl, damit in dem wasser- und regenlosen Lande Stot aufgefodert werden könnte, die gerührte Dankbarkeit der

alldeutschen Zwillinge „Reich“ und „Staatsbürger-Zeitung“ erworben. Die beiden Blätter finden diese Ausrottungs- und Aufzuchtungsgeradezu genial. Dagegen werfen sie dem „Vorwärts“ vor, daß er keine Ahnung von den südwestafrikanischen Verhältnissen habe, wenn er behaupte, das Land lasse sich nicht aufforsten, da es dort kein Wasser gebe. Besonders verdrossen hat sie aber unser Zufallsreim: „Der wadere Trotha, von Forstwirtschaft versteht er kein Jota.“ In Südwestafrika gebe es sogar „prächtige Waldbestände“, die schon jetzt an „Flukturen“ prächtig gediehen. Trothas Klein Vieh-Vertilgungsplan begeistert die Zeitungszwillinge schließlich zu folgenden „Versen“:

Versteht also Trotha
Von den Dingen kein Jota,
Und ist er im Dalles,
Hereroja weiß alles
Biel schöner und besser.
Kein Koffer, kein Kaiman
Und früh er selbst küß weg
Dat ein größeres Maul,
Als Rosa, die Lübeck.

Sie wollen, gutmütig, wie wir nun einmal sind, dem wadernen Zeitungsgeschwätzer verraten, daß selbst in dem von der Regierung herausgegebenen Kolonialhandbuch zu lesen steht, daß kein einziger Fluß des Binnenlandes Südwestafrikas ständigen Wasserfluß aufweist. Nur zur Regenzeit verwandeln sich zeitweise, aber nicht einmal periodisch, die ausgetrockneten Rinnale in reißende verheerende Ströme.

Im übrigen begreifen wir durchaus die Begeisterung der „Reich- und „Staatsbürger“-Redakteure für die Trothasche Ausrottungsstrategie gegenüber dem Klein Vieh. Ihre schönen Verse haben auch uns poetisch inspiriert und uns den Enthusiasmus der guten Leute auch nachempfinden lassen:

Heil unserm Trotha,
Der unsere Rot sah:
Fort mit dem Klein Vieh!
Er unlängst am Rhein schrieb:
Kur Däsen darfs geben,
Welche Lust, da zu leben!
Der Ehren-Stücker
Schob auch manchmal Böder,
Aber der Monheim
Trägt doch die Kron' heim!

Die „Freisinnige Zeitung“ fährt fort, ihre alberne Verleumdung Webels, er habe die Bauern „beschimpft“, zu verteidigen. Seit Nüchters Tod gehört ja das Blatt nicht nur zu den unanständigsten Blättern Deutschlands, sondern auch zu den dummsten. So dumm ist es freilich noch immer nicht, daß es wagte, von dem Inhalte unserer Brandmarkungen seinen Lesern etwas mitzuteilen. Unsere Feststellungen, daß wenn Webel nach der Interpretation der „Freisinnigen Ztg.“ die Bauern „beschimpft“ habe, Eugen Nüchter sich dieses Verbrechens erst recht schuldig gemacht habe, unterläßt sie ihren Lesern vollständig. Triumphiert also hier die Schabigheit über die Dummheit, so läßt das Blatt gleich darauf wieder die Dummheit über die Schabigheit siegen.

Die „Freisinnige Zeitung“ beruft sich nämlich auf einen Bericht der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ über die Rede Webels auf dem Münchener Parteitage. In diesem Bericht heißt es: „Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keinen egoistischeren, keinen rücksichtsloseren, keinen brutaleren, aber auch keinen bornierteren Menschenflüg gibt als die bäuerliche Klasse, gleichviel welcher Gegend.“

Das Freisinnblatt glaubt nun seinen Lesern vorzuschwindeln zu können, daß dieser Bericht eine kenographische Wiedergabe der Rede Webels darstelle. Selbst jeder Leser der „Freisinnigen Zeitung“ aber weiß, daß es bürgerlichen Blättern gar nicht einfällt, einen kenographischen Bericht über die Verhandlungen sozialdemokratischer Parteitage zu bringen. Die betreffende Stelle der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ stellt nichts anderes dar als eine Inhaltsangabe der Ausführungen Webels. Die Vergleichung dieser Stelle mit der ausführlichen Wiedergabe im „Vorwärts“ resp. im Protokoll vom Münchener Parteitag beweist zudem, daß diese Stelle offenbar eine Zusammenziehung ausgedehnter Ausführungen Webels darstellt.

Selbst die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ gab zu, daß sich der Wortlaut der Rede Webels schwerlich feststellen lassen werde. Die „Freisinnige Zeitung“ aber ist agrarischer als selbst das Parteiorgan!

„Wenn“.

Wie die Zustände in Ost- und West tatsächlich aussehen, verrät die „Nat.-Ztg.“ durch Abdruck eines Briefes aus Swakopmund vom 12. Dezember, in dem es heißt:

„Wenn es gelingt, die äußerst schwierige Frage der Beschaffung farbiger Arbeiter befriedigend zu lösen, genügt Wasser zu erschließen, gutes Vieh zur Verbesserung der Rassen — nachdem der ehemalige Bestand von den Herero bestialisch vernichtet wurde — zu importieren und — vor allem — keine Steuern die Ranchwirtschaft dezimieren, dann wird auch die Rancherei wieder auf die Beine kommen.“

Man sieht, wie viele „Wenns“ dabei in Frage kommen! Sehr eigenartig nimmt es sich aus, daß der wadere Briefschreiber über die „bestialische Vernichtung“ des Viehes jammert und dabei über die schwierige Beschaffung farbiger Arbeiter klagt! Ohne die Trothasche Menschenvernichtung wäre an farbigen Arbeitern wahrhaftig kein Mangel!

Berschuldung der Junker. Ueber die bekannte Tatsache, daß in der preussischen Landwirtschaft die Verschuldung mit der Größe der Besitztümer wächst, bringt G. Reuhaus im Dezemberheft der „Sozialen Kultur“ interessantes Einzelmaterial, aus dem sich ergibt, wie sehr die lüderliche Schuldenwirtschaft der ostelbischen Junker die eigentliche Ursache der hochgeschraubten Verzinsungsbestrebungen der Agrarier ist. Schuldenfreie Grundbesitzer gibt es in den westlichen Provinzen 164 000, in den östlichen nur 21 000; über 60 Proz. verschuldet sind dagegen im Westen 31 000, im Osten 79 000 (bei Berücksichtigung der Grundsteuer-Reinertragsklassen über 60 M.). Der Rheinländer versteht es, seinen Kobertrag von durchschnittlich 1340 M. durch Nebeneinnahmen auf 1555 M. zu steigern; des Ostpreußen Bruttoertrag von durchschnittlich 2172 M. sinkt durch die Bindlast auf 1360 M. und wäre noch geringer, wenn nicht unsere besonders die Produkte der Großagrarier schützende Sozialpolitik ihm erlaube, aus seinem niedrigen Anlagekapital einen bedeutend höheren Verzinsungsfuß herauszupressen. Der Schuldenfreie erzielt von seinem Kapital 4,8 Proz., der über 100 Proz. Verschuldete, (und es gibt deren 5650 Personen, die nur von ihres Gläubigers Gnaden leben, sich noch als „Grundherren“ aufspielen) 6,7 Proz.!

Aus dem Hamburger Landesparlament.

Gegenwärtig beschäftigt sich die Hamburger „Vollversammlung“ mit der Fabrikation eines neuen Baupolizeigesetzes, wobei die Vertreter des Grundeigentums möglichst alle hygienischen und sonstigen, im Interesse der persönlichen Sicherheit notwendigen Forderungen zu hintertreiben suchen. Beschlossen wurde unter anderem, daß die zu Wohnzwecken bestimmten Gebäude, soweit nicht durch Bebauungsplan weiter einschränkende Bestimmungen bestehen, „nur“ aus sechs Stockwerken bestehen dürfen und daß der Fußboden des obersten Stockwerkes nie höher als 21 Meter über der richtigen Straßenhöhe liegen darf. Ein längerer Kampf

entspann sich über die Anlage der Fenster, die bisher hauptsächlich nach außen schlagend eingebaut wurden, damit die Gardinen und die Blumen nicht leiden. Die Folgen dieser Hamburger „Eigenart“ waren recht zahlreiche Unglücksfälle beim Fensterputzen. Gegen den starken Widerspruch einer erheblichen Minderheit wurde der Beschluß gefaßt, von nun an die Fenster nach innen schlagend anzulegen, um so Unglücksfällen vorzubeugen. Das Baupolizeigesetz wird noch mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen.

Ein Zentrumsgeneral.

Wie die Zentrumsprelle triumphierend verkündet, hat sich „dem Zentrum endlich auch einmal ein hoher Militär als Kandidat und künftiges Mitglied des Reichstages angeschlossen“. Es ist dies Generalmajor a. D. Häußler, dessen Kandidatur im Wahlkreis Reustadt, Riffingen, wie weiter berichtet wird, überall mit begeistertem Jubel aufgenommen wurde. Als besondere Empfehlung des Kandidaten wird angeführt, daß er als aktiver Offizier in Rußland, Persien und der Türkei war und bei dieser Gelegenheit einmal auf längere Zeit wegen Spionageverdachts in russische Gefangenschaft kam, aus der er bei den Arminiusfeierlichkeiten des jetzigen Jahres befreit wurde. Außerdem ist der General ein „hochgebildeter Mann“, was sich bei einem Zentrumslandkandidaten eigentlich von selbst versteht.

Das Zentrum scheint durch die Aufstellung des Generals dem fürsten Willow den Beweis bringen zu wollen, daß es eine national-gesamte, durch und durch militärfreundliche Partei ist. Denn wie wäre es möglich für eine Partei, die einen lebendigen General unter sich hat, in Zukunft auch noch einer militärischen Forderung zu widerstehen? Der gute Wille des Zentrums, sich als Kurpartei zu bewähren, ist damit hinreichend belundet. Es fehlt nur noch, daß das Zentrum seinen General zum Präsidenten des Reichstages wählt!

Die Industrie und die Sozialdemokratie. Der „Metallarbeiter“, illustriertes (Unternehmer-) Fachblatt für die gesamte Metallindustrie, sagt zu der bevorstehenden Reichstagswahl: „Überall sind Preissteigerungen und Lohnerhöhungen eingetreten, eine direkte Folge der kolossalen Steigerung der Materialpreise und der allgemeinen Lebensmittelpreise. . . Der Zolltarif und die neuen Handelsverträge schädigen die Industrie schwer und zwingen viele Exportindustrien zur Errichtung von Betrieben im Ausland. . . Das ist der sehr zweideutige Segen der Handelsverträge, welche der alte Reichstag auf dem Gewissen hat!“

Unter dem „alten Reichstag“ können nur die bürgerlichen Parteien verstanden werden, denn die Sozialdemokratie hat mit Ausbietung aller Kraft gegen diese wahnsinnige Zollpolitik, die Ursache all der schweren Beeinträchtigungen der gesamten Industrie und des gesamten Gewerbetreibenden, gekämpft.

„Segen“ der Zollpolitik. Zwei Wigogespinnereien aus dem Handelskammerbezirk Plauen i. V. haben seit Inkrafttreten des neuen Handelsvertrags ihre österreichischen Betriebe ganz wesentlich vergrößert und von den Plauer Stickeren und Spinnereien haben drei in Böhmen Filialen eröffnet, eine andere hat ihren ausländischen Betrieb vergrößert und eine Dreibriemenweberei und Seilfabrik beabsichtigt eine Dreibriemenweberei nach Böhmen zu verlegen. Zwei Unternehmer des Darmstädter Handelskammerbezirks errichten wegen der hohen Zollsätze in Oesterreich Filialen. — So wird in Deutschland durch eine verkehrte Zollpolitik auf der einen Seite die Industrie angejagt und die Arbeitsgelegenheit vermindert, auf der anderen Seite die Lebenshaltung des Volkes verteuert.

Militärjuristische Tüftelei.

Ein in seinen Begleitumständen interessanter Prozeß wegen qualifizierter Urkundenfälschung beschäftigte in seiner letzten Sitzung das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona). Der Anklage liegt folgendes zugrunde: Bis zu seinem Dienst Eintritt im letzten Herbst war der Russe O. vom Regiment „Bremen“ in dem Städtchen Reine in Westpreußen als Kommissär tätig. In bezug auf die Bestimmungen der Sonntagsruhe sollen, wie O. behauptet, in diesem Reut äußerst läge Anschauungen herrschen, weshalb er und seine Kollegen wiederholt Polizeibeamte ersucht hätten, auf die Prinzipale ein wachsames Auge zu richten. Die Polizisten seien aber mit Wutli registriert worden und kümmerten sich daher gar nicht um die fortgesetzten Uebertretungen. Im Juli 1906 schrieb O. an den Bürgermeister einen mit „Hugo Schubert“ unterzeichneten Brief, in dem er auf die Uebertretungen und das Verhalten der Polizeibeamten hinwies. Nach einiger Zeit wurde O. als Verfasser des pseudonymen Briefes ermittelt. Durch die „qualifizierte Urkundenfälschung“ soll O. beabsichtigt haben, sich und seinen Kollegen einen rechtswidrigen Vorteil zu verschaffen und die Kaufleute von Reine zu schädigen. Das Kriegsgericht in Bremen erklärte in der Begründung des auf Freisprechung lautenden Urteils, daß nur juristische Tüftelei in der Tat des Angeklagten eine Urkundenfälschung erbilden könne. Ein Brief sei überhaupt keine Urkunde zum Beweise von Rechtsverhältnissen, mithin sei es ganz gleichgültig, welche Unterschrift er trage.

Gegen dieses Urteil legte der Gerichtsherr Berufung ein. Der Ankläger bezeugte die Ansicht der Vorinstanz als eine laienhafte Auffassung der Rechtslage. Es handele sich aber nur um eine private Urkunde, weshalb er wegen einfacher Urkundenfälschung fünf Tage Gefängnis beantrage. Das Oberkriegsgericht erkannte auf einen Tag Gefängnis; eine anonyme Anzeige sei nicht strafbar, dagegen enthalte eine pseudonyme Anzeige das Kriterium der einfachen Urkundenfälschung.

Ehrenhaft für feige Soldatenmishandlung.

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division Nr. 32 in Dresden stand am Mittwoch der Major v. Jeschütz vom Bezirkskommando Freiberg i. S. wegen Mishandlung eines Untergebenen. Während der Beweisaufnahme war die Öffentlichkeit ausgeschlossen! Der Angeklagte wurde zu acht Wochen Festungshaft verurteilt. Nach der Urteilsbegründung ist der Sachverhalt folgender: Seit Oktober v. J. war der Schütze Leipziger vom Schützenregiment Nr. 108 in Dresden beim Angeklagten Quirke und mußte als solcher, wie das üblich ist, viele häusliche Arbeiten verrichten. Nach den Angaben des Majors soll es sehr schwer gewesen sein, den Quirke einzurichten, wobei es diesem auch noch an dem guten Willen gefehlt habe. Infolgedessen leitete auch der „Herr Major“ nicht besonders gut auf seinen Quirke zu sprechen gewesen zu sein. Neben allerlei anderen Arbeiten mußte der Quirke auch die Mittagstafel besorgen und hierbei hat er sich eines Tages ein kleines Versehen zuschulden kommen lassen. Bei dieser Gelegenheit ist der Major aufgesprungen und hat den Quirke mehrere Male mit den Händen ins Gesicht geschlagen, an den Ohren gezogen und ihn geschüttelt. Außerdem hat er „Herr Major“ dem Quirke noch, als dieser das Zimmer verlassen wollte, einen heftigen Fußtritt versetzt. Das Kriegsgericht hat auf die oben erwähnte Strafe erkannt. Als strafmildernd hat es die große Erregung des Majors in Betracht gezogen, während es als strafverschärfend die Schwere der Mishandlung angesehen hat.

In Anbetracht der rohen Mishandlung und des Umstandes, daß ein Major vorbildlich für keine Untergebenen sein soll, ist die ausgeworfene Strafe von 8 Wochen Festung eine sehr gelinde Strafe. Ehrenhaft für Soldatenmishandlung! So rottet man Soldatenmishandlungen aus!

Ausland.

Frankreich. Antonin Dubost wurde gestern (Donnerstag) vom Senat mit 221 von 235 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt. —

Im Ministerrat am Donnerstag teilte Justizminister Guhods-Deffaigne mit, er werde gegen den Gerichtspräsidenten Lambert Troche, der in der Begründung eines Gerichtsurteils den Satz: „In Erwägung, daß der Staat sich alle Güter der katholischen Geistlichkeit angeeignet hat“ gebraucht habe, das Verfahren vor dem Kassationshofe einleiten. —

Der Kardinal Laque, Primas von Irland, erklärt in einem Briefe, daß die französische Regierung der katholischen Kirche gegenüber „wie ein Tyrann gehandelt“ und weder das Eigentumsrecht noch die persönliche Freiheit der französischen Katholiken berücksichtigt habe. —

Spanien.

Madrid, 10. Januar. Die „Hydra“. Der Justizminister legte dem Ministerrat ein neues Gesetz zwecks Sicherung der öffentlichen Ruhe und Bekämpfung der anarchistischen Bewegung vor. —

Persien.

Teheran, 9. Januar. Der Thronfolger Muhammed Ali Mirza trat heute vormittag 9 Uhr im Palast ein und wurde von den Prinzen, dem Großwesir, den Ministern und anderen hohen Würdenträgern als Schah anerkannt. Die Krönung ist auf den 2. Februar festgesetzt. —

Marokko.

Er lebt noch!

London, 10. Januar. (B. T. Z.) „Daily Mail“ meldet aus Tanger: Raissuli befindet sich zurzeit anderthalb Tagemärsche von Tetuan bei den Omaras, einem Nachbarstamme der bekannten Rifstahlen, wo er seine Mannschaft durch Abenteurer zu verstärken sucht, um Tanger anzugreifen.

Der von Tanger am 4. d. M. nach Fez abgegangene englische Postkurier ist in der Nähe von Arzila am 5. d. M. von Raissuli Leuten aufgegriffen, mißhandelt und drei Tage gefangen gehalten worden; seine Briefschaften sind vernichtet. Der ganze Postdienst nach dem Inneren verläßt vollständig.

Tanger, 10. Januar. (B. T. Z.) Gestern abend sind zwei Geschütze mit Munition für die Regierungstruppen nach Jinat abgegangen. Die Truppen erhielten Befehl, den Stamm, bei welchem Raissuli Aufnahme gefunden hat, unverzüglich anzugreifen. 3000 Mann sollen zur Verstärkung demnächst in Jinat eintreffen.

Amerika.

Arbeiterstreik in Uruguay.

Die Regierung von Uruguay hat dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, welches die Regelung der Arbeit in den industriellen und gewerblichen Betrieben vorzieht. Danach soll in den meisten Gewerben zunächst der Reunntentag und später der Achtstundentag eingeführt werden. Das Gesetz sieht ferner eine vollkommene Sonntagsruhe für alle Arbeiter und Angestellten vor; Frauen dürfen nach der Entbindung 4 Wochen lang nicht beschäftigt werden; die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren ist untersagt. Für die Uebertretung des Gesetzes werden sowohl die Unternehmer, wie die Arbeiter verantwortlich gemacht.

Erlangt dieser Entwurf Gesetzeskraft, so würden die europäischen Kulturstaaten durch die kleine Republik Uruguay aufs tiefste beschämt werden.

Gegen die Japaner sprach sich der Gouverneur Pardee von Kalifornien in seiner Jahresbotschaft an die Staatslegislatur aus. Er erklärte, daß Roosevelt die großen Unterschiede zwischen Chinesen und Japanern auf der einen und Weissen auf der anderen Seite nicht voll zu würdigen wisse, daß Japaner niemals gute amerikanische Bürger werden könnten; mit aller Achtung vor der Bundesregierung würde Kalifornien dies Recht für sich in Anspruch nehmen, die Schulen so zu leiten, wie es seinen Interessen entspricht, bis die höchsten Gerichte des Landes anderes darüber entscheiden. Auch Schmitz, der Bürgermeister von San Francisco, erklärte öffentlich, daß man den Japaner keine amerikanischen Bürgerrechte verleihen dürfe, wenn man nicht wolle, daß die Japaner in der Politik des Staates Kalifornien eine einflussreiche Stellung erobern.

In der Bevölkerung, besonders in der arbeitenden, finden solche Stimmen ein lebhaftes Echo, weil die Japaner immer zahlreicher einwandern, als Konkurrenten gefürchtet und im allgemeinen nicht beliebt sind. Der Amerikaner betrachtet sie als minderwertig und sieht mit Unbehagen, daß sie in immer größeren Massen kommen und sich in den Staaten am Stillen Ozean festsetzen.

Eingegangene Druckschriften.

Praktische Winke für Damen zum Selbstschneiden von A. Lau, 20 Sellen. Verlag: Die Hof-Zentrale Friedmann.
Der Kölner Karneval des XX. Jahrhunderts von H. Beer, 50 S. Verlag: Beer u. Thiemann, Hamm i. W.
Vehn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe. Statistik 1905 und Tarifverträge 1891-1905. Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands. Preis 10 M. Selbstverlag des Verbandes (H. Büchelburg), Hamburg.
Kate Schrammer, Deutschland und Frankreich seit 35 Jahren. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte. (Vard, Marquard u. Co. in Berlin.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sicherung des Koalitionsrechts in — Frankreich.

Paris, 10. Januar. (B. T. Z.) Der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltene Ministerrat hat den Justizminister beauftragt, in der Kammer einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch die Artikel 414 und 415 des Strafgesetzbuches abgeändert werden sollen. Der Artikel 414 bedrohte mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 3000 Frank jeden, welcher mit Gewalt, durch Täuschung, Drohung oder Vorpiegelungen die gemeinsame Einkeltung der Arbeit zum Zwecke der Erlangung einer Erhöhung oder Herabsetzung der Löhne herbeiführt, oder im allgemeinen die freie Verriichtung von Arbeiten verhindert hatte. Artikel 415 verfügte die Polizeiaufsicht für den Fall, daß die Einstellung der Arbeit durch eine planmäßige Vereinbarung herbeigeführt war. — Mit der Unterdrückung dieser beiden Artikel wird das vollständige Streikrecht der Gewerkschaften hergestellt.

Denn was man schwarz auf weiß besitzt . . .

Paris, 10. Januar. (B. T. Z.) Aus Rom wird berichtet, der Vatikan habe die Nachricht erhalten, daß der Ministerpräsident Giemencan beabsichtigt, mehrere der beim Monsignore Montagnini beschlagnahmten Schriftstücke, welche sich auf die Politik des Heiligen Stuhles gegenüber Frankreich und den anderen Staaten beziehen, in der Kammer zu verlesen. Diese Nachricht habe im Vatikan eine gewisse Aufregung hervorgerufen.

Wahl der Präsidenten in der französischen Kammer.

Paris, 10. Januar. (B. T. Z.) Die Deputiertenkammer wählte mit 338 von 421 Stimmen Griffon zum Präsidenten wieder; sie wählte sodann Etienne zum Vizepräsidenten an Stelle Caillaud; die auscheidenden Vizepräsidenten Vertran, Rabier und Cruppi wurden wiedergewählt.
Im Senat wurden Guérin, Lourties, Lehdet und Monis zu Vizepräsidenten wiedergewählt.

Die Eisenbahner und die Reichstagswahlen.

Zu diesem in der Nr. 4 des „Vorwärts“ vom 5. Januar erschienenen Artikel, speziell zu seinem letzten Absatz, beginnend mit den Worten: „Die Weihnachtstage sind verhallt...“ erhalten wir folgendes Schreiben:

Königliche Eisenbahndirektion. Essen, den 9. Januar 1907. Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 eruchen wir ergebend zur Nichtigstellung des in Nr. 4 des „Vorwärts“ vom 5. Januar 1907 erschienenen Artikels:

Die Weihnachtstage sind verhallt... usw. auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung: Die Angaben des in Nr. 4 des „Vorwärts“ vom 5. Januar 1907 enthaltenen Artikels, daß gelegentlich des Weihnachtstages die für Feuerungsanlagen angekauften Summen nur unter die höheren Dezernten verteilt worden seien, der Präsident des Direktionsbezirks Essen 3000 M. für sich behalten habe und im Range nachfolgende Räte mit 1500—1800 M. bedacht worden seien, das Fahrpersonal dagegen leer ausgegangen sei, sind unrichtig.

Die den höheren Beamten von dem Präsidenten auf Grund der ihm organisationsmäßig zustehenden Befugnis gewährten Remunerationen und Beihilfen haben im einzelnen den Betrag von 300 M. nicht überstiegen. Mit besonderer Ermächtigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten sind einem der höheren Beamten der Direktion 400, einem zweiten 300 M. gewährt worden. Andererseits ist auch in diesem Jahre das Fahrpersonal in seinen familiären Klassen sowie die mittleren und unteren Beamten bedacht worden, und zwar insgesamt mit einem Betrage von über 139 000 M. Der Präsident der Direktion hat eine Remuneration oder Beihilfe weder für sich selbst zuwenden können noch auf irgend eine andere Weise erhalten.

Wir müssen es unserem Gewährsmann überlassen, sich zu dieser Berichtigung zu äußern.

Die Scharfmacherorganisationen im Dienste der Bülow'schen Politik.

Die Zollgesetzgebung des Jahres 1903 hat verschiedenen Zweigen der deutschen Großindustrie, vor allem der Eisen- und Stahlindustrie enorme Vorteile gebracht. Durch die beträchtlichen Zollserhöhungen wurde die Konkurrenz der amerikanischen, englischen und belgischen Stahlindustriellen fast gänzlich vom deutschen Inlandsmarkt ausgeschlossen und dieser wehrlos den großen Syndikaten und Kartellen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zur Ausbeutung ausgeliefert. Und die verschiedenen Unternehmerverbände dieser Industriegruppen haben dieses ihnen durch die deutsche offizielle Politik gebotene Monopol frupellos ausgenutzt. So ist beispielsweise seit Dezember 1905 nach den Rotierungen der Düsseldorf'sche: Bessemereisen um circa 6 M., Spiegeleisen um 12 M., Gießereieisen I. Qualität um 9 M., Hämatit um 11 M. und Stabeisen um 45 M. pro Tonne erhöht worden.

Nicht minder vorteilhaft haben sich für die verschiedenen Zweige der Stahlindustrie die Weltpolitik und die mit dieser zusammenhängenden beträchtlichen Flottenbauten erwiesen. Von den 170 Millionen Mark, die seit dem Beginn der Ära Bülow das Deutsche Reich für seine Kriegsstärke ausgegeben hat, sind viele Hunderte von Millionen den Stahlindustriellen für Schiffsbaumaterialien und Schiffsmaschinen aller Art zugeflossen. Und aus diesen Riesenlieferungen haben die großen Werke und Maschinenbauanstalten hohe Gewinne gezogen, denn so gerne auch ihre Besitzer die edlen Patrioten spielen, muß doch das Reich alle ihm gelieferten Schiffsbaumaterialien höher bezahlen als das Ausland. So wurde bekanntlich 1901 in der Budgetkommission festgestellt, daß die beiden deutschen Lieferanten von Nickelstahl-Panzerplatten, Krupp und Stumm, der deutschen Marineverwaltung für diese Platten pro Tonne 400 M. mehr abgenommen hatten als dem amerikanischen Marineamt.

Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen die Herren Industriellen dieser Branchen nicht nur für die Bülow'sche Politik des Schutzes der nationalen Arbeit, sondern auch im höchsten Maße für die Welt- und Flottenpolitik schwärmen, zumal seit der zunehmenden Ausdehnung dieser Politik die ihnen verhaßte Sozialgesetzgebung völlig ins Hintertreffen geraten ist. Deshalb war vorauszusehen, daß die Eisen- und Stahlmagnaten zur Stütze der ihnen so nützlichen Bülow'schen Politik beträchtliche Summen in die national-liberalen Wahlkassen zahlen würden. Aber die vaterländischen Herren, die trotz ihrer Riesenprofite wegen geringer Lohnforderungen leichtsinnig Hunderttausende ihrer Arbeiter auf die Straße setzen, gehen tatsächlich noch einen Schritt weiter: sie legen sich neben ihren sonstigen Zuschüssen zu den national-liberalen Wahlfonds eine Extrasteuere von 1 M. pro Arbeiter ihrer Betriebe an.

Ein günstiger Wind weht uns folgende Schriftstücke auf den Redaktionstisch:

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Berlin W., Karlsbad 4a. An den Herrn Vorsitzenden der norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Geh. Kommerzienrat Gerh. L. Meyer Hannover.

Der anliegende Aufruf ist dem Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Herrn Geh. Kommerzienrat Servaes zugegangen. Dieser erachtete es für zweckmäßig, den Aufruf zunächst in dem Vorstande der „Nordwestlichen Gruppe“ zur Erörterung zu stellen. Dies ist geschehen in der fast vollzählig besuchten Sitzung des Vorstandes zu Düsseldorf am 3. d. M. Es wurde anerkannt, daß die hohe nationale Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Reichstag es der Industrie, soweit sie diese Bedeutung anerkennt, zur unabwiesbaren Pflicht macht, sich an die Seite der Regierung zu stellen und sie in dem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie im Sinne des Aufrufes und entsprechend ihrer Stellung im wirtschaftlichen Leben unseres Vaterlandes Beitrag zu dem interfraktionellen Wahlfonds leistet. Von dieser Pflicht kann nach der Ansicht des Vorstandes auch nicht der Umstand entbinden, daß die Industrie bereits in weitem Umfange durch die lokalen und zentralen Organisationen der nationalen Parteien zu geldlichen Opfern herangezogen sei, die sie willig gebracht habe. In dem vorliegenden Falle handle es sich um eine allgemeine vaterländische Sache, und einer solchen habe sich die Industrie noch nie entzogen.

Nach eingehenden Erörterungen wurde von dem Vorstande der Nordwestlichen Gruppe einstimmig beschlossen, an die Werke der Gruppe das Ersuchen zu richten, zu dem in dem Aufruf genannten Zwecke 1 M. pro beschäftigten Arbeiter zu zahlen.

Der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. J. A.: Der Geschäftsführer G. A. Bued.

Der vertrauliche Aufruf, auf den in diesem Schreiben Bezug genommen wird, lautet:

Vertraulich! Berlin, im Dezember 1906. Aufruf!

Durch die Auflösung des Reichstages ist eine neue politische Situation geschaffen. Die nationalen Parteien, die bei der Abstimmung des 13. Dezember in der Minorität blieben, müssen bei den Neuwahlen so gestärkt werden, daß im neuen Reichstage die Bildung einer neuen Majorität möglich wird. Dies ist in jeder Hinsicht nach innen und nach außen von größter Wichtigkeit. Die Wahlen erfordern bedeutende Geldmittel! Die Unterzeichneten haben sich vereinigt, eine Sammlung zu veranstalten.

Die einlaufenden Beträge sollen verwendet werden:

- 1. für die Wahlkreise, welche von den Polen und Welfen, dem Zentrum und der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen nur mit knapper Majorität gewonnen oder behauptet wurden, 2. zur Verteidigung der Wahlkreise, die jetzt im Besitze der bürgerlichen Linken und der Rechten sind, aber von Polen, Welfen, Zentrum und Sozialdemokratie gefährdet werden.

Alle konservativen und liberalen Parteien, zu deren Unterstützung dieser Aufruf ergeht, sollen gleichmäßig bei Verwendung unseres Wahlfonds berücksichtigt werden. Ausgeschlossen ist, daß diese Gelder zur Bekämpfung dieser Parteien untereinander verwendet werden.

Generaldirektor Graf von der Haffburg, Generaldirektor Ballin, Friedrich Dernburg, Dr. Graf Ch. von Douglas, Stadtrat Hermann Jacoby, Staatsminister Dr. Frhr. Lucius v. Ballhausen, Robert von Mendelssohn, Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Paul Schwabach, Stadtrat Max Weigert, Generaldirektor Dr. Wiegand, J. van der Zypen.

Beiträge bitten wir einzusenden an das Bankhaus Mendelssohn u. Co., Berlin.

Herr Kommerzienrat G. L. Meyer hat natürlich dem Ersuchen des Herrn Bued sofort entsprochen und an die Mitglieder der norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller folgende Aufforderung gerichtet:

Vertraulich! Hannover, 7. Januar 1907. An die zur Norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gehörigen Mitglieder.

Die Reichstagswahl betreffend.

Unter Bezugnahme auf die anliegenden, die Reichstagswahlen betreffenden Schriftstücke komme ich der Aufforderung des Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gern nach, indem ich die zur Norddeutschen Gruppe des Vereins gehörenden Firmen ersuche, für den angegebenen Zweck: „Bekämpfung antinationaler Wahlen“ den vorge schlagenen Beitrag von 1 Mark pro Kopf der beschäftigten Arbeiter baldmöglichst bei der Hannoverschen Bank hier zugunsten meines Sonderkontos W einzuzahlen.

Der Vorsitzende der Norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Gerhard L. Meyer, Geheimer Kommerzienrat.

Außerdem hat, wie wir aus unserem Düsseldorf'scher Parteiorgan, der „Volkszeitung“, ersehen, das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten gesandt:

An den Herrn Vorsitzenden des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten Geh. Kommerzienrat G. Lueg Düsseldorf.

Sie bitten Sie, von dem anliegenden Aufruf Kenntnis zu nehmen, der an den Zentralverband, als den Vertreter des allergrößten Teiles der deutschen Industrie, gerichtet worden ist. Wir vertreten die Ansicht, daß die hohe nationale Bedeutung der bevorstehenden Wahlen es der Industrie, soweit sie diese Bedeutung anerkennt, zur unabwiesbaren Pflicht macht, sich an die Seite der Regierung zu stellen und sie in dem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie im Sinne des Aufrufes und entsprechend ihrer Stellung im wirtschaftlichen Leben unseres Vaterlandes Beiträge zu dem allgemeinen Wahlfonds leistet. Von dieser Pflicht kann nach unserem Erachten auch der Umstand nicht entbinden, daß die Industrie bereits in weitem Umfange durch die lokalen und zentralen Organisationen der nationalen Parteien zu geldlichen Opfern herangezogen sind, die sie willig gebracht haben; denn es gilt hier zu zeigen, daß die Industrie in ihrer Gesamtheit gewillt ist, noch ihren Kräften die von der Regierung vertretene nationale Ehre des Vaterlandes zu stützen und hochzuhalten.

Der Anfang ist bereits von der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gemacht worden. In einer fast vollzählig besuchten Sitzung des Vorstandes ist einstimmig beschlossen worden, die Mitglieder aufzufordern, zu dem in dem Aufrufe bezeichneten Zwecke eine Mark pro beschäftigten Arbeiter abzuführen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die übrigen Gruppen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller diesen Beispiele folgen werden. Wir sind überzeugt, daß das Gleiche auch bei den übrigen von dem Zentralverband vertretenen Industrien der Fall sein wird. Daher richten wir an Sie die Bitte:

Die Mitglieder Ihrer Vereinigung mit tunlichster Beschleunigung aufzufordern, zu dem in Rede stehenden Zwecke eine Mark pro beschäftigten Arbeiter an die Direktion der Diskontogesellschaft zu Berlin W., Unter den Linden 35, mit der Bezeichnung: „Angelegenheit des Zentralverbandes deutscher Industrieller a. Konto Wahlfonds“ abzuführen und von der geleisteten Zahlung der Geschäftsführung des Zentralverbandes, Berlin W. 35, Karlsbad 4a, Anzeige zu machen.

Die Uebereinkunft der Gelder ist an die Bedingung geknüpft worden, daß Herr Generalsekretär Dr. Reumer-Düsselboef und der mitunterzeichnete Geschäftsführer des Zentralverbandes als Vertrauensmänner der Industrie dem unter dem Aufruf bezeichneten Ausschusse beitreten.

Den Aufruf Ihnen heute in der für Ihre Mitglieder erforderlichen Anzahl von Exemplaren zugehen zu lassen, ist nicht möglich. Wir bitten Sie daher, sich der kleinen Mühe zu unterziehen, den Aufruf mit der Bezeichnung „Vertraulich“ möglichst schnell selbst vervielfältigen zu lassen.

Das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Der Vorsitzende: R. Bopelins, Mitglied des Herrenhauses. Der Geschäftsführer: G. A. Bued.

Es ist unnötig, den obigen Schriftstücken eine Erläuterung hinzuzufügen. Sie zeigen besser als lange Auseinandersetzungen, wer den Nutzen von der Welt- und Kolonialpolitik hat. Und wen es die Drieße nicht lehren, dem zeigen es die Unterschriften unter dem Aufruf. Neben den Vertretern des Feudaladels finden wir dort Herrn Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie, Herrn Dr. Wiegand vom Norddeutschen Lloyd und die Repräsentanten der Berliner Hochfinanz Herrn Mendelssohn und Herrn Schwabach. Eine feine Mißspoke!

Die deutschen Arbeiter werden auf die Interessenpolitik dieser Herren am 23. Januar die richtige Antwort zu finden wissen.

Die russische Revolution.

Terror!

Petersburg, 9. Dezember.

Mit jedem Tag muß es der Regierung klarer werden, daß dieses Polizeiregime, wie es von Durnowo eingeführt und dann von Stolypin weiter entwickelt worden ist, die Stellung der Monarchie und ihrer bezahlten Agenten nicht sichert. Die Reaktion hat wieder dem alten revolutionären Terrorismus die Wege geebnet, und nun vergeht fast kein Tag, an dem nicht der eine oder der andere Vertreter der Despotie ins Jenseits befördert wird.

Daß diese Erscheinung, wie sie in der Zeit Plehows bestand, bei Fortdauer der Gewaltherrschaft wiederkehren würde, war für jeden klar. Das legale Wirken der Parteien ist unmöglich gemacht worden. Selbst die harmlosen Kadetten werden drangaliert, ihre Wahlbureau geschlossen, ihre Wahlaufrufe konfisziert. Die sozialistische Presse ist wieder zur unterirdischen Existenz verurteilt. Die Gefängnisse sind überfüllt, und immer neue Kafematten werden eingerichtet. So wurde z. B. beim Stadtmag in Moskau von der politischen Polizei angefragt, ob es ihr nicht ein neues provisorisches Gefängnis für etwa 1000 Personen zur Verfügung stellen könnte!

Dieses Jahr der Diktatur hat das ganze Land mit einem Haß erfüllt, der keinesgleichen nicht kennt, und nun erntet die Regierung die Früchte ihrer Politik. Gleich nach Ignatiev fiel jetzt v. d. Zaunig, den Durnowo Ende 1905 auf den verantwortungsvollen Posten des Stadthauptmanns von Petersburg berief. Es halfen nicht die größten Vorsichtsmaßnahmen — auch seine Stunde kam. Und heute fiel General Pawlow, der Obermilitärprokurator, jener gehakte Verächter aller Volksrechte, den die Duma als Mörder gebrandmarkt und die Reaktion zu großen Mitteldiensten gegen die Revolution erloren hatte.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich hier nicht um sporadische Attentate handelt, sondern daß der Kampf systematisch geführt wird, und da fragt man sich denn jeden Tag unwillkürlich: Wer ist nun der nächste, der an die Reihe kommt? — Die Presse erörtert die letzten Anschläge lebhaft und sie ist übereinstimmend der Meinung, daß nur eine scharfe Schwelung nach links die Regierung vor neuen Ueberrassungen bewahren kann. Jeder weitere Schritt auf dem Wege der Reaktion wird den Terrorismus nur stärken.

Das „D. S.“ meldet:

Petersburg, 10. Januar. Die Regierung ist entschlossen, sich durch das Attentat auf Pawlow sowie durch die nach dem Attentat von den Terroristen vorgenommene Verteilung von Flugblättern, in welchen eine neue Serie von Attentaten angekündigt wird, nicht einschüchtern zu lassen, sondern schärfste Repressivmaßnahmen zu ergreifen. Es finden bereits Massenverhaftungen statt. Da General Kleinbock in Moskau unentbehrlich ist, so wird der Stadthauptmann von Moskau am Don, der General Traischewsky, wahrscheinlich zum Stadthauptmann von Petersburg ernannt werden. Traischewsky ist einer der ärgsten Reaktionenäre.

Man will also zu Ehren Pawlows, des Schöpfers der niederträchtigen Selbstkriegergerichte, neue Unfröhen stiften lassen. Wie die russische Regierung bei dieser Taktik fahren wird, das kann allerdings kaum zweifelhaft sein.

Attentat.

Woh, 10. Januar. Heute vormittag wurde in der Andrejewstraße der Gendarmereichef Oberst Schadsko-Andrejew erschossen.

Der Aufschlag wurde von zehn mit Revolvern bewaffneten Männern ausgeführt, die ihre Waffen gleichmäßig abfeuerten. Von drei Soldaten, die den Gendarmereichef begleiteten, wurden zwei schwer und der dritte leicht verwundet. Zufällig vorübergehende Kosaken schossen auf zwei Personen, die davonliefen. Sie wurden getroffen und schwer verwundet in ein Spital gebracht.

Neue Gegenmienen.

„A. A.“ schreibt: Dem russischen Volkdepartement gingen soeben zahlreiche Dokumente zu, die am 3. d. M. in Nowosibirsk bei der Einbrechung einer sozialdemokratischen Druckerei beschlagnahmt worden sind. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß im Dongebiete eine vielverzweigte sozialistische Kosakenorganisation existiert, deren Leitung mit dem Nowosibirsker sozialdemokratischen Arbeiterkomitee in enger Verbindung steht und eine rege Tätigkeit entwickelt.

Kadetten und „friedliche Erneuerung“.

Interessant ist es zu beobachten, wie die Kadetten auf Stolypins Wahlreglement, welches den nicht eingetragenen Parteien die Verbreitung gedruckter Wahlzettel untersagt, reagieren. In einem Artikel, welcher der Kritik dieses Reglements gewidmet ist, schreibt die „Njtsch“: „Jetzt wird das Vorhandensein mehrerer oppositioneller Kandidatenlisten noch schädlicher als früher wirken, und daher rückt auch die Frage der Wahlabkommen in ein neues Licht.“ — Aber nicht Wahlabkommen mit den „linken Parteien“, sondern — mit der „friedlichen Erneuerung“! Denn in demselben Atemzuge heißt es in der „Njtsch“: „Das Reglement steigert in der unerwarteten Weise die Bedeutung der einzigen eingetragenen Partei, die zu den oppositionellen gerechnet werden kann: der Partei der friedlichen Erneuerung, und bei Wahlabkommen muß dies selbstverständlich berücksichtigt werden.“

Also die Kadetten planen ein Abkommen mit der „friedlichen Erneuerung“! Die Gründe dieses plötzlichen Frontwechsels sind leicht zu erraten. Die „friedliche Erneuerung“ ist eine eingetragene Partei, sie hat somit das Recht der Wahlzettelverbreitung; wenn also die Kadetten sich mit ihr verbünden, erhalten sie die Möglichkeit, genau so wie bei den vorigen Wahlen den Wählern ihre gedruckten Kandidatenlisten einzuhändigen. Zwar müssen als Preis für diesen Freundschaftsdienst den „Erneuerern“ ein paar Mandate abgetreten werden, aber sie werden eher mit sich reden lassen und jedenfalls doch weniger anspruchsvoll sein als die „anmaßenden“ Sozialdemokraten. Ueberdies sind sie ja keine Feinde von Ordnung und

Eigentum, sondern harmlose, friedliche Deutschen, die ihre ganze Verehrbarkeit gerade am liebsten gegen die „äußerste Linie“ aufbieten.

Das es keineswegs nur bei den Worten der „Reichs“ bleiben wird, sondern daß seitens beider Parteien tatsächliche Schritte zur Verständigung unternommen werden, beweist unter anderem der Umstand, daß in einer Petersburger, von den „friedlichen Erneuerern“ einberufenen Versammlung der Referent unter einem nichtsagenden Vorwand auf die Kritik der Kadetten verzichtet hat, und der Kadettenchef Miljutow dafür den „friedlichen Erneuerern“ öffentlich einen Wandel nach links und eine Annäherung an den politischen Standpunkt der Kadetten bescheinigte. — Der Kußhandel hinter den Kulissen scheint sich demnach zur beiderseitigen Zufriedenheit abzuwickeln.

Hunger!

Dem sogenannten „Hungerkomitee“ der kaiserlichen freien ökonomischen Gesellschaft zu Petersburg ging eine Anfrage soeben eine offizielle Mitteilung zu, daß in den von Mähren betroffenen Gebieten Ost-Rußlands Fälle registriert worden sind, wo hungerrnde Bauern aus Not ihre Töchter verkauft haben.

Dernburgische Phantasien und amtliche Zahlen.

In der bereits gestern von uns kurz charakterisierten Rede des Herrn Dernburg kommt abermals eine Reihe echt Dernburgischer Zahlenmäßen vor. Es sind, wie sich das bei diesem Zahlenjongleur am Rande versteht, lustige Phantasien, die bei näherer Nachprüfung wie Seifenblasen zerplatzen. Wir wollen diesen Dernburgischen Phantasien amtliche Zahlen gegenüberstellen.

Die Kolonialerzählung sagte in ihrer Rede: „Die Kolonialfrage ist also zum guten Teile eine Geldfrage, und da ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation zu prüfen. Das Deutsche Reich hat in 22 Jahren 700 Millionen Mark für seine Kolonien ausgegeben, also durchschnittlich etwa 30 Millionen Mark jährlich. Darunter befinden sich auch viele Millionen für verbundene Zwecke, die sich also noch bezahlt machen werden. In diesen 22 Jahren hat sich das deutsche Nationalvermögen um mindestens 30 000 Millionen vermehrt. Die Ausgaben für die Kolonien betragen hiervon etwa 2 Proz. Die Sparanlagen des deutschen Volkes in den öffentlichen Sparanlagen betragen zurzeit jährlich etwa 700 Millionen Mark und die zeitigen Einlagen in diesen Sparkassen etwa 13 000 Millionen. Es betragen also die gesamten Ausgaben für unsere Kolonien in 22 Jahren nicht mehr als der weniger bemittelte Teil unseres Volkes in einem Jahre zurückgelegt hat, und durchschnittlich, aufs Jahr gerechnet weniger als ein Viertel vom Hundert des Sparkassenvermögens.“

Herr Dernburg wiederholt also zunächst trotz unserer Feststellungen und einer derben Abfertigung des Herrn Erzberger seelenruhig den alten widerlegten Schwindel, daß die Ausgaben Deutschlands für die Kolonien, von 1884 bis 1906 700 Millionen betragen hätten. In Wirklichkeit betragen sie reichlich das Doppelte,

rund 1500 Millionen Mark!

Die jährliche Ausgabe betrug also nicht 30, sondern über 60 Millionen Mark.

Alle Prozentrechnungen des Herrn Dernburg sind also von vornherein demgemäß zu korrigieren. Dann behauptet Herr Dernburg, das Nationalvermögen sei in den letzten 22 Jahren um mindestens 30 Milliarden gewachsen. Und da er die Sparanlagen in Höhe von dreizehn Milliarden einfach dem „weniger bemittelten“ Teil der Bevölkerung zuschreibt, erweist es den Anschein, als ob ein erheblicher Teil dieser 30 Milliarden dem Proletariate zu gute gekommen sei.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Mit den 30 Milliarden an sich dürfte es keine Wichtigkeit haben. Unwahr ist es jedoch, daß diese Vermehrung des Nationalvermögens den „weniger bemittelten“ Massen zugute gekommen sei!

Nach der amtlichen Ergänzungsteuerstatistik (vergleiche Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, 1905, herausgegeben vom kgl. statistischen Landesamt, S. 283) wuchs das Vermögen aller zur Ergänzungsteuer herangezogenen Personen in Preußen (d. h. der Personen mit mehr als 6000 M. Vermögen), insgesamt in dem Zeitraum von 1895—1905 — also in 10 Jahren — um 18 533 Millionen Mark. Davon entfiel aber auf die Jeniten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 3000 M. allein die Summe von

16 246 Millionen Mark,

während alle Jeniten mit weniger als 3000 M. Jahreseinkommen nur einen Vermögenszuwachs von

2307 Millionen Mark

erfuhren! 363 846 Personen in Preußen allein schluckten also binnen zehn Jahren von dem Wachstum des Nationalvermögens — das Dernburg während 22 Jahren für ganz Deutschland auf 30 Milliarden beziffert —

mehr als die Hälfte,

nämlich 16 1/2 Milliarden!

Warum unterschlug Herr Dernburg seinem Publikum diese interessante Tatsache? Glaubte er, daß sie selbst bei den Herren Professoren die Schwärmerie für die Kolonialpolitik und das ganze kapitalistische System abgekühlt haben würde?

Aber Herr Dernburg jongliert auch mit den Zahlen der Sparkasseneinlagen, die er kurzerhand in den Besitz des „weniger bemittelten Teiles“ der Bevölkerung übergehen läßt.

Gehören aber die 13 Milliarden — nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich 1906 waren es 1903 nur 11 Milliarden — wirklich den „weniger Bemittelten“? In der Zeitschrift des kgl. Preuss. Statist. Bureaus für 1901 finden wir eine Berechnung des Ober-Regierungsrats G. Ewer. Danach kamen im Jahre 1899

auf Bücher bis zu 60 M. Einlage	28,22 Prozent
„ mit 60—150 „	15,48 „
„ „ 150—300 „	13,81 „
„ „ 300—600 „	15,40 „
„ „ 600—8000 „	23,17 „
„ „ 8000—10000 „	3,49 „
„ „ über 10000 „	0,42 „

Zeiden ist hier die Einlage der einzelnen Kategorien nicht angegeben. Sie läßt sich aber ungefähr berechnen. Es waren insgesamt 8 450 000 Sparkassensbücher vorhanden. 0,42 Proz. mit über 10 000 M. Einlage sind 35 490 Bücher. Rechnen wir auf jedes Buch 15 000 M. Einlage, so macht das die Summe von 532 Millionen Mark.

Ferner waren 3,49 Proz. Sparkassensbücher mit 3000 bis 10 000 M. Einlage vorhanden. Jagen wir mit durchschnittlich 6000 M. Es waren also 295 000 Bücher mit 1774 Millionen Mark Einlage.

Das sind zusammen schon 2306 Millionen Mark, die nicht den „weniger Bemittelten“ gehörten!

Ferner waren unter den 8 450 000 Sparkassensbüchern rund 23 Proz. — 1 943 500 mit 600—3000 M. Einlage, jagen wir durchschnittlich 1500 M. Einlage, also mit einer Gesamteinlage von 2 914 Millionen Mark. Rechnen wir nun von den 2 914 Millionen Spareinlagen mit 600—3000 M. die Hälfte auf proletarische Spareinlagen, so entfielen doch auf die besitzende Klasse von den Spareinlagen noch immer 3763 Millionen Mark. Ziehen wir nun auch hiervon noch einmal 20 Proz. ab, um unsere Wahrscheinlichkeitsrechnung ja nicht zugunsten der Besizenden zu färben, so entfällt noch immer der Betrag von 3010 Millionen auf die Besizenden! Da die gesamten Spareinlagen nun im Jahre 1899 in Preußen 5283 Millionen betragen, so ergibt sich, daß auf die Besizenden . . . 3010 Millionen Mark die Nichtbesizenden . . . 2273 „ „ entfielen.

Seit 1899 hat sich aber das Verhältnis sicherlich nicht zugunsten des Proletariats verschoben! Schrieb doch an dem genannten Drie Dberregierungsrat Ewer:

„Die Zunahme der Bücherzahl betrug gegen das Vorjahr 4,97 Proz., überstieg also den Zuwachs der Bevölkerung ummer noch um ein Mehrfaches. Am größten war sie bei den Büchern mit mehr als 10 000 M. Einlage, die sich um 6,21 Proz. vermehrten.“

Aber noch am 20. März 1906 erklärte der preussische Finanzminister v. Rheinbaben im Abgeordnetenhaus:

„Die Sparkassen haben sich vielfach von der Basis entfernt, die sie nach dem Sparkassenreglement haben. Sie waren gedacht als lokale Rezipienten für die Spargelder des kleinen Mannes und sollten auch das Anteilbedürfnis für ihren Lokalbezirk befriedigen. Viele Sparkassen haben aber aus entfernteren liegenden Bezirken Spargelder an sich gezogen und sind auch mit der Ausleitung des Geldes weit über die Grenze ihres Bezirks hinausgegangen, um höhere Gewinne zu erzielen. Die Spareinlagen von über 3000 M. haben in letzter Zeit um 9,9 Proz. zugenommen, diejenigen über 10 000 M. sogar um 11 Proz., während die kleinen Einlagen in derselben Zeit nur um 3 bis 4 Proz. gestiegen sind.“

Das sind Dernburgische Phantasien, und das die schlichten Tatsachen!

Die 30 Milliarden Zunahme des Nationalvermögens sind in die Taschen der Reichen geflossen.

Rüden also gefälligst auch sie durch direkte Steuern die Milliarden für die Kolonialpolitik aufbringen!

Aus der Partei.

Das Partei-Archiv, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 69, sucht möglichst schnell durch Geschenk oder eventuell durch Kauf zu erwerben:

- „Berliner Volksblatt“, Jahrgang 1888, 1., 2. und 3. Quartal, Jahrgang 1889, 1. und 2. Quartal, Jahrgang 1890, 1., 2., 3. und 4. Quartal.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird um mehrmaligen Abdruck dieses Gesuches gebeten.

Ein Jahr sozialdemokratischer Wählerfolge in Dänemark. Das Jahr 1906 war für Dänemark ein Jahr der Wahlen, und diese Wahlen dienten vor allem zur Stärkung der Sozialdemokratie und zur Schwächung der bürgerlichen Reaktionsparteien. Im Januar brachten die Gemeindevahlen in den Provinzstädten der Sozialdemokratie 155 von den 400 Mandaten, die zur Wahl standen. Sie stieg ganz oder zum Teil in 60 Städten. Dabei ist es noch gar nicht lange her, daß der erste sozialdemokratische Gemeindevorsteher in einer dänischen Provinzstadt gewählt wurde; es war im Jahre 1902 bei einer Ergänzungswahl in Helsingör. Bei den Gemeindevahlen von 1894 wurden dann 10 Sozialdemokraten in 8 Städten gewählt, im Jahre 1900 56 in 25 Städten und jetzt hat sich die Zahl der Städte verdoppelt, die der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder fast verdreifacht. In einer Stadt, in Esbjerg, wo die Sozialdemokratie auch bei Wahlen der höchstensteuerten Klasse siegte, hat sie die Mehrheit im Stadtrat, nämlich 12 von 19 Sitzen. In einigen anderen Städten, wo sie sämtliche Mandate der allgemeinen Wählerklasse inne hat, ist sie wohl auch mit einer Stimme in der Mehrheit, kann das aber nicht ausmachen, weil der meist antisozialistische Bürgermeister ebenfalls Stimmrecht hat.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kopenhagen im März siegte die Liste der Demokratie, und vier Sozialdemokraten sowie zwei Radikale wurden mit 20 300 bis 20 667 Stimmen gegen die 16 129 bis 16 222 Stimmen der Antisozialisten gewählt. Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei in der hauptstädtischen Gemeindevertretung.

Ende Mai wurde das Folketing neu gewählt und die Sozialdemokratie gewann 8 Mandate, so daß sie dort nun statt 16 24 Vertreter hat. Ihre Stimmenzahl stieg im Vergleich zur Wahl vom Jahre 1903 von 57 578 auf 76 612. 25 Prozent der abgegebenen Stimmen waren sozialdemokratisch. Im September fanden dann die Wahlen zum Landsting, dem Oberhaus des Reichstags, statt. Hier erhöhte sich die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter von 1 auf 4.

Die kommunalen Wahlen zu den Steuerkommissionen und den Vorständen der freien Armenanstalten der Provinzstädte, die im August und September stattfanden, verliefen für unsere Genossen ebenso günstig wie die Stadtratswahlen.

Die letzten Wahlen des Jahres waren die zu den ländlichen Gemeindevertretungen, den Kirchspieltäten. In der einen Hälfte der dänischen Kirchspiele standen die Mandate der allgemeinen Wählerklasse zur Wahl, in der anderen Hälfte die der höchstensteuerten Klasse, die nur ein Fünftel der Wähler umfaßt, aber doch in den Landgemeinden immer einen Vertreter mehr zu wählen hat als die allgemeine Klasse, damit den wohlhabenden Bauern immer die Mehrheit in den Kirchspieltäten sicher ist. Die Wahlen der allgemeinen Klasse brachten der Sozialdemokratie ungefähr 200 Mandate in 60 Kirchspielen. Zusammen mit den Mandaten, die sie bei den Wahlen vor drei Jahren errungen hat, ist die Zahl ihrer ländlichen Gemeindevorsteher jetzt jetzt 400, verteilt auf 100 der im ganzen rund 1100 Kirchspiele des Landes.

Die Zahl der Sozialdemokraten, die ein kommunales Vertrauenamt innehaben, das heißt: in den städtischen und ländlichen Gemeindevertretungen, im Magistrat von Kopenhagen und in den Steuerkommissionen und Armenanstaltenverwaltungen sitzen, ist seit Beginn des neuen Jahres um 600 auf 1500 angewachsen.

Hand in Hand mit den Wahlsiegen ging die Entwicklung und Ausbreitung der Parteipresse. Die Kopenhagener Parteigenossen hatten gegen Ende des Jahres 1905 eine außerordentliche Agitation für „Sozial-Demokraten“ begonnen. Sie wollten die Abonnentenzahl von 42 000 auf 50 000 bringen. Das Ziel ist nicht nur erreicht, sondern überholt worden. Das Hauptorgan der Partei hat jetzt über 52 000 Abonnenten. Die sozialdemokratische Provinzpresse besteht aus neun selbständigen Tagesblättern, von denen jedoch in 18 Städten oder Kreislern besonders Lokalausgaben erscheinen. Die Provinzpresse hat im Laufe des verfloßenen Jahres 6000 neue

Abonnenten gewonnen. Im ganzen erscheint die sozialdemokratische Presse Dänemarks täglich in ungefähr 100 000 Exemplaren.

Soziales.

Schutz der Krankenkassen gegen Behördenwillkür.

Den unermülichen Darlegungen der Sozialdemokratie in der Presse und im Reichstag über oft willkürliche und geschwundene Bedrückungen seitens sogenannter Aufsichtsbehörden ist es belanlich gelungen, im § 45 Absatz 6 des Krankenversicherungsgesetzes bei der Novelle vom Jahre 1903 den Verwaltungsrechsweg gegen behördliche Anordnungen zur Festsetzung zu bringen. Den Versuch, diesen Rechtsweg einzuzengen, ist wiederholt das Oberverwaltungsgericht entgegen getreten, so auch in nachfolgendem am 7. dieses Monats entschiedenen Fall:

Der § 144 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes schafft unter anderem auch für die Organe der Krankenkassen die Verpflichtung, den im Vollzuge dieses Gesetzes an sie ergehenden Ersuchen, unter anderem der Berufsgenossenschafts- und Sektionsvorstände, unter anderem der Berufsgenossenschafts- und Sektionsvorstände, auf entsprechende und den Organen der Berufsgenossenschaft auch unaufgefordert alle Mitteilungen zukommen zu lassen, welche für deren Geschäftsbetrieb von Wichtigkeit sind. Der Vorstand der Sektion II der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft zu Magdeburg hatte nun an den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Magdeburg geschrieben: „In der Unfallsache des Bauers Rittbausen zu Magdeburg bitten wir um Mitteilung, seit wann der Verletzte der dortigen Kasse angehört und an welchen Leiden er jeweilig erkrankt gewesen ist und wie lange. (Von wann bis wann). Die Heberhebung der Krankenscheine wäre erwünscht.“ Der Kassenvorstand verweigerte die Erfüllung des Ersuchens, worauf der Magdeburger Magistrat dessen Erfüllung als Aufsichtsbehörde anordnete. Der Kassenvorstand suchte die Anordnung des Magistrats im Verwaltungsstreitverfahren an und rückte sich auf § 45 Absatz 6 des Krankenversicherungsgesetzes, welcher das Verwaltungsstreitverfahren gegen die von der Aufsichtsbehörde auf Grund des Absatz 1 oder des Absatz 5 des § 45 getroffenen Anordnungen zuläßt, sofern die Anfechtung der Anordnung darauf gestützt wird, daß die getroffene Anordnung rechtlich nicht begründet und die Kasse oder das Vorstandsmitglied durch die Anordnung in einem Rechte verlehrt oder mit einer rechtlich nicht begründeten Verbindlichkeit belastet sei. — Der Bezirksausschuß Magdeburg verneinte die Zulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens für Fälle wie dem vorliegenden und wies deshalb die Klage als unzulässig ab. Er führte aus: Die Klage aus § 45 Absatz 6 des Krankenversicherungsgesetzes sei hier nicht gegeben. Erstens handele es sich hier gar nicht um eine Anordnung auf Grund des § 45 Absatz 1 oder 5, worauf sich Absatz 6 desselben Paragraphen nur beziehe, sondern die Verfügung des Magistrats beruhe lediglich auf § 144 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes. Da könne nur die Beschwerde an die der Aufsichtsbehörde der Kasse übergeordnete Behörde, hier an den Regierungspräsidenten, in Frage kommen. Zweitens aber sehe eine Anordnung gemäß § 45 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes (als welche die Klage die Anordnung des Magistrats betrachtet wissen wolle) eine Androhung, Festsetzung oder Vollstreckung von Ordnungsstrafen gegen die Mitglieder des Kassenvorstandes voraus; denn § 45 Absatz 1 lautet: „Die Aufsichtsbehörde überwacht die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann dieselbe durch Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen gegen die Mitglieder des Kassenvorstandes erzwingen“. Eine solche Androhung, Festsetzung oder Vollstreckung von Ordnungsstrafen habe die Anordnung des Magistrats nicht begleitet.

Die Kasse legte Revision beim Oberverwaltungsgericht in Berlin ein, vor dem ihr Vertreter, Rechtsanwalt G. Wendland, in Rechtsausführungen darlegte, daß der Wille des Gesetzgebers gewesen sei, durch § 45 Absatz 6 des Verwaltungsstreitverfahren zu geben für alle Verfügungen, die sich als solche der Aufsichtsbehörde über die Befolgung statutarischer oder irgend welcher für die Kassen in Betracht kommender gesetzlicher Vorschriften darstellten, auch solcher ohne Strafandrohung usw. Auf die Entscheidung dieser Frage werde hier das Hauptgewicht gelegt. Aber auch sachlich wäre die Anordnung des Magdeburger Magistrats nicht gerechtfertigt.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts fällt folgende Entscheidung: Das Urteil des Bezirksausschusses sei zunächst als rechtmäßig aufzuheben. Im Gegensatz zum Bezirksausschuß und in Uebereinstimmung mit der Kasse und ihrem Vertreter nehme der Senat an, daß hier das Verwaltungsstreitverfahren doch gegeben sei. Der Wortlaut des oben zitierten Absatz 1 des § 45 des Krankenversicherungsgesetzes, und namentlich der Ausdruck „gesetzliche Vorschriften“, deute darauf hin, daß diese Bestimmung alle Gesetze umfasse, die überhaupt beständen und den Kassen Verpflichtungen auferlegten, nicht bloß das Krankenversicherungsgesetz und seine Bestimmungen. Es sei also auch mit umfaßt § 144 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, der die Unterlage für die angeführte Anordnung abgab. Somit wäre auch hier nach § 45 Absatz 6 des Krankenversicherungsgesetzes das Verwaltungsstreitverfahren gegeben, denn es sei gleichgültig, ob die Anordnung des Magistrats eine Strafandrohung, Strafsetzung oder Straf Vollstreckung enthielt oder nicht. In der Sache selbst müsse der Senat aber aus sachlichen Gründen die Abweisung der Klage der Kasse beschließen. Die Frage, ob eine auf Grund des § 144 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes verlangte Auskunft von Wichtigkeit sei und deshalb befolgt werden müsse, sei objektiv zu entscheiden. Allein maßgebend könne weder die Auffassung der Kasse noch die der Berufsgenossenschaft sein. Ob eine Erheblichkeit vorliege, das hänge in jedem einzelnen Falle von den Umständen ab. Hier läge nichts vor, was die Kasse berechtigt hätte, anzunehmen, es handele sich um eine bloße Belästigung. Sehr wohl können für die Beurteilung der Beschränkung der Erwerbsfähigkeit eines Unfallverletzten, für die Frage, welche bestimmte Rente ihm zukomme, die früheren Gesundheitszustände des Versicherten mitsprechen, z. B. der Zustand, wie lange und wann und an welcher Krankheit er gelitten habe. Das könne von großem Einfluß sein. Die Kasse hätte deshalb das Verlangen der Berufsgenossenschaft erfüllen müssen.

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts holten wir auch nach der materiell rechtlichen Seite für zureichend. Die Ausgestaltung der Berufsgenossenschaften als Arten von Behörden, ja von anderen Behörden und Verwaltungsorganen beherrschenden Behörden, ist gewiß keineswegs erfreulich. Sie ist aber durch Gesetz festgelegt und nach dem Wortlaut und Zweck des § 144 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes muß eine Krankenkasse auf Ersuchen die gewünschte Auskunft geben.

Mißstände im Dresdener Findelhaus.

Die zehn sozialdemokratischen Dresdener Stadtverordneten haben beim Rat zu Dresden eine Interpellation über Mißstände im städtischen Findelhause eingebracht und den Rat um Auskunft ersucht, ob Maßnahmen zur Beseitigung derselben getroffen worden sind. Es handelt sich um den Vorfal, der in der Gerichtsverhandlung, über die wir am 4. d. Mts. ausführlich berichteten, beleuchtet ist. Ein Notornwagenführer der städtischen Straßenbahn hatte sich wegen Erkranfung seiner Ehefrau gezwungen gesehen, seine vier Kinder im Alter von 4—6 Jahren dem städtischen Findelhause anzuvertrauen. Gestand und muntet wurden sie am 2. Februar 1906 eingeliefert. Die Mutter erkundigte sich mehrmals vom Stadtkrankenhaus aus telephonisch nach ihren Kindern und erhielt stets die Zusicherung, daß es den Kindern gut gehe. Beim Verlassen des Findelhauses befanden sich jedoch die Kinder in einem sehr schlechten Zustande. Das jüngste der Kinder hatte Ausschlag, Krugens und Darmstarrheit, eine Wunde an der Stirn, war ganz heruntergekommen und entkräftet. Alle Kinder hatten Husten und machten einen blöden Eindruck und erkannten ihre Eltern nicht einmal. Diesen Zustand der Kinder führten die Eltern auf Mißstände im Findelhause zurück, die jetzt durch das Eingreifen des Stadtverordneten-Kollegiums beseitigt werden sollen. Insbesondere sollen im Findelhause keine Vorrichtungen zum Dolieren ge-

frankter Kinder vorhanden sein. Auch bezeichnet es der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Reiter, als richtig, daß Kinder, die gesund in das Findelhaus eingeliefert werden, gewöhnlich nach kurzer Zeit erkranken.

Mit ihren Maßnahmen für die Säuglingsfürsorge hat die Stadt Regensburg gute Erfahrungen gemacht. Seit drei Viertel Jahren besetzt dort eine Beratungsstelle für Mütter nebst einigen hygienischen Einrichtungen (scharfe Milchkontrolle, strenge Ueberwachung der Kostkinder usw.). Im Jahre 1906 ist nun die Kindersterblichkeit von 441 im Vorjahre auf 318 gesunken, was auf die neuen Einrichtungen zurückgeführt wird. Die Beratungsstelle hatte bei einer Frequenz von 133 Säuglingen eine Sterblichkeitsziffer von null Prozent.

Aus Industrie und Handel.

Industrielle Konzentration.

Ueber die Konzentration im Kohlenbergbau belehrt recht deutlich die Beteiligungsziffer beim Rhein-Westf. Kohlenyndikat. Auf die 79 angeschlossenen Gesellschaften verteilt sich nach der letzten Aufstellung eine Gesamtbeteiligung von 13 086 993 Tonnen Koks und 76 425 834 Tonnen Kohlen. Für 1906 belief sich die Beteiligung in Koks auf 12 268 200 Tonnen und in Kohlen auf 76 275 834 Tonnen. Unter den 79 Gesellschaften sind aber 23, die allein über 58 1/2 Millionen Tonnen Kohlen und 8,9 Millionen Tonnen Koks verfügen. Und unter diesen 23 Großen finden wir wieder 5, auf die allein 26 Millionen Tonnen Kohlen und 4,8 Millionen Tonnen Koks entfallen. Demnach beherrscht 1/16 der Gesellschaften über 1/2 der Gesamtbeteiligung in Kohlen und Koks. Es gibt aber immer noch Leute, die laut und lärm behaupten, Marx' Konzentrationstheorie sei Unfug. Das sind dieselben Leute, die den Arbeiter von der Sozialdemokratie weglocken oder schimpfen wollen.

Fusion: Velsenkirchen-Rote Erde-Schäffe. In der letzten Sitzung der vereinigten Aufsichtsräte der Velsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, des Wachen Hütten-Aktienvereins und des Schaller Gruben- und Hüttenvereins wurde beschlossen, den demnächst einzuberufenden Generalsversammlungen die Verschmelzung des Wachen Hütten-Aktienvereins und des Schaller Gruben- und Hüttenvereins mit der Velsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft im Wege der Fusion vorzuschlagen.

Ein Syndikat gekündigt. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet aus Siegen: Nachdem die Weisweider Eisenwerke den zweiten Sohofen angeblieben haben, wodurch ihre Koksproduktion laut Prospekt auf 85-90 000 Tonnen gesteigert ist und nachdem alle Verhandlungen mit dem Werke, es zum Beitritt zum Syndikat zu bewegen, bisher erfolglos geblieben sind, hat eine große Anzahl Siegerländer Hüttenwerke das hiesige Syndikat mit einer sechsmonatigen Frist gekündigt. Das Syndikat erreicht somit am 7. Juli sein Ende, ebenso der Vertrag mit dem Koksverein-Syndikat Düsseldorf.

Gewerkschaftliches.

Eine Zentralisation der „Gelben“.

Die sogenannten „gelben“ Gewerkschaften bestehen in Deutschland bisher nur in einigen großen Werken in Form von „Wohltätigkeits-Veranstaltungen“, die die Berufsangehörigen an den Betrieb fesseln und so Ausstände unmöglich machen sollen. Die größte Rolle spielen sie wohl in der bekannten Augsburger Maschinenfabrik sowie in den Siemens-Schubert-Werken und bei der Firma Siemens u. Halske, wo sie auch in der jüngsten Bewegung in die Erscheinung traten. Im übrigen ist die Meinung über den Wert dieser Organisationen in industriellen Kreisen eine geteilte; namentlich ist man sich unklar, welche Bedeutung sie im Falle einer Auslösung haben könnten. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller macht sich in dieser Beziehung einige Versprechungen, während der Berliner Rühnmännerverband der Sache etwas skeptischer gegenüber steht.

Jetzt ist der Sache ein neuer Verstärker in der Person eines Herrn Hauptmann a. D. Laves von den Sowaldtwerken in Kiel und stellvertretenden Vorsitzenden des Kieler Scharfmacherverbandes in der Metallindustrie erstanden. Die jüngste Bewegung der Arbeiter auf der Sowaldt-Werft hat den Herrn zu der schwierigen Arbeit des Nachdenkens veranlaßt. Er ist zu dem Resultat gekommen, daß allein eine Zentralisation der „gelben“ Gewerkschaften das Unternehmertum aus seiner schwierigen Situation zu erretten vermag. Deswegen verfaßte er folgendes Zirkular, das er an eine Anzahl großer Werke versandte. Das übliche Pflicht-Exemplar flatterte natürlich auf den Redaktionstisch des „Vorwärts“.

Die Aufschrift lautet:

Kiel, den 15. Dezember 1906.

An den
Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller
Berlin
Feldbamerstraße 184 A.

Unter Bezugnahme auf den von mir in der letzten Ausschussung des Gesamtverbandes gestellten Antrag zur Gründung einer über das ganze Deutsche Reich sich erstreckenden Zuschußkrankenkasse für nicht gewerkschaftlich oder sozialistisch organisierte Arbeiter gestalte ich mir heute noch einige Vorschläge zu machen, die nach meiner Meinung mit der genannten Kasse insofern im Zusammenhang stehen, als für diese ein und dieselbe Zentralverwaltung in Betracht käme.

Zunächst würde es sich darum handeln, auch eine Arbeitslosenversicherung, vielleicht nach dem Muster derjenigen, wie sie die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten bereits besitzt, ins Leben zu rufen und hiermit gleichzeitig einen Zentral-Arbeitsnachweis zu verbinden. Da es sich, wie gesagt, nur um nicht gewerkschaftlich oder sozialistisch organisierte Arbeiter handelt, wird jede Firma bezw. jeder Bezirksvorstand danach trachten, sich diese Leute zu erhalten und sie, wenn irgend möglich, zu beschäftigen oder aber nach dem Muster der Berliner Vereinigung zu entschädigen, vorausgesetzt, daß die Zahl der Arbeitslosen in mäßigen Grenzen bleibt. Wird diese Grenze aber überschritten und ist die Nachfrage nach Arbeitern nur gering, so sorgt der Zentral-Arbeitsnachweis für den nötigen Ausgleich durch Ueberweisung Arbeitsloser an solche Nachweise, welche Arbeitermangel haben, und durch gleichzeitige Übernahme der Reisekosten oder Zahlung von Kilometergeldern.

Bei der Organisation der sogenannten gelben Verbände besteht zurzeit noch der große Nachteil, daß die Preisgünstigkeit der Mitglieder sehr stark beeinträchtigt wird, ein Grund, der sehr viele, hauptsächlich jüngere und kräftigere Arbeiter, die sich noch in der Welt umsehen wollen, abhält, sich diesen Verbänden anzuschließen. Soll hierin wirklich Wandel geschaffen werden, so müssen auch die gelben Verbände, gerade so wie der Metallarbeiter-Verband, zentralisiert und möglichst der gleichen Verwaltung angegliedert werden, der auch die Zuschußkrankenkasse und die Arbeitslosenversicherung unterstehen. Sollen einzelne Firmen oder ganze Bezirksverbände ihren gelben Verbänden für langjährige, ununterbrochene Tätig-

keit an der gleichen Arbeitsstelle besondere Zuwendungen aus Stiftungen pp. zuteil werden lassen, so muß es diesen selbstverständlich freistehen, die von der Zentralverwaltung gezahlten Pensions- oder Invalidenbeiträge durch Zuschüsse aus der eigenen bezw. der Bezirks-Besandtskasse zu erhöhen.

Sie würden zu Danke verpflichtet, wenn diese Vorschläge bereits gelegentlich der nächsten Ausschussung am 21. Dezember zur Kenntnis der Versammlung gebracht werden könnten, damit sie event. bei den Reichstagswahlvorbereitungen schon benutzt werden könnten.

Gedachtensvoll

Laves, Hauptmann a. D.,

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeber-Verbandes
der Eisen- und Metallindustrie Kiels.

Soweit wir in Erfahrung brachten, haben die Herren Geheimrat Hedemann und Kommerzienrat Mendel von Metallindustriellenverbände die Idee nicht so unübel gefunden.

Die Herren Großindustriellen sind überhaupt begeisterte Anhänger der „gelben“ Gewerkschaften, die ihnen Gelegenheiten bieten, für den Fall von Streiks und Ausperrungen ihre Position den kleinen Unternehmern gegenüber noch günstiger zu gestalten, als sie es ohnehin schon ist. Als im Laufe des vorigen Jahres die große Ausperrung der Metallarbeiter erfolgte — sollte, drückten sich bekanntlich die Unternehmer unter allen möglichen Vorwänden um diese herum. Den originellsten aber erlangte Herr Direktor Guggenheimer von der Augsburger Maschinenfabrik. Er verlangte, daß er nur 30 Prozent seiner Arbeiter ausperrn dürfe, weil angeblich 70 Prozent der „gelben“ Organisation angehören. Die Berliner Rühnmänner sprachen sich gegen eine solche Bevorzugung einzelner Werke aus. In der Tat bedeuten die „gelben“ Gewerkschaften kein Kampfmittel des Unternehmertums als Klasse, sondern ein solches einzelner Großbetriebe, das bei Kämpfen auch zur Benachteiligung der Kleinbetriebe führen muß, die natürlich ihren Arbeitern neben den Lohn- und Arbeitsbedingungen, die ihnen die Arbeiterorganisation erkämpfen würde, nicht noch besondere Vorteile bieten können.

Das oben abgedruckte Zirkular ist für uns aber deswegen besonders wertvoll, weil es auch den harmlosen und indifferenten Arbeitern gegenüber als Beweis dafür dienen kann, daß das Unternehmertum für seine „Wohltaten“ einen Verrat an den Arbeitsgenossen voraussetzt, egal, ob es zu einer Zentralisation der „gelben“ Gewerkschaften kommt oder bei ihrer lokalen Form bleibt. Wenn sich aber Bestrebungen zur Zentralisation der „Gelben“ öffentlich bemerkbar machen, wissen wir jetzt, woher sie kommen! Daher, wo die „gelben“ Gründungen überhaupt stammen, aus Scharfmacherkreisen!

Berlin und Umgegend.

Wer will den Kampf im Holzgewerbe?

Bekanntlich schweben in der Zeit nach Weihnachten vor dem Einigungsamt unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz Verhandlungen, die auch zu einem Einigungsvorschlag seitens der Vorliegenden führten. Herr v. Schulz schlug den Parteien einen dreijährigen Tarif vor, wobei im ersten Jahre eine Abschlagszahlung von 24, im zweiten eine solche von 25,50 und im dritten 27 M. pro Woche gezahlt werden sollten. Während dieser Verhandlungen verstandte Herr Rahardt folgendes Zirkular:

Vereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie.
Berlin C., den 28. Dezember 1906.
Alexandersstraße 31.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zu Ihrer vorläufigen Information über die jeßige, durch den drohenden Lohnkampf geschaffene Lage teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß bis heute keine Tatsachen vorliegen, welche den Schluss rechtfertigen, daß der Streik bezw. die Ausperrung vermieden werden könnte. Sie müssen sich daher nach wie vor in jeder Weise darauf einrichten, daß spätestens am Sonnabend, den 12. Januar 1907, abends, sämtliche Betriebe zu schließen sind, wenn wir erreichen wollen, daß der Kampf ein möglichst kurzer und für uns erfolgreicher sein soll. Wir erlauben uns deshalb, Sie nochmals auf folgende bereits durch die Fachzeitung veröffentlichte Maßnahmen aufmerksam zu machen, die wir in Ihrem eigenen Interesse ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Einschränkung durchzuführen bitten:

1. Vorgegebene Akkorde müssen unter allen Umständen spätestens am Sonnabend, den 12. Januar beendet sein.
2. Allen Arbeitern, welche mit Kündigung angenommen sind, muß am Sonnabend, den 29. d. M. gekündigt worden sein, und zwar möglichst in Gegenwart einwandfreier Zeugen.
3. Sollte etwa jetzt noch die Einstellung neuer Arbeiter ihrerseits für erforderlich erachtet werden, so sind dieselben entweder nur in Lohn unter Ausschluss der Kündigungsfrist (d. h. also, nur auf bestimmte Zeit, nämlich bis zum 12. Januar 1907) zu beschäftigen, oder es dürfen nur so kleine Akkorde vorgegeben werden, daß diese Arbeiten mit Sicherheit bis zum 12. Januar 1907 beendet sind.
4. Am Sonnabend, den 12. Januar 1907 sind alle Arbeiter zu entlassen, welche dem Holzarbeiterverbände angehören. Ob Mitglieder anderer Arbeiterorganisationen z. B. des Gewerkschaftsvereins (Hirschbunder), der christlichen bezw. katholischen Verbände zu entlassen sind, darüber erhalten Sie vor dem 12. Januar noch besondere Nachricht. Nichtorganisierte Arbeiter sind nicht zu entlassen; es muß jedoch die Nichtzugehörigkeit derselben zu einer Organisation bei einer evtl. Kontrolle glaubhaft nachgewiesen werden können.
5. Weitere Ausführungsbestimmungen, betreffend die Entlassung usw., werden Ihnen rechtzeitig durch die Fachzeitung bezw. durch Brief übermittelt werden.

Alle böswilligen Ausstreunungen über angeblich inlokales Verhalten dieses oder jenes Kollegen weisen Sie als unbegründet zurück, solange wir den Fall nicht eingehend geprüft haben; dieselben sind lediglich zu dem Zwecke verbreitet, Unmut und gegenseitiges Mißtrauen in unseren Reihen wachzurufen und verdienen nicht den mindesten Glauben. Zuverlässige Informationen sind lediglich beim Vorstande, den Bezirksvorstehern, im Bureau oder durch die „Fachzeitung“ zu erlangen. Lassen Sie sich weder mit den Arbeitern auf Verhandlungen oder günstig scheinende Abmachungen ein, noch messen Sie den zumeist tendenziös entstellten oder gänzlich unwahren Veröffentlichungen im „Vorwärts“ irgend welchen Glauben bei. Haben Sie Beschlüsse zu fassen, so wenden Sie sich zweckmäßig stets sogleich an das Bureau, Alexandersstraße 31, welches sofort alles Nötige veranlassen wird. Beachten Sie sorgfältig unsere Veröffentlichungen in der „Fachzeitung“.

Wenn Sie diese Anweisungen befolgen, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß der Erfolg auf unserer Seite sein wird. Seiten wir deshalb einig in unseren Bestrebungen und beweisen wir diese Einigkeit durch die Tat!

Mit kollegialem Grusse

Die Vorstände der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie.

Im Auftrage: C. Rahardt.

Wir können den Tischlermeistern doch lieber raten, den Nachrichten des „Vorwärts“ über die Lage Glauben zu schenken. Daß unsere Mitteilung über das Zirkular des Herrn Rahardt den Tatsachen entspricht, davon können sie sich überzeugen, wenn

sie das ihnen zugegangene Exemplar einsehen. Ob aber Leute Glauben verdienen, die öffentlich einem Friedens-Balover beiwohnen, heimlich aber Kriegsvorbereitungen treffen, steht auf einem anderen Blatt. Dokumentarisch festgelegt ist jedenfalls, daß — wenn der Kampf entbrennt — er aufs Konto der Holzindustriellen mit Herrn Rahardt an der Spitze fällt.

Im Kampfe der Automobilfahrer ist der zweite „kritische Tag“, der 10. Januar, vorübergegangen, ohne den Propheten im Lager der Unternehmer die Erfüllung ihrer Versprechungen zu bringen. Bekanntlich war den Fahrern zuerst gedroht worden, daß sie jede Aussicht auf Wiederanstellung verlieren, wenn sie sich bis zum 5. Januar nicht unterworfen hätten. Die Drohung wirkte hoffnungslos; man setzte den 10. Januar als „allerletzten“ Termin fest, aber man hatte ebenjowenig Erfolg diesmal. Es mag vereinzelte hier oder dort ein Fahrer heimlich, die Verachtung seiner Kollegen fürchtend, zurückgekehrt sein; die große Masse aber steht draußen und ist zum Ausbarren entschlossen.

Am Mittwochabend fand eine Vertrauensmännerversammlung der ausgesperrten Fahrer statt, in der die allgemeine Lage als günstig eingeschätzt wurde. Unter den Ausgesperrten von Wegab soll die Stimmung vorzüglich sein. Man gab von allen Seiten der Meinung Ausdruck, ruhig die Entwicklung der Dinge abzuwarten; man hat bemerkt, daß die kleineren Unternehmer mit wachsender Unruhe auf die Entschlossenheit der Ausgesperrten blicken und manche bereit wären, einzelne Forderungen, wie die Kautionsleistung, fallen zu lassen, und andererseits auch bereit, die Organisation der Fahrer anzuerkennen. Nach den Berichten der Vertrauensleute ist der Stand der Bewegung ein günstiger.

Deutsches Reich.

Streik der Hamburger Schornsteinfeger-Gesellen. Das Bestreben der in der Hauptsache auf Teufelgelder angewiesenen Hamburger Schornsteinfeger-Gesellen war schon seit längerer Zeit darauf gerichtet, einen festen Tarif mit einem Minimallohn von 15 Mark — wie bescheiden! — mit ihren Arbeitgebern abzuschließen, doch haben diese auf die wiederholten Eingaben nicht geantwortet. Da auf friedlichem Wege nichts zu erreichen war, haben nunmehr — am Donnerstag — die Gesellen die Arbeit eingestellt. Hoffentlich werden nun die Arbeitgeber, unter denen sich viele volumentöse Knallproben befinden, die auf sehr naheliegenden Gründen nicht mehr in die Essen kriechen können, die bescheidenen Forderungen der Gesellen bewilligen.

Ein Erfolg des Textilarbeiterverbandes. Die Differenzen in der Kammelfabrik von Siegel u. Schüge in Böhrned sind bereits am Dienstag durch Vermittlung des Gauleiters Freischneider beigelegt worden. Die Firma erfüllte die Forderungen der Arbeiter, so daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen wurde. Die Organisation gewann mit einem Schläge hundert Mitglieder. Der größte Teil der Böhrned Textilarbeiter gehört dem Verbands an.

Gerichts-Zeitung.

Streitende Arbeiter und die Justiz.

Während des vorjährigen Bauarbeiterstreiks in Nürnberg-Rüth war der arbeitswille Tagelöhner Andr. Nibel mit einem Streikenden, den er provoziert hatte, in Streit geraten und hatte ihn, angefeuert durch das glorreiche Beispiel des Streikbrochers Thiel in Nürnberg, der drei Tage vorher den Streikführer Fleischmann erschossen hatte, einen gefährlichen Messerstich in die Seite verlehrt. Am Tage darauf fand in Nürnberg die Verurteilung des erschossenen Fleischmann statt, zu der sich auch aus Rüth eine große Anzahl Streikender einfand. Bei der Rückkehr nach Rüth traf die streikenden Bauhilfsarbeiter Greiner, Hafentrichter, Rittlinger, Schmidtman, Weller und Wellein mit dem Messerhelden zusammen. Er hatte sich einen Polizisten als Schutzbengel zugelegt. Die uniformierte Begleitung gab ihm den Mut, sich wieder recht herausfordernd zu benehmen. Hierdurch ließen sich die Streikenden hintergehen, mit ihm anzubinden und ihm einige Stöße mit Spazierhaken und Regenschirmen zu versetzen. Der Schutzmännchen legte sich kräftig für seinen Schutzbefehlenden ins Zeug und ging mit dem Säbel vor, der ihm dann entziffen wurde. Daraus wollte man einen Aufruhrprozess machen. Die sechs Streikenden wurden verhaftet und 17 volle Wochen in Untersuchungshaft behalten. Nachdem dann die beiden Nürnberger Aufruhrprozesse ein so klägliches Ergebnis zeigten, wurden die Leute entlassen. Hätte man sie wegen Aufruhrs angeklagt, so hätte das Schwurgericht urteilen müssen. Man machte ihnen aber den Prozeß wegen der geringeren Vergehen der Körperverletzung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Hierfür zur Aburteilung zuständig waren die gelehten Richter der Nürnberger Strafkammer, die am Mittwoch über den Fall verhandelte und auf folgende Strafen erkannte: Greiner 8, Hafentrichter 6, Schmidtman und Weller je 5, Wellein und Rittlinger je 3 Monate Gefängnis. Die mildernden Umstände wurden ihnen versagt.

Am 25. Januar gilt es, über die heutige Justiz ein Volksgericht abzuhalten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Groß-Lichterfelde und Umgegend. Montag, 14. Januar, 8 Uhr, Groß-Lichterfelde-Str. im Restaurant „Kaiserhof“ am Kranoldplatz: Vortrag, Herr Dr. Pinus: „Frauenkrankheiten“.

Schöneberg. Der Wahl wegen fällt die Versammlung am 14. Januar aus.

Versammlungen.

Eine öffentliche Bäderversammlung, die sehr stark besucht war, fand am Dienstag in Kellers Saal statt. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein vom Verbandsobmannsamtigen Schneider gehaltenen Vortrag über die Reichstagswahl. Der Redner schilderte die politische Situation und forderte die Anwesenden unter allgemeinem Beifall auf, am 25. Januar Mann für Mann ihre Stimme gegen das herrschende Regierungssystem abzugeben.

Lebhaftes Interesse brachte die Versammlung dem zweiten Punkt der Tagesordnung entgegen. Gehjold referierte über eine Episode aus dem Kampfe gegen die meistertreue gelbe Gewerkschaftsorganisation. Um die arbeiterfeindlichen Antriebe dieser von den Zunungen großgezogenen und unterstützten Organisation an der Quelle kennen zu lernen, hat der Verband einige seiner Mitglieder dem gelben Bunde beitreten lassen. Es war das, wie der Referent sagte, keine angenehme Aufgabe; sie wäre aber notwendig geworden, um die Schliche der Gelben durch Tatsachen aufzudecken. Der Vertrauensmann des Verbandes hat seine Rolle bei den Gelben so täuschend gespielt, daß er schon als Bundesvorsitzender in Aussicht genommen war. Kürzlich ist nur der Betreffende von den Gelben wieder zurückgetreten und die Enttarnung der Ueberlisteten ist groß. Durch eine Reihe von Tatsachen schilderte der Referent die Korruption, welche im Bunde der Gelben herrscht. Im Anschluß daran besprach der Pseudo-Gelbe seine Ergebnisse in der gegnerischen Organisation. — Was der falsche Gelbe von seinen falschen Bundesbrüdern an Geld und sonstigen Zuwendungen erhalten hat, ist bis auf den Pfennig berechnet und wird den Betreffenden zur Abholung zur Verfügung gestellt. Zur Empfangnahme hat sich aber bis jetzt niemand gemeldet. — Die Versammlung nahm zu dieser Angelegenheit eine Resolution an, welche besagt, daß dem von den Zunungen gespickten gelben Bunde die tiefste Verachtung ausgedrückt wird. Ferner erklärt die Resolution, daß durch die neuesten Enthüllungen bewiesen ist, daß der Tarifbruch der Zunungen von deren Führern von langer Hand vorbereitet ist. Die Gesellen werden daraus die Lehre ziehen, den tarifbrüchigen Zunungen kein Vertrauen mehr zu schenken.

Erster Wahlkreis.

Heute Freitag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Café Gärtner“,
Hollsteiner Ufer 17/18:

Wähler-Versammlung für das Hansviertel und in den Zelten.

Tages-Ordnung:
1. Die Neuwahlen zum Reichstage. Referent: Kandidat des Kreises Dr. Leo Arons. 2. Diskussion.
Wähler! Erscheint in Massen.
Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

III. Wahlkreis.

Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr: 2 Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:
„Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.

Referent: Redakteur Wilhelm Düwell.

„Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2.

Referent: Stadtverordneter Dr. Zadek.

Tages-Ordnung: 1. Die Neuwahl zum Reichstage. 2. Freie Aussprache.
Zahlreichen Besuch erwarbt.
240/3* Der Vorstand.

VI. Wahlkreis!

2 öffentl. Wählerversammlungen

Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr,
in der „Horussia“, Akersstraße 6/7;

Sonntag, den 13. Januar, mittags 12 Uhr,
in den „Germania-Prachtsälen“, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung:

Der Reichstags-Wahlkampf.

Referenten sind die Genossen Grunwald und Ledebour.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Das Wahlkomitee.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. Januar, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Kadeit: „Welche Pflichten
haben die Frauen im gegenwärtigen Wahlkampfe?“ 2. Diskussion.
Um zahlreichem Besuch bittet

246/71

Der Einberufer.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

VI. Wahlkreis!

Sonntag, 13. Januar, abends 6 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:
Versammlung. Tagesordnung: Der Reichstags-Wahlkampf.
Referentin: Frau Anna Mesch.

Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69.

Soeben ist in zweiter, neu durchgesehener Auflage erschienen:

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten

Von Dr. G. Gebert.

Preis 20 Pf.

Porto 3 Pf.

Orts-Krankenkasse für Oberschöneweide

Die Stelle eines Krankenbesuchers
und Kassendoten ist sofort zu be-
setzen. Anfangsgehalt 1450 M., Station
300 M. Bewerbungen sind nur schrift-
lich bis zum 21. Januar 1907 an den
2. Vorsitzenden Herrn Kaufholt hier-
selbst, Wilhelmminnenhofstraße 18, einzu-
reichen. 270/4

Automat-Restaurant,

sehr eingerichtet, sehr billig verköchlicht.
„Automat“, Postamt 31.

Charlottenburg.

Heute Freitag, den 11. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Volkshaus, Hofencstr. 3*

Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Berichtendes.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Zimmer 34, Kant 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Kant 4, 9679.

Achtung! Rohrleger u. Helfer. Achtung!

Die im Monat Januar fällige Versammlung findet
wegen der bevorstehenden Wahlbewegung nicht statt.
Wir ersuchen, die im Monat Februar kommende Versammlung
zahlreich zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 13. Januar, vormitt. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal VII), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Putzträger.
Sonntag, 13. Januar, vormittags 10 Uhr, in Wernau's Festsaal,
Schwebelstr. 23: 32/3

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Töpferträger.
Montag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus,
Rosenthalerstr. 57:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Rohrer.
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Merkowski,
Andreasstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Fahrstuhlarbeiter.
Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Jannaschk,
Zeilstr. 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.
Um recht rege Beteiligung an allen Versammlungen ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Vertrauensleute.

Die Ausgabe der gelben Vertrauensmänner-Karten er-
folgt am Sonnabendabend von 6-8 Uhr in den Lokalen,
wo die Vertrauensmänner-Versammlungen stattfinden, für Bezirk
Süden bei Lehmann, Gräferstr. 2.

Telephon 4, 3578. Zahlstelle Berlin. Telephon 4, 3578.

Einsetzer!

Sonntag vormittags 10 Uhr finden in den bekannten Lokalen die
Bezirks-Sitzungen

statt. Tagesordnung: Bericht der Kollegen über den Umfang der
Kundverwertung in unserer Branche. 77/12
Der Obmann.

H. Zimmermann

Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,

Uhren-Großhandlung.

Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Strong reell. - Billigste Preise.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135,
Lauisstr. 2, Falckensteinstr. 32,
Zentrale: Boxhagenstr. 13. Pücklerhalle 222/223, Andreasstraße 16/18.

General-Versammlung der Kranken-Unterstützungs- u. Begräbniskasse der Federzüricher Berlins

(E. G. Nr. 60)
am Sonntag, 20. Jan., vorm. 10 1/2 Uhr,
Weinstr. 11, bei Feind.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung vom 4. Quartal
1906.

2. Bericht der Revisoren.

3. Vorstandswahl: a) Wahl eines
2. Vorsitzers; b) des Kassierers;
c) des Kontrolleurs; d) der Er-
stahmänner. 8075

4. Geschäftsliches.

Der Vorstand.
J. U.: Gustav Busse.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse zu Berlin.

Sonntag, den 20. Januar 1907,
vormittags 9 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Bienenhähl
Körnerstraße 123:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Statuten-Änderung.

Änderung des § 11 des Statuts.
Erhöhung des Sterbegeldes.
Ferner § 7 Abs. 1: Hinter dem Worte
„behalten“ „innerhalb 6 Monate“
zu setzen.

Der Eintritt ist nur gegen Vorlegung
des Quittungsbuches gestattet.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
8006 Der Vorstand.

J. U.: Aug. Acke, Dorf, Grenzstr. 14, I.

Deutschlands Spezialgeschäft größtes für Bettfedern

Erste Bettfedernfabr. m. elekt. Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S. Prinzenstr. 46

bringt gen. Nachnahme garantiert
neu und gut gefüllte, gut füllende
Bettfedern v. 1/2 M. 0,85-1,00-1,25;
prima Halbdaunen M. 1,75; Gänse-
ruffedern M. 2,00; prima weisse
Gänsehalbdaunen M. 2,50-3,00-3,50
echt dän. Monopoldaunen
M. 2,25, echt russ. Wata-
ber-Gänsehalbdaunen M. 3,50
von den Frauen genährt 3-4 Pf.
zum groß. Oberbett. - Gänsefedern
(3 Reihen) M. 0,80 per Pfund; Gänse-
schlaffedern, wie sie von der Gans
fallen, mit allen Daunen M. 1,50.
Proben und Preisliste gratis. Um-
tausch oder Rückzahlung gesamt.
Versuchung kostenfrei.

Lebighäufiger Umsatz über 2000
Zentner Bettfedern, von keinem
zweiten Bettfedern- u. Bett-
federgeschäft erreicht.

Kinematograph-Theater

in Rixdorf Berlinstr. 80/81
und Bergstr. 55

in Berlin Breslauerstr. 19a

Vorführung lebender Photographien

in noch nie gegebener Vollendung.

□ Täglich wechselndes Programm □
Wissenschaftliche, lehrreiche
und humoristische Ereignisse zu
Wasser und zu Lande.

Preise der Plätze: 1. Platz 50 Pf.
2. Platz 30 Pf. Entree 20 Pf.

Kinder auf allen Plätzen die Hälfte!
Achtung! Dienstag u. Donnerstag
hat jeder Erwachsene ein Kind (reell
Anfang 5 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
2924L. Michalowski.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,
Spezialarzt für

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Aufruf an die deutschen Zivilmusiker!

In welch überaus mißliche wirtschaftliche Lage Tausende und
aber Tausende unserer Berufsgenossen durch den unbeschränkten
Musik-Gewerbebetrieb der Militär- und Beamtenmusiker hinein-
geraten sind, — wer von uns wagt das nicht? Seit Jahren
kämpfen wir gegen die durch Privilegierung dieses Gewerbe-
betriebes seitens der diesen Musikern vorgesetzten Behörden in-
augurierte Verelendung unseres Standes. Beweise über Beweise
haben wir dafür erbracht, welch schweres Unrecht hier einer Klasse
von Staatsbürgern zugefügt wird. Dadurch zugefügt wird, weil
man zwar den Zivilmusikern die Pflicht beläßt, durch ihre Steuern
mit zur Erhaltung des Militär- und Beamtenstandes beitragen
zu müssen, andererseits es aber auch zuläßt, daß den Zivil-
musikern die Gelegenheit zum Erwerb, zur Erhaltung und Er-
höhung ihrer Steuerkraft durch Angehörige des Militär- und
Beamtenstandes fast unmöglich gemacht wird.

Diese Tatsachen sind natürlich keineswegs dazu angetan, bei
dem Zivilmusiker den Stellen gegenüber, welche für das Bestehen
solcher Zustände verantwortlich zu machen sind, irgendwelch dank-
bares Gefühl auszulösen. Letzteres könnte und würde gewiß
der Fall sein, wenn sich die Regierung entschloße, die soziale
Fürsorge, den allen wirtschaftlich Schwachen verheißenen Schutz
auch auf den Zivilmusikerverstand auszuweiten. Wir verlangen

keineswegs eine besondere Bevorzugung, wir verlangen nur das
gleiche Recht, welches allen anderen bürgerlichen Berufsständen
zusteht. Wir verlangen eine freie Bahn zur Ausübung unserer
Kunst, unseres Berufes.

Die Macht, den Militär- und Beamtenmusikern das gewerb-
liche Musizieren zu verbieten, haben wir nicht. Wohl aber
zwingt uns die durch diese Konkurrenz in unseren Stand hinein-
getragene Not, mit aller Macht dagegen anzukämpfen und nichts
unversucht zu lassen, was zur Erreichung des hier gesteckten Zieles
führen könnte.

Als eins der wirksamsten Mittel zur Erreichung unseres
Zieles hat unzweifelhaft die Anrufung und Aufklärung der
unserem Beruf fernstehenden Bevölkerungsschichten zu gelten.
Kollegen! Der Reichstag ist aufgelöst. Die Neuwahlen werden
in kurzer Zeit stattfinden. Hier nun bieten die bevorstehenden
Wahlversammlungen eine überaus günstige Gelegenheit, unsere
Klagen über den uns so schädigenden Gewerbebetrieb der Militär-
und Beamtenmusiker in weite Kreise des Volkes zu tragen. Wir
sollten es deshalb nicht versäumen, an solchen Versammlungen
teilzunehmen, dort das Wort zu ergreifen und nach Darlegung
der Verhältnisse ob unserer Eigenschaft als Reichstagswähler an
den zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten die Frage zu richten,

welche Stellung er unserer auf Beseitigung der staatlichen Kon-
kurrenz gerichteten Forderung gegenüber einnimmt. Zu betonen
wäre hierbei, daß wir keineswegs eine Beseitigung der Militär-
musik als solche verlangen. Nur die Beseitigung des gewerblichen
Musizierens der Militär- und der Beamten-Musiker ist es, was
wir fordern und im Interesse der Erhaltung unseres Standes
fordern müssen. Die Erlangung eines Verbots des Musik-
gewerbebetriebes der Militär- und Beamten-Musiker ist für uns
eine wirtschaftliche Frage von fundamentaler Bedeutung, und
deshalb können und werden die Zivilmusiker und deren Freunde
nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben, die sich bereit
erklären, auch im Reichstage für eine Lösung dieser Frage in
unserem Sinne einzutreten.

Kollegen! Das Präsidium des Allgem. Deutschen Musiker-
Verbandes wird dem neuen Reichstage die alte Forderung der
Zivilmusiker übermitteln. Sorgt dafür, unser diesmaliges Vor-
gehen in der oben erwähnten Weise nach Möglichkeit zu unter-
stützen. Agitiert für Euch und Euren Beruf!

Das Präsidium
des Allgemeinen Deutschen Musiker-Verbandes.

J. U.: Fritz Stempel, Vizepres.

6/7

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird nach 5 1/2 Uhr vom Vorsteher-Stellvertreter Nischelet mit der Mitteilung eröffnet, daß der Vorsteher Dr. Langerhans vor einigen Tagen auf der Straße von einem Wagen angefahren und am Fuße leicht verletzt worden ist. Sein Verbleiben sei indessen durchaus befriedigend und er hoffe, baldigst seine Tätigkeit wieder aufnehmen zu können.

Auf den Neujahrsglückwunsch der Versammlung hat der Kaiser eine Antwort ergehen lassen, die die Versammlung mit Ausnahme der Sozialdemokraten stehend anhört.

Vor der Sitzung haben sich die Abteilungen konstituiert und eine Reihe von neu beschlossenen Sonderausschüssen gewählt. In den Ausschüssen für die Wasserwerkvorlage sind u. a. auch die sozialdemokratischen Mitglieder Koblenzer, Schneider, Tollsdorf und Dr. Wehl deputiert; dem Ausschusse für die Vorlage wegen Einstellung neuer oder erhöhter Zuwendungen an gemeinnützige Vereine, Anstalten usw. gehören auch die Stadtvv. Glocke, Koblenzer und Dr. Jabel (Soz.) an.

Auch die ständigen Ausschüsse haben sich vor der Sitzung neu konstituiert.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung ist außerordentlich kurz.

In die Hochbaudeputation wird Stadtv. Fischer (Soz.) gewählt.

Den Beschlüssen der Versammlung hinsichtlich der Verwendung des der Stadtgemeinde zustehenden Zehntels aus den Erträgen der Jagorückführung zu Stipendien an der technischen Mittelschule bzw. an den technischen Mittelschulen ist der Magistrat beigetreten.

Die Vorlage wegen Veräußerung zweier Berlin gehöriger in Nixdorf am Prager Grenzweg belegenen Parzellen an die Stadtgemeinde Nixdorf, welche den Nixdorfer Städtkanal bis zum Zeltow-Kanal im Brüg durchzuführen beabsichtigt, wird ohne Debatte angenommen.

Durch besondere Vorlage ersucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung zur Erhöhung der Subvention für den Berliner Rhythmverein für Obdachlose von 10 000 M. auf 12 000 M. nach.

Stadtv. Hellriegel (R. L.) hält eine noch weitere Erhöhung des Subventionbetrages angesichts des humanen Zweckes der Einrichtung, die den Ärmsten der Armen zugute komme, für sehr erwägenswert und beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den heute gewählten Sonderausschuß.

Ohne weitere Diskussion wird demgemäß beschlossen. Schluß nach 8 Uhr.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Ein hoffnungsvoller Jährlandidat des Freisinnigen.

Wenn man den Versicherungen der Freisinnigen glauben dürfte, so wäre mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß in Berlin am 25. Januar über den meisten der sechs Wahlkreise nicht mehr das rote Banner der Sozialdemokratie wehen, sondern die neu aufgehende Sonne des Freisinnigen strahlen werde. Im ersten Kreis sind die Freisinnigen fest überzeugt, daß sie ihn gegenüber dem Ansturm der Sozialdemokratie auch diesmal noch behaupten werden. Im zweiten, im dritten und im fünften Kreis geben sie sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, das an die Sozialdemokratie verlorene Terrain zurückerobern zu können, wenn nur die vermaldeiten „Michtwähler“ auch mal zur Wahl kommen und dem Freisinn den Gefallen tun wollten, für ihn zu stimmen. Aber sogar im vierten und im sechsten Kreis, die dem Freisinn selber als für ihn aussichtslos gelten, wird von etlichen „sonderbaren Schwärmern“ erwartet, daß die dort aufgestellten freisinnigen Jährlandidaten diesmal wenigstens einen nennenswerten Stimmenzuwachs erhalten werden.

Der für den sechsten Wahlkreis ausersehene Jährlandidat des Freisinnigen, der Gemeindefachlehrer Käbler, hat sich bisher noch in keiner Wählerversammlung vorgestellt. Am Mittwoch hat er aber vor dem Schönhauser Tor in einem freisinnigen Bezirksverein zur Eröffnung der Wahlkampagne einen Vortrag darüber gehalten, warum der Reichstag aufgelöst worden ist und was der Freisinn sich von den Neuwahlen verspricht. Herr Käbler malte seinem Publikum den „Aufstieg“, der dem Freisinn bevorstehe, aus. Selbst für den sechsten Kreis Berlins prophezeite der hoffnungsvolle Jährlandidat, daß seine Partei hier wieder oben auf kommen werde, natürlich noch nicht bei diesen Wahlen, aber später mal. Dazu müsse man allerdings erst die Sozialdemokratie unterkriegen. Wie der Freisinn das erreichen will, das machte Herr Käbler selber sogleich vor, indem er nach bekanntem Rezept auf die Sozialdemokratie loschimpfte und ihre Anteilnahme an den Lohnkämpfen der Arbeiterklasse als „Verhöhnung“ der Arbeiter denuntierte. Seine freisinnigen Zuhörer stimmten ihm eifrig bei. Wer zugunsten des Unternehmertums spricht, darf ja in freisinnigen Versammlungen immer darauf rechnen, daß er Beifall findet.

Im sechsten Kreis ist der Sozialdemokratie der Sieg sicher, das weiß jeder. Trotzdem werden auch in diesem Kreise unsere Genossen alles aufbieten müssen, um für den Kandidaten der Sozialdemokratie eine möglichst hohe Zahl Wähler an die Wahlurne heranzubringen. Genau genommen ist ja jede Kandidatur eine Jährlandidatur, auch die allergeringste. Auch in denjenigen Wahlkreisen, wo wir längst die Mehrheit haben, gilt es, der bürgerlichen Klasse zu zeigen, daß die werdende Kraft unserer Ideen sich aufs neue bewährt hat und überall in unaufhaltsamem Wachsen ist. Will in Berlin VI der Freisinn samt den Konservativen zählen, wie weit ihre Häuflein J.-ammengeschmolzen sind, so wollen wir uns bemühen, um unser Banner alle zu führen, die gegen Ausbeutung und Auswucherung des arbeitenden Volkes, gegen freisinniges Unternehmertum und konservatives Vorkriertum ihre Hoffnung auf die Sozialdemokratie setzen -- alle die alibedächten Kämpfer und die neugewordenen, alle bis auf den letzten Mann!

Fünfter Wahlkreis.

Von dem lebhaftesten Interesse, welches die Bevölkerung diesem Wahlkampfe entgegenbringt, gab die Versammlung Kunde, die am Mittwoch im Sophienaal tagte. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Saal vollständig gefüllt und auf den Galerien drängten sich die Zuhörer bis in den äußersten Winkel. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden dem Vortrage des Genossen Wolfgang Heine. „Der sterbende Freisinn“ lautete das Thema. Daß die freisinnige Partei im Sterben liegt und daß derjenige einer tödlichen Hoffnung lebt, der von dieser Partei noch die Vertretung liberaler Ideen erwartet, das zeigte der Redner an einigen Beispielen aus den politischen Vorgängen der letzten Zeit. Scharf kritisierte der Redner die Schwärmung, welche der Freisinn in der Sozialpolitik vollzogen hat, sowie die Verdrängerung der Frei-

sinnigen mit dem Fürsten Bülow und dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie mit den reaktionären Parteien. Wenn auch die freisinnige Partei am 25. Januar noch nicht sterben werde -- ein solcher Todesstempel pflege lange zu dauern -- so könne sie doch nur als Krüppel aus dem Wahlkampf hervorgehen. Der Redner richtete zum Schluß die Aufforderung an die Wähler, sie möchten ihre Stimme nicht einem Manne geben, dessen Partei im Sterben liegt. Die Ehre des fünften Wahlkreises könne nur dadurch erhalten werden, daß ein Mann gewählt wird, dessen Partei eine Zukunft hat. -- Der lebhafteste Beifall bewies, daß die Ausführungen des Referenten allgemeine Zustimmung gefunden hatten.

Robert Schmidt richtete hierauf als Kandidat des Kreises einige Worte an die Wähler. Auch er kennzeichnete den Freisinn als politisch unzuverlässig und schloß unter lebhaftem Beifall mit der Bemerkung, der Wahlkampf müsse so geführt werden, daß der Reichstag einen Ausbruch nicht bekomme.

Ein hoffnungsvoller Jüngling aus dem freisinnigen Lager, cand. jur. Regensburger, nahm in der Diskussion das Wort. In längerer Rede beklagte er sich darüber, daß die Sozialdemokraten den entsetzlichen Liberalismus, mit dem sie doch manche Forderungen gemeinsam hätten, so scharf bekämpften. -- Genosse Heine antwortete dem Redner: Unser Kampf gelte nicht den liberalen Ideen. Im Kampfe für Volkfreiheit und Kultur sind wir stets am Platze. Wir bekämpfen die niedrigen Persönlichkeiten, die sich liberal nennen, die aber die freirechtlichen Ideen schwächlich verraten haben, die jetzt, nur um ein paar Mandate zu gewinnen, Bündnisse mit der Reaktion eingehen und so das absolutistisch-bureaucratische Regiment stärken.

Noch ein anderer Redner, Dr. Hamburger, machte den Versuch, dem sterbenden Freisinn hilfreich beizuspringen. Dazu hatte der Redner wohl den guten Willen, aber nicht die Fähigkeit. Infolgedessen verstand man nicht, was er eigentlich sagen wollte.

Der Vorsitzende, Genosse Wels, schloß die Versammlung mit der Aufforderung, für die Wahl des Kandidaten der Sozialdemokratie zu wirken.

Zur Flugblattverbreitung am Sonntag.

Am nächsten Sonntag wollen sich die Genossen aus dem ersten Kreise und die Hülfstrasse aus dem sechsten Kreise zeitig in den bekannten Bezirkslokale einfinden.

Auch im zweiten, dritten und vierten Kreise findet am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt.

Wählerversammlungen.

finden heute -- Freitag -- statt: Für den ersten Kreis (Hansviertel) im Café Gärtner, Holzsteiner Ufer 17/18. Genosse Dr. Kronz referiert. Im dritten Wahlkreis finden heute Abend zwei Wählerversammlungen statt. In den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, spricht Genosse Düwel, während im „Berliner Klubhaus“, Ohmstr. 2, Genosse Dr. Jabel referiert.

Für den sechsten Wahlkreis ist eine Versammlung nach den „Vorfassjalen“ in der Ackerstr. 6/7 einberufen.

Die Bürgermeisterei-Kandidatur für den Kreis Zeltow

soll doch bestehen bleiben, wie das „Zeltower Kreisblatt“ zu berichten weiß. Es schreibt:

„Richtig ist, daß Herr Oberbürgermeister Voddin den dringenden Wunsch zu erkennen gegeben hat, daß, wenn man ihn nominieren wolle, sich alle bürgerlichen Parteien auf seinen Namen vereinigen mögen. Er hat dabei hingewiesen auf die Stadt Rixdorf, in der er seit mehr als 30 Jahren an der Spitze der Kommunalverwaltung steht, und wo alle bürgerlichen Parteien ohne Unterschied des Fraktionsabstammnisses geschlossene Arbeit zum Segen des Ganzen verrichten. Die Verhandlungen nach dieser Richtung, d. h. nach der Richtung einer Vereinigung aller bürgerlichen Parteien im Wahlkreise gegenüber den Sozialdemokraten schweben noch. So zum Beispiel sind die Rixdorfer Freisinnigen, die den Charlottenburgern numerisch kaum unterlegen sein werden, durchaus entschlossen, für Voddin und nicht für Reufert einzutreten. Wir geben die Hoffnung keineswegs auf, daß es noch im letzten Augenblicke gelingt, alle bürgerlichen Parteien des Wahlkreises auf den Namen Voddin zu sammeln, weil wir hierin nach wie vor das einzige, aber auch das einzige Mittel sehen, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Wahlkreises aus dem Sattel zu heben. Wir zweifeln aber nicht daran, daß, wenn trotz alledem die Sonderkandidatur Reufert bestehen bleiben sollte, Herr Oberbürgermeister Voddin es für eine patriotische Pflicht erkennen wird, dem Rufe der vereinigten konservativen und nationalliberalen Parteien, einem Rufe, der bis weit in die freisinnigen Kreise hinein Widerhall findet, Folge zu geben.“

So ganz sicher ist man also mit der Voddin'schen Kandidatur doch noch nicht. Uns soll's recht sein! So oder so werden unsere Genossen den Kampf führen gegen Kolonialphantasien, Vorkriertum und Volksebrüder. Ob Voddin oder ein anderer als Vertreter des Kandidates auf den Schild erhoben wird, unsere Genossen werden alles aufbieten, um unsere Gegner niederzuringen und mit einem gewaltigen Stimmenzuwachs über dieselben zu triumphieren. Wie aus allen Gegenden des großen Kreises berichtet wird, ist die Stimmung für die sozialdemokratische Partei und deren Vertreter, Genossen Jubel, eine solche, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.

Kreis Zeltow.

Schmorgendorf (Kolonie Grunewald). Hier tagte am Mittwochabend im Restaurant Café Wein eine überaus stark besuchte Wählerversammlung. Dieselbe war herdringend von den Angehörigen der hiesigen Bildenbesitzer und Millionäre, wie Portiers, Gärtner und Dienern, darunter auch vielen Frauen besucht. Das Referat hatte der Kandidat des Kreises, Genosse H. Zubeil übernommen, der in einer zweistündigen trefflichen Rede über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ sprach. Reicher Beifall lohnte den Redner während und nach Schluß des Referats. Gegner meldeten sich nicht; auch hier in der Kolonie ist die Stimmung eine vortreffliche.

Nieder-Barnim.

Der Sozialdemokratie ist im Kreise Nieder-Barnim Heil widerfahren. Der nationale Raddemmel hat sich einen Kraftathleten zum Wiederkämpfer der Sozialdemokratie angekauft, zu dem wir uns gratulieren können. Am Donnerstag gab der Schimpfritze im Café Bellevue in Rummelsburg eine Vorstellung. Doch geben wir auch den Rahmen zum Vortrag. Die sogenannten Nationalen hatten eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der Sammelkandidat Bürgermeister Rietzen angeblich sein Programm entwarf. Es bestand in der Erklärung, daß er Anhänger des allgemeinen und geheimen Wahlrechts sei. Also Gegner des gleichen Wahlrechts! Fürwahr ein sehr zugkräftiges Programm! Der übrige Inhalt der Kandidatenrede war nur bemerkenswert wegen ihrer Inzuchtlosigkeit. Der Angelpunkt seines Kampfes für die nationale Ehre war die Ablehnung des Reichstages für Süd-West. Deshalb sah er Deutschland schon schau- und wehrlos im Arge mit anderen Nationen verwickelt. Dann kam's besser! Als Rietzen aus dem Busch, der mit Schimpfworten die Sozialdemokratie vernichtet, produzierte sich sein Assistent, ein Herr Sommerburg. Der Genosse des Hauptmanns von Köpenick hat bei diesem Gentleman anscheinend Feldherrentalente ausgebildet, und er erbrachte den Befähigungsnachweis in brillant vorgetragenen Schimpfereien, und prählend

forderte er die Gegner auf, mit ihm die Klinge zu kreuzen. Er werde sie alle manötröt -- schimpfen! Unseren Genossen Stadthagen nannte er „dieser Mensch“. Die Sozialdemokratie nannte er eine „rote Kohorte“, „eine Eiterbeule“, die abgeschliffen werden müsse, eine Gesellschaft von Lügner, Bande, Lumpen und so fort mit edlem Auslande. Die Führer schwindelten wider besseres Wissen. -- Eine Reminiszenz: der Herr war eine kurze Zeit Redakteur der „Volksztg.“ in Lichtenberg. Als solcher wirkte er auch gegen die Lügenwirtschaft in der Gemeindevertretung und verteidigte die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion. Wir schrieben damals, der Herr werde bald seinen Redaktionsstuhl verlassen oder sich zu einer anderen Meinung bequemen. Wir hatten nicht vollständig recht. Er hatte bald einen Nachfolger und er ist jetzt Kraftschimpfritze im Kampfe wider die Sozialdemokratie. Und dieser Edelmann stellt sich hin als Apostel der Anständigkeits- und Wahrhaftigkeit! Die Brotgeber und der Kuli sind einander wert. Den Arbeitern, die mit 25 M. Wochenlohn nicht zufrieden sind, sprach er das Verständnis für nationale Würde und nationales Empfinden ab, denn andere Leute verdienen noch weniger und bleiben doch national. So weitererte das Kerchen fast eine Stunde lang. Dann wollte er etwas Sachliches sagen. Er gefiel sich in der Rolle des biedereren Jakobs. Früher seien Fehler gemacht worden. Bürgerliche Parteien hätten der Sozialpolitik Widerstand entgegengesetzt. Aus der feinen Gesellschaft, die gegen das tolle Schimpfen ihres Acquisiteurs gar nichts einzuwenden hatte -- auch Herr Rietzen nicht beifällig -- erhob sich nun aber Widerspruch. Einige der Nationalen verließen demobstrativ den Saal. Der Kandidat sprang erschreckt auf, gab dem Schimpfritzen einen Rippenstoß und stürzte ihm zu, daß er solch rollenwidrige Sprünge zu unterlassen habe. Und geboriam suchte sich der Schimpfritze. Er erklärte, einige Punkte überbringen zu wollen, dann kam noch eine Nutzwelle Schimpfsworte, nochmals die Versicherung, er fürchte keine Diskussion und er hatte geendet, vollständig. Der Kandidat erteilte ihm zunächst öffentlich einen Kläff, weil er seine Meinung gesagt habe. Was Anstoß erregt, muß verschwiegen werden, auch wenn es Wahrheit ist. Und der Gentleman dachte sich wie ein geprägelter Dube. Dann erklärte der Vorsitzende, Gegner bekämen das Wort nicht. Auch zu dieser Rauschelle schwieg der groß-mündige Schimpfritzenjährl. Und die Nationalen waren froh, daß ihr Gott nicht in Gefahr kam, moralisch verprügelt zu werden, wie er es verdiente. Vergebens appellierte unser Genosse John an die Gesellschaft, doch wenigstens einem Redner der Schimpfritzen das Wort zu geben. Man ließ sich aus dem feigen Verhalten nicht aufpeitschen. Und diese Delben wollen den Wahlkreis erobern. Es gibt doch noch pudige Leuten.

Kaufdorf. Die antisemitische Sprengkolonne verfuhrte auch hier vergeblich, die von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung durch Raub zur Auflösung zu bringen. Kurz vor Beginn der auf 8 1/2 Uhr einberufenen Versammlung fielen einige in Kaufdorf fremde Leute durch das Ungeschick auf, mit dem sie für die Propaganda der Junter Propaganda zu treiben suchten. Nach Beginn der Versammlung schlugen die im Saal verteilten etwa zehn Döringianer einige der Jährligen als Bureau vor. Die große Mehrheit der Versammlung wählte das von den Genossen vorgeschlagene Bureau. Darauf Raub der Berliner nationalgesinnten Hülfstruppe. Der Vorsitzende ersuchte um Ruhe und machte darauf aufmerksam, daß er gegen mutwillige Aufreißer von seinem Hausrecht Gebrauch machen werde. Ein Genosse schlug vor, dem Wunsch der Sprengkolonnen, eine Segenprobe zu veranstalten, so unbedeutend und unbedenklich es sei, nachzugeben. Ladend stimmte die Versammlung zu. Abermalige Abstimmung erfolgte. Und siehe da: ganze zehn Hände erhoben sich für das Bureau derer um Döring. Genosse Stadthagen erhielt nun das Wort zu seinem Vortrage. Andauernde Unterbrechungen gingen los: Wir wollen einen im Bureau haben, „Unverschämtheit“, „Juden“ u. dgl. Der Vorsitzende forderte nach wiederholter fruchtloser moralischer Richtigstellung der Störenfriede die Ruheforderer zum Verlassen des Saales auf. Dem wurde nicht nachgegeben. Lebhafter Rufe: „Raus mit den Störern!“ wurden laut. Der Gendarm machte Miene, zur Auflösung der Versammlung zu schreiten. Der Vorsitzende vertagte die Versammlung auf zehn Minuten. In der Pause forderte er zwei junge Kaufdorfer dreimal vergeblich auf, das Lokal zu verlassen. Er ließ dann deren Namen durch den Gendarm feststellen. Diesem gegenüber bezeichneten sich die Versammlungsförderer als Reisender Ernst Jeds, Lichtenberg, Wagnerstr. 13, und Handlungsgeschäfte Albert Göter, Marxlinstr. 12 wohnhaft. Der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ Döring hielt, daß mit der Entfernung der Aufreißer Ernst gemacht werden soll. Er fragt den Vorsitzenden, ob er das Wort erhalten würde, er würde dann seine Freunde zur Ruhe auffordern. Der Vorsitzende erwidert ihm, daß er ja bereits mitgeteilt habe, daß Diskussion stattfinden soll; wenn Döring sich melde, werde er das Wort erhalten. Die Versammlung wird wieder eröffnet. Döring fordert „seine Freunde“ zur Ruhe auf. Nach etwa einer Stunde beendet Genosse Stadthagen seinen von reichem Beifall begleiteten Vortrag. Der Gendarm wendet sich an den Vorsitzenden mit der Aufforderung, die Versammlung aufzuheben, sonst würde er sie auflösen, da die Polizeistunde eingetreten sei. Der Vorsitzende muß dem Verlangen nachgeben, da dem Hamannischen Gesellschaftshaus (Inhaber Rees), dem einzigen hier Arbeiterversammlungen offen stehenden Lokal die Zehnminuten-Polizeistunde gesetzt ist. Wähler Raub: „Das ist ein Krieg“, „jüdischer Krieg“, „Unverschämtheit“ und dergleichen Zeichen geistiger und moralischer Armutigkeit der „schwarzen Jahn“ durchtoben den Saal. -- Wenn es noch notwendig gewesen wäre, die Anwesenenden von dem wahren Charakter des Ordnungsbrechs und seiner zehn Schutzengel zu überzeugen, so ist diese Aufgabe durch das Auftreten der Jahn erfüllt.

Adershof. Vor etwa 700 Versammelten referierte am Dienstag im Lokal von Rahne Genosse Paul Girich. Die von dem Redner in trefflicher Weise geübte Kritik an dem Verhalten der Reichsparteien im Reichstag insbesondere des Freisinnigen in der Kolonialpolitik fand die lebhafteste Zustimmung der Versammelten. Zum Schluß forderte Redner auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der Kandidat des Kreises Genosse Jubel mit erdrückender Majorität gewählt wird. Am 5. Januar müsse der Regierung gezeigt werden, daß des Volkes Wille das oberste Gesetz sei. Der Referent erntete stürmischen Beifall. Eine im Sinne des Referats abgefaßte Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. Trotzdem den anwesenden Freisinnigenwolle Redefreiheit gewährleistet wurde, ergriff von ihnen keiner das Wort. Im Sinne des Referenten sprachen noch unter Beifall die Genossen Hildebrandt und Reichert. Pünktlich um 10 Uhr erfolgte die polizeiliche Auflösung der Versammlung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Anglerverein „Vorfelde“ veranstaltet am 16. Februar in dem gesperren Lokal von Suple, Spandau, Adamsstraße, einen Rastentball. Es wird versucht, Eintrittskarten hierzu in Arbeiterkreisen abzugeben und ersuchen wir daher, derartige Angebote entschieden zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

Nieder-Schönhagen. Eine Handzettelverbreitung für die öffentliche Wählerbetrieamung am Mittwoch, in der Artur Stadthagen spricht, findet Sonntag früh 8 Uhr von folgenden Lokalen aus statt: Schulmann, Uhlendstraße; Schmidt, Treslowstraße, Ecke der Wangelstraße, und Vahst, Deuthstraße, Ecke der Waldemarstraße. Die Wahlvereinsmitglieder

werden ersucht, sich vollständig an dieser Handzettelverbreitung zu beteiligen.

Trebbin. Sonntag, den 13. Januar, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung in der Stadt und den Landbezirken. Genossen! Erhebt euch zahlreich und erfüllt eure Pflicht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ein „Aufstand“ im Stadtverordnetenrat.

Das ist das wichtigste der Ereignisse, die wir aus der gestrigen, ganz ungenügend kurzen Sitzung unseres Stadtparlamentes zu melden haben. Ein „Aufstand“? Ja; aber es handelt sich nicht gleich um den „Zukunftstaat“, den etwa die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten mit Gewalt (wie die tapferen Freiheitskämpfer Kämpf, Cassel, Rosenow usw.) das jetzt in ihren Versammlungen freisinniger Wähler so anschaulich-graunlich zu schildern wissen) zunächst mal für unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin einführen wollte. Es handelt sich überhaupt nicht um die Sozialdemokratie, sondern nur um die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit, die da „aufstand“ lediglich zu dem Zweck, einem Kaiserbrief Reue zu erweisen. Diesmal gab es auf einen Schlag sogar zwei Kaiserbriefe und als Zugabe noch ein Prinzenbriefchen. Den Gratulanten des Rathhauses, die aus Anlaß des Jahreswechsels sowie der Verlobung des nächsten der noch lebenden Prinzen ihre Ergebenheit und Treue bekundet hatten, wurde vom Schlosse aus der gebührende Dank abgestattet. Die drei Briefe wurden verlesen, und die freisinnige Mehrheit hörte sie einen nach dem anderen stehend mit an. Der Dank für die Neujahrsgratulation unterschied sich diesmal in auffälliger Weise von früheren Dankbriefen. Er war merklich wärmer gehalten, der „Hauptstadt des Deutschen Reiches und ihrer treuen Bürgerschaft“ wurde darin „ein reich gesegnetes neues Jahr“ gewünscht. Dauchte der Ableser des Briefes an die großen Taten, die der Empfänger — der Berliner Freisinn — für den 25. Januar träumt? Die freisinnigen Stadtverordneten begleiteten die Verlesung des Briefes mit freudig-begeisterter Bravo. Uns fiel da jene denkwürdige Stadtverordnetenversammlung ein, in der ein Dankschreiben der Kaiserin für eine ihr überlieferte Geburtstagsgratulation verlesen wurde. Das Schreiben war unterzeichnet nicht von der Kaiserin selber, sondern nur von ihrem Herrn von Mirbach. Die Stadtverordneten wurden darin gründlich abgerüffelt und als nacheiferungswürdige Muster wurden ihnen die „guten und treuen Elemente“ vorgehalten. Auch damals hatte die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit sich erhoben — aber sie rief nicht Bravo. Das war im Jahre 1899. Wie haben sich doch seitdem die Zeiten geändert!

Berlin im neuen preussischen Etat für 1907.

In dem neuen preussischen Staatshaushalts-Etat ist Berlin nur wenig im allgemeinen berücksichtigt worden, namentlich was Neuforderungen anbetrifft.

Die hauptsächlichsten Forderungen sind die folgenden:

a) Etat für das Finanzministerium:

1. 18 254 M. zu baulichen Zustandhaltungen im Opernhaus;
2. 2 154 854 M. zum Erwerb der Grundstücke Luisenstraße 4 und 6—12 für Erweiterungsbauten der Chortür;
3. drei Millionen Mark zum Erwerb des Palais der verstorbenen Prinzessin Friederike Sturl (Leipzigerstr. 10) durch den Fiskus, um Uebergang in Privatbesitz zu verhindern.

b) Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung:

44 000 M. zum Erweiterungsbau des Ministerialdienstgebäudes Leipzigerplatz 11. (Seitenflügel und Hintergebäude sollen um ein Stodwerk erhöht werden.)

c) Justizetat:

1. Neubau eines gerichtlichen Zeichenschauhauses in Charlottenburg, 1. Rate 110 000 M.
2. Umbau des Landgerichts in Potsdam, 1. Rate 150 000 M.
3. Vorräte für den Neubau eines Kammergerichtsgebäudes nebst Dienstwohnung für den Präsidenten 50 000 M. (Ein Neubau ist wegen Raumangel dringend erforderlich, ein Bauplan ist noch nicht in Aussicht genommen.)
4. Für bauliche Erneuerungen in den Gefängnissen Plötzensee und Tegel 155 000 M.

d) Etat für das Ministerium des Innern:

Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Charlottenburg, 2. Rate 500 000 M.

e) Kultusetat:

Einnahmeforderungen für die Berliner Universität 1 028 240 M., darunter 60 000 M. für Einrichtung einer Aula und Hörsälen in der Königl. Bibliothek, 1. Rate 139 340 M. zur Erweiterung des anatomischen Instituts usw. 7 000 M. für Beseitigung baulicher Mängel in der Elisabethschule.

f) Eisenbahnetat:

Neuforderungen (1. Rate): 1. 1 000 000 M. zur Erweiterung der Wagenreparaturstätte Grunewald; 2. 500 000 M. zur Erweiterung des Rangierbahnhofs Tempelhof; 3. 500 000 M. zur Herstellung eines Güterschuppens auf dem Anhalter Güterbahnhof. Im übrigen sind nur Leiharbeiten aus früheren Etats gefordert.

In der politischen Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums sollen einige Veränderungen vorgenommen werden. Es ist eine Vergrößerung dieser Abteilung geplant, die neuangelegte Beamtenstellen soll aber nicht im Präsidiumsgebäude am Alexanderplatz, sondern in Nebengebäuden in der Rasthoferstraße untergebracht werden. Auch die Spenden der neuen Abteilung werden zum Teil anders sein, als sie der politischen Polizei bisher abgefordert haben. Als Leiter der neuen Abteilung ist der bisher in Düsseldorf amtierende Bezirkspolizeikommissar Koch berufen worden, der damit auch den Posten des Kriminalkommissars Schöne einnehmen wird.

Veranstaltet hat Herr Schöne in der Bekleidung des Kaufmanns Brodhufen eine Tätigkeit entwickelt, die ihm im Reichstage den Vorwurf der Fälschung und anderer schwerer Anklagen eintrug. Ob das allein der Grund ist, daß die Stelle des Herrn Schöne anderweitig besetzt wurde, erzieht sich im Augenblick unserer Kenntnis.

Bestellung und Reklamation dagegen.

Die Erstkommisionen des Ausschusses für die Stadtverwaltung Berlin haben folgende Bekanntmachung erlassen:

Alle diejenigen jungen Männer, welche in einem der zum Deutschen Reich gehörigen Staaten heimatsberechtigt sind

1. in dem Zeitraum vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1887 geboren sind;
2. dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht bei einer Erfahrungsbehörde zur Musterung gestellt;
3. sich zwar gestellt, aber ihr Militärverhältnis aber noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben

und gegenwärtig innerhalb des Reichsgebietes hiesiger Residenz sich aufhalten, werden, soweit sie nicht von der persönlichen Bestellung in diesem Jahre entbunden sind, hierdurch auf Grund des § 25 der Deutschen Wehrordnung angewiesen:

sich bezugs ihrer Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. J. bei dem königlichen Polizeikommissar ihres Reichs persönlich zu melden und ihre Geburts- oder Lösungsbescheinigung und die etwaigen sonstigen Urteile, welche bereits ergangene Entscheidungen über ihr Militärverhältnis enthalten, mit zur Stelle zu bringen.

Die Geburtszeugnisse werden von den Standesämtern ausgestellt. Für diejenigen hiesigen Militärpflichtigen, welche zurzeit abwesend sind (auf der Reise begriffene Dandlungsgehilfen, auf See befindliche Seeleute usw.), haben die Eltern, Vormünder, Lehrer, Väter und Fabrikherren die Anmeldung in der vorbestimmten Art zu bewirken. Wer die vorgeschriebene Anmeldung versäumt, wird nach § 33 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Reklamationen (Anträge auf Zurückstellung bezw. Befreiung von der Aushebung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse — § 32 a bis g der Deutschen Wehrordnung —) sind bezüglich aller Militärpflichtigen, auch der Einjährig-Freiwilligen, vor dem Musterungstermin, spätestens aber im Musterungstermin anzubringen; nach der Musterung angebrachte Reklamationen werden nur dann berücksichtigt, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist.

Neue Störung der Unterleitung. Infolge eines Kabelbrandes der unterirdischen Leitung in der Dorotheenstraße entstand gestern vormittag in der Umgegend des Brandenburger Tores wieder eine längere Verkehrsstockung im Straßenbahnbetriebe. Die Wagen lagen in der Dorotheenstraße, am Reichstagsufer, in der Königsgräberstraße und auf einem Teil der Charlottenburger Chaussee fest. Es dauerte fast eine halbe Stunde, bevor das Kabel an der Ecke der Dorotheen- und Sommerstraße repariert war und der Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Wegen des Ausspieens an öffentlichen Orten ist in den letzten Jahren von Behörden und auch zum Teil von Privaten manchen gesehen im Interesse der Volksgesundheit, aber es bleibt immerhin noch viel zu tun übrig. Eine Leserin unseres Blattes macht auf einen Umstand aufmerksam, der sicher Beachtung verdient, indem sie schreibt:

„Heute morgen fuhr ich mit einem Wagen der Omnibus-Linie Frankfurter Allee—Groß Götterstraße. Ein Herr, der ebenfalls im Wagen saß, benutzte wiederholt den Fußboden als Spucknapf; wie ungesund und ekelhaft das ist, bedarf wohl keines weiteren Wortes. Es ist mir dies nicht etwa das erste Mal, sondern schon mehrfach passiert und habe ich auch schon in meinem Bekanntenkreise verschiedentlich darüber Klagen hören. Ein Schild „Ausspieen verboten“ fehlt im Wagen, worauf hin man den Verletzenden hätte aufmerksam machen können. Es erscheint außerordentlich wichtig, daß auch in den Wagen der Omnibus-Linien die üblichen Plakate „Ausspieen verboten“ stets hängen.“

Vielleicht beachtet die Omnibusgesellschaft diese Anregung.

Ueber schlechte Entlohnung der Adressenschreiber im Wahlbureau der Freisinnigen Volkspartei für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis, Charlottenstraße 11, werden uns folgende Mitteilungen gemacht: Das Adressenschreiben der Wahlkreise ist an einen Herrn Hennig, einen früheren Inhaber eines Adressenbureau, in Entlohnung vergeben. Für das Tausend Adressen wurden anfänglich 225 M. bezahlt, jetzt 240 M. Aber auch mit diesem Preis können die mit dieser Arbeit Beschäftigten keinen auch nur annähernd anständigen Verdienst erzielen. Uns wird berichtet, daß die Leute je nach ihrer Gewandtheit täglich 700 bis 1200 Adressen schreiben, also einen täglichen Verdienst von 1,80 bis 3,60 M. erzielen. Jetzt werde aber noch inforsern eine Mehrarbeit verlangt, als in die linke Ecke der Wahlkreise die Wahlnummer aufgeschrieben werden müsse und sich somit das tägliche Pensum verringere. Vielleicht genügt dieser Hinweis, das Wahlkomitee der Volkspartei im 2. Wahlkreise zu veranlassen, sich um die Bezahlung der für ihre Partei tätigen Personen etwas zu kümmern.

Automobilunfälle. Ein heftiger Zusammenstoß eines Privatautomobils mit einem Rollwagen fand gestern in der Berlinerstraße in Charlottenburg statt. Bei dem von Westen kommenden Kraftwagen verlor die Frau des Besizers die Steuerung, und so sauste das Gefährt in voller Geschwindigkeit gegen einen entgegenkommenden Rollwagen. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Automobil vollständig zertrümmert wurde. Der Chauffeur erlitt nicht unerhebliche Verletzungen am Kopf. — Von einem übermäßig schnell fahrenden Automobil wurde vorgestern nachmittags an der Potsdamer Brücke die Frau des Privatbeamten Berger zu Boden gerissen, als sie im Begriff war, den Fahrdamm zu überschreiten. Frau B. hatte bereits den Fahrdamm betreten und wollte, dem Kraftwagen ausweichend, wieder nach dem Bürgersteig zurückgehen, als sie von dem Schmutzfänger des Automobils erfasst und niedergedrückt wurde. Frau B., die anscheinend nur leichtere Verletzungen erlitten hatte, wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht. Die Augenzeugen des Unfalls versuchten den Chauffeur zu lynchen, was nur durch das rechtzeitige Eingreifen von Schutzleuten verhindert werden konnte. — Von einem Automobil überfahren wurde in der Schornsteingasse in Reinickendorf der neunzehnjährige Schüler Garmigle. Er lag beim Spielen blindlings gegen die Räder eines entgegenkommenden Privatautomobils und fiel so unglücklich zu Boden, daß ihm das rechte Hinterbein des Kraftwagens über beide Beine hinwegging. Der verletzte Knabe wurde nach dem Paul-Gerhardt-Spital übergeführt.

Von einem durchgehenden Gespann überfahren wurde gestern die 64 Jahre alte Witwe Emilie Thiel aus der Königsbergerstr. 1. Am Andreasplatz waren die Pferde eines Geschäftswagens durchgegangen und trotzdem die Dremsie angezogen war, jagten die Tiere in peitschtem Galopp mit dem Führer davon. Frau T., die in diesem Augenblick den Fahrdamm überschritt, konnte sich nicht mehr retten; sie wurde umgerissen und überfahren. Schwerverletzt brodenen Passanten die Beirungslücke nach der Unfallstation am Grünen Weg.

Auf seiner Arbeitsstätte in der Holzmarktstraße 9 erhängte sich der 17-jährige Lehrling Richard D. Aus Neugierigkeiten, die der Bauernwörter vor seinem Tode Arbeitskollegen gegenüber getan, geht hervor, daß er aus Furcht vor der Stiefmutter Selbstmord verübte hat.

Mit Leuchtgas vergiftet. Unter eigenartigen Begleitumständen hat gestern die 57 Jahre alte Robbin Helene H., Potsdamerstr. 81, Selbstmord verübt. Seit etwa sechs Jahren hatte die H. ein Liebesverhältnis mit einem Herrn unterhalten. Vor einigen Tagen war es jedoch zum Bruch gekommen. Die Equipage, die fast täglich den Geliebten brachte, fuhr jetzt nicht mehr vor. Die H. nahm sich die Lösung des Verhältnisses sehr zu Herzen. Sie zeigte in den vergangenen Tagen ein recht gedrücktes Wesen. Gestern Kopfte der Briefträger vergeblich an ihrer Wohnungstür. Da sich ein starker Gasgeruch bemerkbar machte, wurde die Tür gewaltsam geöffnet. Im Schlafzimmer fand man den die H. erstikt auf. Sie hatte das Bett in die Mitte des Zimmers gerückt, die Krone vom Gasleuchter herabgenommen und am Hals einen Schlauch befestigt. Die Luftschleife führte dann die Röhre des Gasleuchters in den Mund und atmete die giftigen Gase ein. Die Wohnung war vollständig mit Gas angefüllt. Bei Entdeckung der Tat war die Lebensmilde bereits zur Leiche erstarrt.

Von einem verhängnisvollen Geschehnis scheint der 51-jährige Arbeiter Karl A. betroffen zu werden. A., der in der Pringel-Allee 46 wohnt, brach sich vor einiger Zeit bei einem Betriebsunfall beide Oberschenkel. Gestern wurden dem Bedauernswerten auch noch die Unterschenkel gebrochen. Während der Arbeit in einer Fabrik an der Rastower Grenze stürzte ihm eine 2 Rentner schwere Schiene so unglücklich auf die Beine, daß beide Unterschenkel gebrochen wurden.

Am die Raution betrogen. Ein ehemaliger Mühlengutsbesitzer August Timm ist gestern in Berlin verhaftet worden. Er hatte

angezeigt, daß er bürgerlichfähigen Leuten eine angenehme Lebensstellung verschaffen könne, da er eine landwirtschaftliche Schule und ein Kommissionsbureau zu betreiben beabsichtige. Die Bewerber leisteten Bürgschaften bis zu 2000 M., um die sie von Timm betrogen wurden.

Aus dem Irrenhaus entsprungen. Zum fünften Male ist der 26 Jahre alte Berliner Einbrecher Franz Kirsch zusammen mit einem Freunde aus dem Irrenhaus entsprungen. Von seinen Streichen sei folgendes erzählt: Am 15. September 1904 brach er in der Christburgerstraße 31 ein. Eine entschlossene Frau, die Kaufmannsfrau Stein wollte ihn fassen, der Einbrecher scheuchte sie aber zurück, indem er ihr den Revolver auf die Stirn setzte. Einen Knirsch, der ihn in der Greifswalderstraße festhalten wollte, als er auf der Flucht über einen Zaun kletterte, trieb er mit einem Revolveraufschlag zurück. Im Friedlichshain schoß er noch auf einen Wäler. Die Uebermacht überwältigte ihn endlich doch. Der Einbrecher wurde gefesselt und sollte bald darauf von zwei Irrenwärtern mit einer Droschke wieder nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht werden. Seine Spiessgesellen, die das vorausgesehen hatten, lagen jedoch in der Nähe der Anstalt auf der Lauer. Plötzlich begegnete der Droschke auf Fahrtraden zwei Männer und eine Frau, die ein viertes Fahrrad mit sich führte. Unmittelbar vor dem Wagen sprangen alle drei ab. Während das Weib dem Pferde in die Bügel fiel, rissen die Burchen die Wagenklappe auf, warfen dem Droschkenkutscher und den Irrenwärtern Pfefferkorn in die Augen und entfesselten den Gefangenen, der mit ihnen auf und davonfuhr, bevor die Ueberfallenen wieder zur Bestimmung kamen. Im vergangenen Jahre wurde Kirsch einmal für den Raubmörder Hennig gehalten, während er als Kellner Franz Fiehn in der Kobalistrasse wohnte. In Jülicher und Ländchen wurde er in der Wohnung von Verwandten in der Lüderichstraße ergriffen und jetzt von Kriminalbeamten und Gendarmen wieder nach der Irrenanstalt gebracht. Am 8. September aber entkam er von neuem, indem er die Eisenschiebe vor dem Fenster seines Zimmers durchschleifte.

Hierauf ging er in die Provinz und verübte Einbrüche in Düsseldorf, Hannover und anderen Städten, bis er in Wiesbaden, wo er ebenfalls auf einen Beamten schoß, ergriffen wurde. Nach Herzberge zurückgebracht, verhielt er sich wie immer sehr ruhig. Sein Geisteszustand besserte sich und man erwoog schon, ob es nicht möglich sei, ihn den Rest seiner rechtskräftig verhängten Gefängnisstrafen verbüßen zu lassen. Angehörige bemühten sich um Unterredungen mit ihm, wurden aber stets abgewiesen. Trotzdem muß es gelungen sein, von außen eine Verbindung mit ihm herzustellen und ihm eine Feile zuzustellen. Mit dieser beistigte er wieder die Eisenschiebe vor dem Fenster des festen Hauses Nummer 8 und entkam zusammen mit seinem Freunde Bender. Die beiden Verbrecher werden sich voraussichtlich wieder in die Provinz begeben haben.

Eine Benzin-Explosion, bei der zwei Personen schwer verbrannt wurden, hat sich gestern nachmittags in der Tanzergasse, 68 ereignet. Dort befindet sich in dem Parterregehöf die Werkstätte der Firma Bennewitz u. Co. In einem der Räume stand ein Benzin-Ballon, der noch ein größeres Quantum der gefährlichen Flüssigkeit enthielt. In der Nähe des Ballons brannte eine Lampe. Als nun die Tür heftig zugeschlagen wurde, schoß aus der Lampe eine große Flamme heraus, traf den Benzinbehälter und im nächsten Augenblick erfolgte unter lauter Detonation eine Explosion. In dem Raume waren der 23-jährige Schmiech Philipp Frührot, Colbitstr. 4 und der 19-jährige Schlosser Otto Lehmer, Ramlersstr. 92, anwesend. Die beiden wurden bei der Explosion stark in Mitleidenschaft gezogen. Es war am schlimmsten davongenommen und er mußte nach Anlegung von Rotbändern in das Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. Das zum Ausbruch gekommene Feuer konnte durch die Feuerwehr bald gelöscht werden.

Unter der Vertrauensbrücke seßgefahren hatte sich gestern eine große Stromaufstehende Zille. Der leere, hochbordige Kahn lag so fest unter dem Brückenjoch, daß alles Bemühen: Öffnen der Schleuse, wodurch das Wasser der Spree um fünf Zentimeter fiel, der Borspann eines Schleppdampfers u. nichts fruchtete. Dem Schiffer, der die Ratschläge der Berliner, die helfen wollten, nicht beachtete, blieb schließlich weiter nichts übrig, als zwei Löcher in den großen Kahn zu bohren. Nach etwa zweistündigem Aufenthalt war dann soviel Wasser in den Kahn gedrungen, daß er zu sinken begann und die Oberkante des Fahrzeuges vom Brückenjoch frei wurde. Mit Hilfe des Schleppers kam er dann weiter, die Löcher wurden gedichtet und dann das Wasser wieder ausgepumpt.

Wer ist die Toit? In der Nacht zum 8. d. M. wurde im kleinen Tiergarten eine unbekannt, circa 45 Jahre alte, anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Frauenperson, welche sich Anna Schröder nannte, hinfällig aufgefunden. Derselbe ist später verstorben und die Leiche nach dem Leichenhause geschafft. — Die Verstorbene war circa 1,60 Meter groß, unterseht und hatte dunkelblondes Haar. — Bekleidet war sie mit schwarzer Wulst, schwarzem Oberrock, rotem Unterrock, schwarzem Jackett, schwarzem Kopftuch, weißem Hemd, grauen Strümpfen und braunen Schuhen. — Die Photographie der Leiche ist im Polizeipräsidium ausgehängt. — Mitteilung über die Persönlichkeit nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier zu 296 IV. 48. 07 entgegen.

Im Berliner Aquarium zieht beim Durchwandern der mit wertvollen Fischen und Giftschlangen besetzten Schlängengalerie insbesondere eines der mittleren Glashauser auf der linken Seite die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich; nicht nur, daß es eine bunte Gesellschaft kleiner und mittelgroßer Giftschlangen mehrerer artstümlicher Gattungen beherbergt, es fällt unter ihr ganz besonders ein durch außerordentlich frische Farben ausgezeichnetes Exemplar auf, namentlich hebt sich das auf dem Rückgrat der Otter hinlaufende, aus länglichen Kantenfäden bestehende Zickzackband durch sein Tiefschwarz, wie man es bei keinem anderen Stüd findet, von dem gelblichen Grundton in schärfster Weise ab. Bei näherem Hinsehen gibt sich die kräftig gebaute, durch die Zeichnungsform an unsere Kreuzotter erinnernde Viper als eine durch homartigen weichen Korpensauffbau charakterisierte südeuropäische Sanbotta zu erkennen. Die aus Süd- und Nordeuropa eingelaufenen Sendungen von Meerestieren brachten mancherlei Neues. Unter den Krustentieren verdient eine Vertreterin der mit großer Scheren am ersten Brustbeinpaar und mit kleinen dünnen, nach vorn geschlagenen hintersten Brustbeinen versehenen Calappa-Reihe, die sich durch prächtig roten, an der Kopfseite mit blauen Querlinien gezeichneten Gangter hervortut, vor allem Beachtung.

Der Zoologische Garten ist jetzt in den Besitz einer indischen Schopfmöwe gelangt, die einen Stadtfisch neben den Beutelmöwen auf der Eingangsseite des neuen Vogelhauses bewohnt. Diese reizende Möwe, die in der Art ihrer Färbung entfernt an die Nohlmöwe erinnert, ist durch einen glänzenden schwarzen Schopf und weißliche Nerven auf den Flügeln gekennzeichnet, und, wie alle verwandten Arten, ein äußerst beweglicher, kräftiger Vogel. Diese Art ist bisher lebend noch nicht eingeführt worden, wie es ja überhaupt sehr schwer fällt, ausländische Vögelarten, etwa die Lufur- und japanische Duntmöwe ausgenommen, im Tierhandel zu erlangen.

Feuerwehbericht. In der vorletzten Nacht kam in der Albrechtsstraße 12 an der Ecke des Schiffbauerdammes ein großes Feuer zum Ausbruch. Die Flammen wurden erst bemerkt, als sie hell aufleuchtend aus dem Dach zum Himmel emporstiegen und Helsen röteten. Weithin war der Brand sichtbar und wurde deshalb die Feuerweh von 6 Feuerwehern aus alarmiert. Als diese in großer Stärke an der Brandstelle ankam, stand bereits der Dachstuhl in einem Drittel der Ausdehnung in Flammen. Ueber zwei große mechanische Leisten und über die Treppen ließ der Branddirektor Reichel vier Schlauchleitungen vornehmen und kräftig Wasser geben. Dadurch gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Das weithin sichtbare Feuer, das als der Turmaufbau an der Ecke von den Flammen ergriffen wurde, einen großartigen Anblick gewährte, hatte eine große Menschenmenge herbeigelockt, die von der Ecke

aus den Löscharbeiten der Feuerwehr bis lange nach Mitternacht auf. Der Schaden ist bedeutend, die Entstehung unbekannt. — Viermal wurde gegen die Feuerwehr in Anspruch genommen, um Kranen mit Sauerstoff zu helfen. In zwei Fällen waren diese Hilfeleistungen von Erfolg gekrönt und in zwei Fällen ohne Erfolg. In einem Falle mußte der Kranke nach dem Krankenhause am Friedrichshagen gebracht werden, wo er gleich nach der Einlieferung verstarb. Kellerböden beschäftigten die Feuerwehr u. a. in der Straße am Karlobad 33 und Küchenböden in der Grimmstraße 24 u. a. Stellen gelöscht werden. Ferner hatte die Wehr in der Holzgasse 24, Reibstr. 10, Gubstr. 24, Ninkenstr. 20, Großen Frankfurterstr. 94, Schlemmerstr. 28, Hirschenstr. 58 mit Wohnungsbränden usw. zu tun. In der Blücherstr. 12 brannte heute vormittag eine Tischlereiwerkstatt, wobei auch das Haus beschädigt wurde.

Das Berliner Prater-Theater wird am heutigen Freitag „Wilhelm Tell“ zur Eröffnung bringen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung konstituierte in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre am Mittwoch ihren Vorstand. Gewählt wurden dieselben Herren, die das Amt bereits im vorigen Jahre bekleidet hatten: als Vorsteher Rosenbergs (unpol.), als Vorsteher-Stellvertreter Kaufmann (lib.), als Beisitzer Heise (lib.), Münch (lib.), Stein (unpol.), Dr. Warhardt (Soz.).

Die dann zur Beratung kommenden Vorlagen gaben zu einer Diskussion nicht Veranlassung. Die Mitteilung des Magistrats, daß er von der Einrichtung einer besonderen Verkehrdeputation absieht, welche die Tiefbauplanung eines Verkehrsnetzes von fünf Mitgliedern aus ihrer Mitte gewählt habe, wurde zur Kenntnis genommen. Stadtv. Traune (lib.) beantragte, den Magistrat um Verstärkung dieses Ausschusses um einen Stadtverordneten zu ersuchen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Zu erwähnen ist noch eine Vorlage, die zur Verabfolgung von Frühkindern an bedürftige Kinder der Gemeinde- und Pflanzschulen bewilligte Summe von 6000 M. um 1000 M. zu erhöhen. Verabschiedet wurden bei der Verteilung 700 Kinder, während 195 ebenfalls bedürftige Kinder bisher nicht berücksichtigt werden konnten. Die Vorlage wurde debattiert angenommen.

Besonderes Interesse erregte die zu Beginn der Sitzung vorgenommene Wahl des Vorstehers. Die Stärke der Fraktionen ist folgende: Liberale 34, Unpolitische 17, Sozialdemokraten 13, Charlottenburger 8. Die Liberalen verlangten daher die Stelle des Vorstehers mit einem der übrigen zu besetzen und präsentierten den bisherigen Vorsteher-Stellvertreter, Herrn Kaufmann. Die Mitglieder der anderen Fraktionen waren dagegen der Meinung, daß kein Anlaß vorliege, Herrn Kaufmann nicht wiederzuwählen, der es stets verstanden hat, die Würde der Versammlung auch dem Magistrat gegenüber zu wahren, was von Herrn Kaufmann nicht in gleicher Weise erwartet werden könne.

Bei der Wahl waren 64 Stadtverordnete zugegen, darunter 32 Liberale. Es wurden 32 Stimmzettel für Kaufmann und 32 für Rosenbergs abgegeben. Inzwischen hatten sich noch 8 Stadtverordnete eingestellt, so daß bei der notwendig gewordenen Stichwahl 67 Stadtverordnete zugegen waren; es fehlte nur 1 Mitglied der Unpolitischen wegen Krankheit und 4 Mitglieder der Sozialdemokratie, die zum Teil durch Krankheit, zum Teil durch die Wahltagitation am Erscheinen verhindert waren. Die 34 Liberalen, welche vollständig anwesend waren, verfügten also über die absolute Majorität und hielten daher ihren Sieg für ganz sicher. Als das Resultat der Auszählung der Stimmzettel 34 Stimmen für Rosenbergs und nur 33 Stimmen für Kaufmann ergab, hielten sie das für vollständig unmöglich und verlangten scharf eine nochmalige Zählung. Zwar konnte darin eine Mißtrauensumgebung gegen den ehrwürdigen Alterspräsidenten, den Stadtverordneten Wartenitz, welcher die Zettel verlesen und die Auszählung geleitet hatte, erblickt werden. Derselbe kam jedoch den mehrfach in lauter und dringender Weise geäußerten Wünschen nach Wiederholung der Auszählung nach. Das Ergebnis blieb aber dasselbe, Rosenbergs war als Vorsteher gewählt. Demnach muß auch ein Liberale für ihn gegen seinen Fraktionskollegen Kaufmann gestimmt haben.

Unter den im ersten Augenblick ganz verblüfften Liberalen erhob sich alsbald große Entrüstung. „Es ist ein Skandal, daß wir einen solchen Beschlussumgebung unter uns haben“, äußerte laut einer der Herren, und auch andere sprachen entsetzt von der „Beschlussumgebung“, die sich unter ihnen gezeigt habe. Gleich nach Schluß der Sitzung, der bereits um 1/3 Uhr erfolgte, fand eine Fraktionsbesprechung der Liberalen statt, in welcher die geheime Stimmabgabe — echt liberal — einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden sollte. Ob es dort gelungen ist, das räudige Schaf, den „Beschlussumgebung“, zu ermitteln und zu bestrafen, haben wir nicht erfahren.

Ober-Schöneweide.

Gemeinderatsitzung. Eine ausgedehnte Debatte zeitigte der Antrag des Grundbesitzervereins, die Unterhaltung der Bürgersteige auf die Gemeinde zu übernehmen.

Vom Gemeindevorsteher lag der Übertragung eine eingehende Darlegung der Materie gedruckt vor. Nach derselben ist die Rechtslage so, daß im Gegenteil zu einem Teil der Grundbesitzer, — für welche in drei Instanzen eine Unterhaltungsspflicht nicht besteht, — 285 andere laut grundbuchlicher Eintragung hierzu verpflichtet sind.

Infolge Genossen und einige bürgerliche Vertreter beantragten in Anbetracht der Wichtigkeit Kommissionsberatung. Beschlossen wurde, ab 1. April 1907 Umbau, Ausbesserung und Reinigung der Bürgersteige auf die Gemeinde zu übernehmen.

Für die am 1. April zu errichtende fünfklassige katholische Schule soll von der Schaffung einer Rektorstelle abgesehen werden. Dem Leiter derselben sollen 300 Mark Funktionszulage gewährt werden.

Für die Kanalisationsanlage der neuen Schule soll eine neue Subvention ausgeschrieben werden, da bei der erstmaligen die Firma Grove einer anderen Firma gegenüber Abmachungen versucht hat, die von der Vertretung nicht aufgegeben wurden.

Auf Antrag unserer Genossen wurde eine Kommission gewählt, welche die Gehälter der Unterbeamten und Arbeiter einer Revision unterziehen soll.

Eine an dem Verlauf des neuangelegten Forstterrains beteiligte Terraingesellschaft will die auf sie fallende Umlagesteuer von 112 000 M. nur zur Hälfte zahlen. Es schweben diesbezüglich Verhandlungen vor dem Kreisaustrich.

In Sachen der Schulanleihe wurde beschlossen, zur Begleichung einer schwebenden Schuld 150 000 M. aufzunehmen, rückzahlbar bis 31. März d. J.

In der verwickelten Streitfrage, wem das Eigentumsrecht an dem Gleiskörper in den Straßen der Gemeinde — welcher vormals von der Grundrentengesellschaft geschaffen wurde — zuzuführen, sollen erneut Maßnahmen zur endlichen Klärung der Sache getroffen werden.

An Stelle des ausgeschiedenen Vertreters der ersten Klasse Weber ist der Direktor der Straßenbahn Benz gewählt worden.

Lichtenberg.

Am Sonnabend, den 12. Januar, findet in den Praxissälen des Orients, Frankfurter Chaussee 151/152, das Stiftungsfest des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse von Lichtenberg statt. Alle Freunde des Vereins und die Genossen werden erjucht, dieser Veranstaltung zu werden und für zahlreiche Verteilung zu agitieren.

Röpenitz.

Kaubausfall mit Hilfe des Fernsprechers. Durch ein schlaues Wunders haben gestern zwei Räuber ihr Opfer in die Falle ge-

lockt. Bei dem Pferdehändler Erdmann 55 in der Kiekerstraße wurde aus Gosen, einem Landhändler bei Eickner telefonisch angern, er solle doch so bald als möglich nach Gosen kommen, da dort soeben ein großer Pferdebestand eingetroffen sei. Die Gelegenheit sei äußerst günstig, gute und billige Pferde zu kaufen. H. steckte sich eine große Geldsumme ein und fuhr auf seinem Zweirad nach Gosen. Als er kurz vor der Stadt die Spreckbrücke passieren wollte, stürzte plötzlich aus dem Hinterhalt ein unbekannter Mann hervor und schlug ihn vom Rade herunter. Kurz darauf erschien auch noch ein zweiter Wegelagerer und fiel gleichfalls über den Händler her. Nach langem Ringen gelang es jedoch H., die beiden Räuber von sich abzuschnüßeln und auf seinem Rade zu entkommen. Als er sich in Gosen nach dem Pferde-Transport erkundigen wollte, wurde ihm erst zur Gewißheit, daß die Nachricht von den Räubern herrührte. Die beiden hatten zu dem Zwecke bei H. angerufen, um ihn zur Mitnahme einer großen Geldsumme zu veranlassen und ihn dann zu berauben. Die Täter, vermutlich zwei ehemalige Pferdebesitzer, konnten noch nicht ermittelt werden.

Pantow.

Die in der letzten Gemeindevorstandssitzung vollzogene Wahl des Brauereibesetzers Pradel zum unbesoldeten Vorsitzenden ist von der Regierung umgehend bestätigt worden. Der Vertrag über den Verkauf von Gutsgelände an die Berliner Stadthöhe zur Anlage einer Zufahrtsstraße zum Zentralfriedhof bei Mühlentempel wird angenommen. Für das Krankenhaus wird die Anstellung eines Bureaubeamten beschlossen, derselbe wird gegen Kündigung mit einem Gehalt von 2100 M. angestellt. Die Wasserwerkkommission beantragt die Nachbewilligung von 33 000 M. für den Bedarf an Kohlen und elektrischer Kraft. In den Etat sind hierfür 31 000 M. eingestellt, welche bereits im November verpulvert waren, da der Wasserpiegel auf 18 Meter gefallen ist und 10 Meter gehoben werden muß, entstehen erhebliche Mehrkosten. Wenn auch die Verhältnisse beschönigt wurden, so sieht man, daß das Wasserwerk mit Unterbilanz arbeitet, statt Ueberschüsse abzuwerfen. Bekanntlich war der Wasserzins seinerzeit auf 15 Pf. für den Kubikmeter herabgesetzt worden, welcher im Oktober vorigen Jahres wieder auf 20 Pf., unter Fortfall der bis dahin erhobenen Grundgebühr erhöht wurde. Wie jetzt festgestellt ist, kostet der Gemeinde der Kubikmeter 28 Pf., während nur 20 Pf. erhoben werden. Ein Antrag der Gemeindevorstandung, den Wasserzins zu erhöhen oder die Grundgebühr wieder zu erhöhen, wurde durch die Hausbesitzermajorität in der Kommission abgelehnt, wird aber bei der bevorstehenden Staatsberatung wieder gestellt werden. — In wie unverantwortlicher Weise die früheren Dezerenten gewirtschaftet haben, ist jetzt wieder festgestellt worden. Die Baugesellschaft am Amtsgericht hat das Geld zur Kanalisierung ihres Terrains hergegeben und die Gemeinde führte vor fünf bis sechs Jahren unter Leitung des Dezerenten Görlich, eines früheren Gemüsegärtners, die Arbeiten aus. Der Hauptentwässerungskanal ist von so geringer Weite, daß umgehend ein neues Kanalrohr gelegt werden muß. Der Schilbbückergraben kostet der Gemeinde nicht weniger als 90 000 M. Würde irgend ein Beamter oder Unternehmer im Dienste der Gemeinde so wirtschaften, so würde er mit Recht zum Teufel gejagt werden. Diese erstklassigen Vertreter und Dezerenten aber sitzen noch wie vor im hohen Rat, ohne sich die geringsten Gewissensbisse zu machen.

Gerichts-Zeitung.

Fälschung zwecks Besserung der Posteinrichtungen.

Aus dem Untersuchungsgefängnis wurde gestern der 33jährige Postassistent Karl Rabaja vorgeführt, um sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde, Betruges gegen den Postdienst, Urkundenvernichtung und Unterdrückung zu verantworten. Der in Ornantowitz geborene Angeklagte hat eine sehr schnelle Karriere gemacht. Er ist der Sohn eines Bergarbeiters und hat die Dorfschule in Polzowina besucht. Nachdem er ebenfalls in dem Schwindelwägen Bergwerk gearbeitet hatte, wurde er Soldat. Er kapitulirte und bracht es bis zum Regiment. Im Jahre 1904 trat er bei der Postbehörde ein und wurde ein Jahr später als Postassistent dem Postamt 36 auf dem Gorköher Bahnhof zugeteilt. Er hat eine „Schule für Postassistenten“ herausgegeben, dem Staatssekretär Kräfte Pläne zur Verbesserung der postalischen Einrichtungen, dem Kriegsminister solche zur Neuorganisation des Unteroffiziersstandes unterbreitet. Bei verschiedenen Anlässen suchte er als „Patriot“ aufzufallen. Im Sommer v. J. befand sich R. in Geldverlegenheit, da er einer Schwester ein Darlehen von 700 M., welches ihm diese zur Herausgabe eines Buches gegeben hatte, wiedergeben sollte. Ende Juli sah er den Plan, sich durch eine Fälschung Geld zu verschaffen. Diesen Plan leitete er in äußerst raffinierter Weise ein. Er mietete sich unter dem Namen „Ained“ bei einem Arbeiter in Spandau eine Wohnung. Um die spätere Uebernahme der Postanstalten vorzubereiten, fälschte der Angeklagte einen Poststempel, um einer Postkarte den Anschein zu geben, als käme sie aus dem Orte Verent. Einige Tage später stellte er auf dem Postamt eine Postanweisung über den Betrag von 125,50 M. aus und fälschte ebenfalls den Postaufgabestempel auf den Ortsnamen Verent. Diese Postanweisung, die er an Ained in Spandau adressierte, mischte er unter die übrigen Postwertpapiere, in der Hoffnung, das Geld würde an ihn in Spandau ausgehändigt werden. Der Betrag wurde jedoch von dem Postassistenten Brämmer sofort entdeckt. Dieser telegraphierte an die Postanstalt in Verent und verlangte nähere Auskunft. Der Angeklagte unterließ nun feingerechtes die Antwort aus Verent und legte ein fingiertes Telegramm an dessen Stelle. Obwohl der Angeklagte früher ein offenes Verständnis abgelegt hatte, trat er vor Gericht mit der dreifachen Behauptung hervor, er habe durch die Fälschung beweisen wollen, wie leicht die Behörde zu täuschen sei und wie reformbedürftig die Organisationen seien. Da erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten bestanden, war der Redigialrat Dr. Hoffmann geladen, der dem Angeklagten jedoch nur als einen nervös überspannten Menschen bezeichnete. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurde R. nach mehrwöchiger Verhandlung wegen Urkundenfälschung und Betruges zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt.

Kaution und Mantelgebet.

Abermals beschäftigt die Frage, wann für ein Ranko aufgenommen ist, am Mittwoch die zweite Kammer des Kaufmannsgerichtes. Die Verkäuferin Frau Anna Sch. klagt gegen den Kolonialwarenhändler Friedrich Kern auf Rückzahlung der geleisteten Kaution in Höhe von 400 M. Der Beklagte verweigert die Herauszahlung des Geldes, weil nach seiner Behauptung bei Austritt der Klägerin aus der von ihr geleiteten Filiale ein Warenmanko von 1000 M. vorhanden war. Die Klägerin trat einen umfangreichen Beweis dafür an, daß sowohl die Anfangsumlage als die Schlussinventur sehr unordentlich aufgenommen wurde. Es gelang ihr, durch Zeugen zu beweisen, daß ganze Kästen und Fässer mit Ware nicht mitgenommen wurden. Auch ergaben einige seitens der Beklagten vorgenommene Stichproben grobe Rechenfehler in der Berechnung der letzten Inventur. Sodann wurde vier Wochen vor Austritt der Klägerin ein nächtlicher Einbruch im Geschäft verübt, wobei nur festgestellt wurde, daß an barem Gelde nichts fehlte. Der Chef unterließ es, eine sofortige Aufnahme des Warenlagers vornehmen zu lassen, um etwaige Rankos am Warenlager zu ermitteln. Der Beklagte vertritt die Ansicht, daß er auf alle Fälle berechtigt ist, sich für jedes Ranko- oder Waren-Manko gleichwohl dadurch daselbst entstanden ist, an der Kaution der Klägerin schadlos zu halten.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Herauszahlung der hinterlegten Kaution von 400 M. Bei der Ungenauigkeit der aufgenommenen Inventuren sei es nicht erwiesen, ob wirklich ein Ranko von 1000 M. vorhanden war. Selbst wenn

man aber das Vorhandensein eines geringeren Rankos annehmen wollte, sei der Beklagte den Beweis dafür schuldig geblieben, daß das Defizit durch Verschulden der Klägerin entstanden ist, und nur ein solches gebe ihm das Recht, sich an der Kaution schadlos zu halten. Die Annahme des Gerichts, daß kein Verschulden der Klägerin vorliegt, wird besonders durch den verübten Einbruch gestützt. — Die grundsätzliche Auffassung des Kaufmannsgerichtes, daß nur bei Verschulden der Gehilfen für Ranko haften, ist durchaus zutreffend und von den höheren Gerichten im Gegenjahre zu einigen behauerlichen Entscheidungen des hiesigen Landgerichts wohl ausnahmslos oder fast ausnahmslos als den Grundsätzen von Treu und Glauben entsprechend anerkannt.

Vermischtes.

Engleitz. Auf der Schmalpurbahn Deutzen—Pielar entgleiste gestern nachmittag 1 Uhr auf der Strecke Rudi—Pielar ein aus 34 beladenen Güterwagen bestehender Zug. 18 Wagen sind mehr oder minder schwer beschädigt, Personen nicht verletzt. Die Ausräumungsarbeiten sind sofort in Angriff genommen.

Erdschütterungen werden aus Kristiania und Frederiksstad gemeldet. Es wird berichtet, daß gestern in Kristiania um 1 1/2 Uhr nachts ziemlich heftige Erdschütterungen bemerkt worden sind. In Frederiksstad beobachtete man eine schwächere Erschütterung um 12 1/2 Uhr und eine stärkere um 1 1/2 Uhr nachts.

Nach einer Meldung aus Göteborg sind auf der Strecke Kohnsjö-Mellerud gestern 1 1/2 Uhr nachts zwei starke Erdschütterungen bemerkt worden. Auch in Strömstad ist zu derselben Zeit ein starkes Erdbeben veripirt.

In Arvika (Vermland) wurde in der vergangenen Nacht um 1 Uhr 35 Minuten eine heftige Erdschütterung verspürt, durch welche die Einwohnerschaft aus dem Schlaf geweckt wurde und welche die Häuser erzittern machte. Auch aus der Umgegend wurden ähnliche Erdschütterungen mit unterirdischen Geräusch gemeldet.

Schneestürme und strenge Kälte richten, wie der „Zeff. Hg.“ gemeldet wird, in Montreal große Verluste unter dem Viehbestande der Alberta Ranchers an.

Ein grauenvoller Tod.

In Pittsburg plakte infolge einer Explosion in den Stahlwerken von John Langhlin ein Schmelzofen. Von 33 an dem Ofen arbeitenden Leuten sind drei getötet und sieben schwer verletzt worden. Ueber den Verbleib der übrigen Leute ist nichts bekannt; man befürchtet, daß sie in den ausfliehenden Massen des geschmolzenen Metalls verbrannt sind.

Ein schlagendes Wetter.

Im Kohlenbergwerk zu Gardanne wurden nach einer Meldung aus Marseille durch schlagendes Wetter elf Arbeiter schwer verletzt.

Verein für die Interessen der Hausangehörten. Unterhaltungsabend Sonntag, den 13. Januar, bei R. Risch, Steglitzerstr. 33. Anfang 6 Uhr. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Gosensieder“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Korff, Elisabethstr. 18, Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

H. I. B. Kant, Postl. 250. Erläuterungen hierzu 0,90. Es gibt außerdem eine Reihe neuerer Werte, von denen obiges das billigste ist.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel) Rindfleisch Ia 70—75 pr. 100 Pfd., Ia 64—69, IIIa 58—63, IVa 50—56. Kalbfleisch, Doppelländer 120—135, Ia 92—100, IIa 80—90, IIIa 65—78, IVa 56—62. Hammelfleisch Ia 67—75, IIa 62—65. Schweinefleisch 53—62. Nehwilt Ia per Pfd. 0,55—0,55, IIa 0,40—0,54. Rottwilt Ia 0,38—0,42, IIa 0,30—0,39, do. Küder 0,00. Dammilt 0,30—0,48, do. Räder 0,45—0,50. Wildschweine 0,25—0,40. Fischlinge 0,40—0,60. Hefen per Stück 2,50—2,80, do. klein und IIa 0,00. Rantungen per Stück 0,70—0,95. Wäbenten per Stück 1,20—1,40. Döhner, alle per Stück 1,50—3,10, do. IIa 1,30—1,40, do. junge per Stück 0,90—1,75. Lenden per Stück 0,50—0,75, junge keine 0,00. Kalkfleisch 0,00. Enten per Stück 1,60—2,25. Hamburger junge per Stück 0,00. Gänse, Oberbräuer, per Pfd. 0,53—0,59, do. Ia per Stück 0,00, IIa 0,00. Gänse per 100 Pfd. 64—82, groß 67. Janber, 82—122. Schafe, groß 60—75, unfortiert 0,00, mittel 82. Gänse 32—43, Helle, groß 119, mittel 94—97, klein u. mittel 0,00, unfort. 0,00. Wäbten 40—58. Karpen, 25—30er 0,00, da. 30—35er 0,00, do. unfort. 0,00, 50—60er 0,00, 80—100er 0,00. Barfe, matt 35—47. Karaschken 0,00. Weiße 12—20. Wels 0,00. Hunte Hühne 11—22. Unterländer Hühne Ia neuer per 100 Pfd. 119—120, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20—25. Sprotten, Steier, Wall 0,75—1,25. Danziger, Wall 0,80. Runder, pomerische Ia, per Schof 0,00, do. pomerische IIa 0,00, Rieder, Steige Ia 4—6, do. mittel der Riste 2—3. Hamb. Steige 4—5, halbe Riste 1,50—2. Schillinge, per Wall Steier 3,50—5,00, Stralunder 0,00. Hefe, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Öhringe per Schof 4—5. Schaffische Riste 3—4,00, do. 1/2 Riste 2,00. Rohbau, p. 100 Pfd. 20—25. Deilbutt 0,00. Sardellen, 190er per 100 Pfd. 190er 95, 190er 95, 190er 95. Schottische Hühner 1905 0,00, largo 40—44, full 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Deringe, neue Raites, per 1/2, To. 60—120. Sardinen, russ., Maß 1,50—1,20. Brätheringe, Hühne (4 Liter) 1,50—1,75. Remungen, Schafst 11, kleine 5—6, Riefen 14. Gummern, keine, per Pfd. 0,00. Rieble, per Schof, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unfort. 4,50. Bällger, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, per Schof 1,40—3,25. Butter per 100 Pfd. Ia 121—124, IIa 117—120, IIIa 114—117, abfallende 90—105. Saure Gurken Schof 3,50—4,00, Pfefferkörner 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10—2,25, Deberge 2,10—2,25, Riefen 0,00, weiße 1,75—2,00. Salzfartoffeln 5,00—6,00. Spinat per 100 Pfd. 10—15. Karotten per 100 Pfd. 10—12. Erkerle, Hühne, per Schof 4,00—5,00, do. pomerische 4,00—5,50. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,00—2,50, do. Hühne (Viel) 0,00. Charlotten 0,00. Petersille, grün, Schof 2,00. Kohlrabi per Schof 0,00. Rettig, bayr., per Schof 2,40—4,80. Radishesen per Schof 0,00. Salat, per Schof 0,00, do. Escarole, per Schof 0,00, do. Unbluten 0,00. Rohrreden per 100 Pfd. 3,00—4,00. Teltomer Röhren per 100 Pfd. 8—10. Weiße Röhren, groß 2—2,50, kleine 6—8. Rote Röhren 2—3. Blumenkohl hoch, per Kopf 0,00, ital. per Kopf 0,17—0,30. Kürbisingeln per Schof 3,00—6,00. Kartoffeln per Schof 3,00—3,00. Weizkohl 100 Pfd. 2,00—3,50. Rosenkohl p. 100 Pfd. 15—25. Grünkohl per 100 Pfd. 2—3. Schnittlauch 12 Köpfe 4—4,50. Kohlröhren, Schof 2—3. Rübchen 0,00. Dinnern, per 100 Pfd. Hühne 7—16, böhmisches 8—20. Kapsel, per 100 Pfd., Hühne 6—90, Gravensteiner 0,00. Zwioler in Hühnen 0,00, Riste 32—80, Amerik. 14—20. Walnüsse per 100 Pfd. 0,00, do. römische 0,00, do. franz. Cornes 0,00. Garamusse 0,00. Ovaleüsse lange 0,00, runde 0,00. Zitronen, Pestina, 300 Stück 8,00—10,00, 300 Stück 7,00—9,00, 300 Stück 9—13. Pfefferkörner, Java, per Riste 0—00, Java 300er per Riste 6—10, do. 300er 7—11, Valencia 420er per Riste 11,50—20, do. 714er 18—23.

Witterungsübersicht vom 10. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. d. = d. H.	Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. d. = d. H.
Eutinende	763	W	4	bedeckt	4	Dachau	754	W	2	bedeckt	-9
Damburg	767	W	4	bedeckt	3	Petersburg	749	SW	1	bedeckt	-2
Berlin	767	W	4	bedeckt	3	Seitz	773	W	3	bedeckt	9
Frankfurt	770	W	3	bedeckt	0	Herborn	763	W	1	bedeckt	2
München	772	W	4	bedeckt	0	Paris	773	W	1	bedeckt	1
Helm	769	W	2	bedeckt	3						

Wetterprognose für Freitag, den 11. Januar 1907. Mild, jedoch ziemlich trübe und neblig bei mäßigen südwestlichen Winden; tags erheblichen Niederschläge.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 11. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Oberhaus. Gar und Zimmermann.

Rgl. Schauspielhaus. Das Glashaus.

Deutsches. Die Geschwister. Die Wilschuldigen.

Waken. Cousin Bobby.

Vorjug. Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.

Seffing. Wenn wir Tosen erwachen.

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Kathias Gollinger.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Familientag.

Schiller-Theater Charlottenburg. Minna von Barnheim.

Neues Schauspielhaus. Der Helfer.

Alte. Eine triviale Komödie.

Berliner. Eherlod Holmes.

Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Menes. Die Hochzeit von Poel.

Residens. Florette und Patapon.

Kunstspielhaus. Hufarenjieber.

Zentral-Theater. (Cperette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:

Florette und Patapon. Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Beyer.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Fron Fron.**

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:

Aus dem Buche der Liebe. Komödie in 4 Aufzügen und einem Vorspiel von Searia Orlova.
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung: **Dornröschen.** 6 Uhr:
Eherlod Holmes.

BERNHARD ROSE-THEATER
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Billettdorverkauf v. 10-11 Uhr.

Die Schule des Lebens. Sonabend nachm. Kindervorst. bei kleinen Preisen: **Hänsel und Gretel.**
Abends: **Das Käthchen v. Heilbronn.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Strassenstr. 16.
Die Grille. Räthl. Charaktergemälde in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorspielfreie gültig.
Sonabend wegen Privatfestigkeit geschlossen.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater. Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:

Sherlock Holmes

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Durchschlagender Erfolg!
Abendblich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Fritz Werner

Cousin Bobby.

Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:

Der Helfer. Sonabend zum erstenmal:

Hertha's Hochzeit.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr.
Hochzeit von Poel.
Sonabend: **Die Gondolieri.**
Sonntag: **Die Hochzeit v. Poel.**
Montag: **Kinder.**

Neues Theater
Gastspiel **Suzanne Després** aus Paris.
Dienstag, 15./1.: **La robe rouge.**
Mittwoch, 16./1.: **Denise.**
Donnerst., 17./1.: **Maison de Poupée.**
Freitag, 18./1.: **Thérèse Raquin.**
Sonnab., 19./1.: **Le Détoir.**
Vorverkauf täglich an der Theaterkasse.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr:
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Sunbury.)
Sonabend: **Eine triviale Komödie für seriöse Leute.** (Sunbury.)

Komische Oper. Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonabend: **Carman.**
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Lakmé.**
Abends 8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.** Montag: **Carman.**

Konzing-Theater
Boleslawstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:

Der Freischütz. Abonnement gültig.
Morgen:

Die Regimentsdchter.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Feuergefallen der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Schwahn:
Vulkanismus der Erde.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Hufarenjieber.

Zentral-Theater.
(Cperette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:

Florette und Patapon. Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Beyer.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Fron Fron.**

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:

Aus dem Buche der Liebe. Komödie in 4 Aufzügen und einem Vorspiel von Searia Orlova.
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung: **Dornröschen.** 6 Uhr:
Eherlod Holmes.

BERNHARD ROSE-THEATER
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Billettdorverkauf v. 10-11 Uhr.

Die Schule des Lebens. Sonabend nachm. Kindervorst. bei kleinen Preisen: **Hänsel und Gretel.**
Abends: **Das Käthchen v. Heilbronn.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Strassenstr. 16.
Die Grille. Räthl. Charaktergemälde in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorspielfreie gültig.
Sonabend wegen Privatfestigkeit geschlossen.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary, Wolff, Bender.
Giampietro, Josephi.
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gest.
Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Passage-Theater. Anfang 8 Uhr.
Berlin paß' auf!
Burleske in 3 Akten v. Leop. Alp. Musik von Rudolf Nelson.
In den Hauptrollen: Josefine Dora, Paulette van Roy, Albert Kühne, Martin Bondix.
Morgen:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

WINTER GARTEN
SAHARET.
Otto Reutter
Kaufmann-Truppe, weibl. Radfahrer. Ein Ballabend i. Paris. Ballett, ausgef. von der Tiller-Truppe, London. Johnson und Dean, Melatten-Gigolin. Die 3 Schwestern Kloess, Gymnastische Produktionen. Howard und Harris, Amerikanische Excentrics. Anelliotti und godankenlesender Hund Piu. Paul Cinquevall, Jongleur. Floretta's Luftballott. Der Biograph.
Ende 11 Uhr

Fröbels Allerlei-Theater
Schöndorfer Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Dieses erstklassige Refespizielolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Anleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5. Donnerstag 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Oskar Blumenthal und Max Bernstein.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die rote Robe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimat.

Schiller-Theater, Charlottenburg, Dismarckstr., Ecke der Grolmanstr. Freitag, abends 8 Uhr:
Minna von Barnheim.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnheim.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fiesko.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.

Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 11. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Die Sensation des Tages!
Noch nie gesehene Novität!
Mit Irene u. Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé, phänomenale Equitribünen.
Außerdem: Die großartigen neuen Spezialitäten sowie die bestbesetzten Schul- und Freizeitspelerde.
Zum Schluß zum 22. Male:
Das größte Pracht-Manegechauffeur

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8. Frankfurter Chaussee 5.
Freitag, den 11. Februar 1907:
Lustspielabend
unter Leitung von Felix Mensow
Der Raub der Sabinerinnen.

Zirkus Busch. Heute abend 7 1/2 Uhr.
Der Todes-Globus
Außerdem:
Hrl. Marguérite, Schulfestern.
Herrn Ernst Schumanns Reudressuren. Mh. Diana, dreifache Affen, Hunde und Kalabur.
Die berühmte Reiterfamilie
Lecusson.
Um 7/10 Uhr:
Gr. Origin.-Kunst-
Gantom. in 7 Bild.

Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpnickstr. 67/68.
Heute und jeden Abend 8 Uhr:
Gastsp. Ad. Philipp.
Der große Lacherfolg:
Der Sorgenbrecher.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
„Ueber'n großen Teich.“

Apollo Theater
Neues Programm.
8 Uhr: Erstklassige Spezialitäten.
9 1/2 Uhr: Neue Cperette
Die schöne Vestalin.
Cperette. Musik von Viktor Holländer.
Sonntag, 13. Januar, nachm. 3 Uhr:
Große Doppel-Vorstellung.
1. Akt. Variété. 2. Akt. Venus auf Erden. Cperette von Paul Linde.

Gebr. Herrnfeld-Theater Einlaß 8 Uhr, 7 Uhr
Kommandantenstr. 57
Stallschreiberstr. 42-44.
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-9 Uhr an den Theaterkassen bei A. Wertheim und Inhabersbank.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Ross.
Der Löwe des Tages.
Sens.-Pöffe mit Gesang in 3 Akten.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.
Billettdorverkauf von 10-9 Uhr an der Theaterkasse.
Berliner Prater-Theater
Kassanien-Allee 7-9.
Freitag, 11. Januar cr., abends 8 Uhr
Zum erstenmal:
Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Akten v. F. v. Schiller
Morgen: **Geschlossen.**

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen
Heute 8 Uhr:
Benefiz
für
Hans Reitz.
Einmalige Aufführung:
Augen der Liebe.
Lustspiel in 3 Akten.
Dazu:
Der Januar-Spielplan.
Nach d. Fort. : Ball ohne Nachzahlung.
Entree 30 Pf.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Das Modell.
Serenissimus August XXVI.
Josef Fleischmann.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2
a. d. Theaterk. u. b. Wertheim.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Jelig Dörmann.
Vorher das bunte Januarprogramm.
Bella, Schwank in 1 Akt v. R. Krümer.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignon.

Walhalla-Varete-Theater
Weinbergweg 19/20, Rosenh. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Sensation von 1907:
Kosta, mit dem
drehbaren Kopf.
14 gänzlich neue
14 Karneval-Spezialitäten 14

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: **Die Schlossfeste.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Der Hausfreund.**

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
12 erstklassige Schläger 12
Konzertsaal:
Wiener Schrammeln.

Sanssouci Kottbuscherstr. 4a.
Direktion Wilhelm Kömer.
Sonnt. Konz. Donnerst.:
Hoffmanns Nord. Sänger.
Der Säugling.
Zubehnder Erfolg!
Sonnt. Bg. 5, Dozent. 8 U.
Nächsten Sonntag:
Große Elite-Soiree v. Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Jeden Dienstag: **Theater-Abend.**

Achtung, Vereine!
Bernhard Raabes fest-Säle
Kolbergerstr. 23.
Umfändlicher ist ein Sonabend im Februar frei geworden. 8005*

Dem Genossen **Fritz Zubell,** unserem Reichstags-Mitglied, zu seinem 59. Geburtstag ein dreifach donnerndes Daß!
8105
Mehrere Genossen des Kreises.

Daufjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und aufergänglichst prächtigen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Gatten sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen Walter Ranasse für seine zu Herzen gehenden Worte am Sarge, dem sozialdemokratischen Arbeiterverein des 4. Kreises, dem Vorstand der Freien Gast- und Schankwirte, den Jagdschützen und Mitglidern der Brauerei Vahenbofer, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, dem Berliner Gesangsverein meinen tiefgefühlten Dank.
36252 (Witwe Viecens.)

Heute Freitag bei
Augustin, Kranienstr. 103:
Frische Wurst.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 55.
Das einzig dastehende
Elite-Januar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: **Neu!**
Christmarkt.
Anfang
Börsentags
8. Sonntag
7 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Bockbierfest
Täglich:
Doppel-Konzert
der
Oberbayern
und
Tascherer Kapellkapelle.

Arbeiter-Gesang-Vereine
finden die größte und beste Auswahl an Musikalien bei
J. Günther, Verlag, Dresden, Zigeunerstr. 24. Reichste Auswahlsendungen zu allen Gelegenheiten. Kataloge gratis.

Verlag G. Birk & Co., München.
In den nächsten Tagen erscheint
35461*

Das
persönliche Regiment.
Reden und sonstige öffentliche Äußerungen
Wilhelm II.
Zusammengestellt von
Wilhelm Schröder.
208 Seiten. Preis M. 1.-.
Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Zur Wahlagitation
empfehlen wir den Parteigenossen die folgenden Schriften:
An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt. 22. — 10
100 Exemplare 1.-
Du, Mutter, was läßt der Herr Gendarm so? — 10
Nieder mit den Sozialdemokraten! — 10
Grundsätze und Forderungen — 10
Die Vernichtung der Sozialdemokratie — 20
Fiele und Wege — 20
Eugen Richters Sozialistenpiegel — 20
Christentum und Sozialismus — 10
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat — 10
Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde — 10
Christliche Arbeiterpflichten — 10
Der Schwindel der liberalen Arbeiterpolitik — 85
Bring von Arenberg und die Arenberge. — 20
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 2331*

Sozialdemokrat. Wahlverein für Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse, **Rauzer Ernst Henze** infolge Unfalls gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittag 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Glienickerstraße 31 aus statt.
Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 8. Januar d. J., abends 10 Uhr, verschied plötzlich mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Sohn und Schwiegervater, der Zigarrenarbeiter 8065
Hermann Senz
im 58. Lebensjahre an Herzschlag.
Dies zeigt schmerzhaft an
Wwe. Senz nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Sophien-Gemeinde in der Frelenwalderstraße aus statt.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Hermann Sens
am Dienstag abend 10 Uhr plötzlich an Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Sophien-Gemeinde, Frelenwalderstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Reinhold Benner
am Dienstag nach langer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Arbeitervereins, Frelenwalderstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Wärter Max Stolpe**
am 7. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Finkstr. 5 aus, nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/11 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 8. Januar, unser Mitglied, der Kollege
Alfred Seifert
(Berlinal. N. Rohr) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dorowstr. 11 Kirchhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
156/3 Der Vorstand.

Kreisarzt Dr. Klein vor Gericht.

Wegen den Schriftsteller Joachim Gehlsen zu Charlottenburg...

Es handelte sich um mehrere Artikel, die der Angeklagte in der...

Der Angeklagte erklärte, daß er die Behauptungen der...

Genickstarre

und habe sofort pflichtschuldigst Anzeige erstattet. Dr. Klein als...

nach mehr als 30 Stunden

erschienen und habe festgestellt, daß es sich bei der Frau, die am...

Befall.

In Bezug hierauf hat die „Stadtlaternen“ aus der Berliner...

Zusammen des Charlottenburger Krankenhauses in die allergrößte Gefahr gebracht

worden seien. Dieses Verfahren des Kreisarztes gegenüber dem...

Zu dem

Befall

äußert sich Medizinalrat Dr. Klein auf die Fragen des Vorsitzenden und zahlreicher Zwischenfragen...

Frage

der Verteidigung, Rechtsanwältin Löwenstein und Dr. Halpert, ob er sich denn nun schlieenigt mit dem Krankenhaus in Verbindung...

verneint

der Zeuge. Dazu sei gar keine Zeit gewesen, es habe auch keine...

mann die Befehle gegeben worden, sich zur Beförderung eines...

Professor Grawitz

Direktor der Abteilung für innere Krankheiten des Charlottenburger...

Hoch. Rat Prof. Dr. Dönig

bekundet, daß er die Meldung, die der Medizinalrat Dr. Klein ihm...

In vielen Punkten sei die Zeugin.

Frau Briefträgerin Deppien

mit den Befundungen des Medizinalrats Dr. Klein in direkten...

Ueber diese Auslage entstehen lebhafteste Auseinandersetzungen...

In der

Mainnummer der „Stadtlaternen“

machte der Angeklagte Mitteilung von einem Vorfall, in welchem...

Gehlsen hatte seinerzeit eine Strafe in dem Zegeler Gefängnis...

einmal in den Hals gegudt

er sei gesund,

man könne ihn abführen. Trotzdem habe Dr. K. seine...

Nichte,

die bei ihm sich mit der Pflege der erkrankten Kinder beschäftigte,

vor der Ansteckungsgefahr gewarnt.

In Zegel sei er sofort wie ein Pestverdächtiger isoliert worden...

Medizinalrat Dr. Klein

erklärt, daß er absolut sachgemäß vorgegangen sei, da eine...

Die Nichte des Angeklagten, Fräulein Paula Simon hatte...

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme über die in der „Stadtlaternen“...

Nach § 499 Abs. 2 der Strafprozeßordnung „können“ die dem außer...

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 60 folgende Beiträge ein:

Eingegangene Druckschriften.

Der Ultramontanismus. Von Dr. Ernst Haubiller. Preis 10 Pf.

